

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Centralorgan der socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnement - Preis pränumerando:
 Vierteljährlich 3,30 M., monatlich 1,10 M.,
 wöchentlich 28 Pf. frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-
 Nummer mit illustrierter Sonntags-
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-
 abonnement: 3,30 Mark pro Quartal.
 Eingetragen in der Post-Zeitungs-
 Preisliste für 1900 unter Nr. 7971.
 Unter Kreuzband für Deutschland und
 Oesterreich-Ungarn 3 Mark, für das
 übrige Ausland 3 Mark pro Monat.
 Geschäfts-Kalender außer Sonntage.

Die Insertions-Gebühr
 beträgt für die sechsgepatentete Kolonelle-
 zette oder deren Raum 40 Pf., für
 politische und gewerkschaftliche Vereins-
 und Versammlungs-Anzeigen 20 Pf.,
 „Kleine Anzeigen“ jedes Wort 5 Pf.
 (nur das erste Wort frei). Inserate für
 die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr
 nachmittags in der Expedition abgegeben
 werden. Die Expedition ist an Wochen-
 tagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und
 Festtagen bis 8 Uhr nachmittags geöffnet.
 Fernsprecher: Amt I, Nr. 1508.
 Telegramm-Adresse:
 „Socialdemokrat Berlin“

Redaktion: SW. 19, Brühl-Strasse 2.
 Fernsprecher: Amt I, Nr. 1508.

Sonnabend, den 9. Juni 1900.

Expedition: SW. 19, Brühl-Strasse 3.
 Fernsprecher: Amt I, Nr. 5121.

Herr v. Thielen als Scharfmacher.

Am Donnerstag ist der Minister des preussischen Verkehrs-
 büfels* im Abgeordnetenhaus vor dem Junkertum demütig zu Kreuze
 gekrochen. Nach all den großen Ankündigungen, nach all den schred-
 lichen Drohungen hat Herr v. Thielen erklärt, daß die Kanalvorlage,
 die schon im Jahre 1899 nach jener Kundgebung des unbegreiflichen
 kaiserlichen Willens Gesetz werden sollte, einstweilen nicht eingebracht
 werden würde.

Solche erstaunliche Selbstkasteiung, die im Staat der Schmeideig-
 keit preussische Minister an sich vollziehen, findet aber erst durch die
 andre Thatfache ihre rechte Würdigung, daß derselbe Herr v. Thielen
 sich als Oberster der Scharfmacherei abzuschwächen und abzu-
 leugnen versucht. Aber der glorreich geduckte Held des Mittelland-
 Kanals hat die übereifrigen Offizien stolz desabonniert. Wenn er
 auch den Drohungen gegenüber den Junkern keine Erfüllung folgen
 ließ, den Verkehrsarbeitern hat er nicht nur gedroht, er hat
 auch seinem Wort gemäß gehandelt.

Noch in aller Erinnerung sind die Drohungen, die der preussische
 Eisenbahnminister während des Ausstands der Angestellten der Ber-
 liner Straßenbahn äußerte. Jelle Offizien haben diese Kund-
 gebungen rückständigster Scharfmacherei abzuschwächen und abzu-
 leugnen versucht. Aber der glorreich geduckte Held des Mittelland-
 Kanals hat die übereifrigen Offizien stolz desabonniert. Wenn er
 auch den Drohungen gegenüber den Junkern keine Erfüllung folgen
 ließ, den Verkehrsarbeitern hat er nicht nur gedroht, er hat
 auch seinem Wort gemäß gehandelt.

Wir haben gestern bereits von dem Eingreifen des Herrn
 v. Thielen in den hannoverschen Straßenbahner - Streit berichtet.
 Der preussische Minister hat, um den Ausständigen Streikbrecher in
 genügender Zahl zu züchten, über den Kopf der hannoverschen
 Polizei hinweg und auf Kosten der Verkehrssicherheit die bisherigen
 strengeren Bestimmungen über die Ausfertigung von Fahrgeld-
 attesten der Fahrer aufgehoben und damit die Direktion der dortigen
 Straßenbahn ermutigt, ihren Kampf gegen die Angestellten fort-
 zusetzen.

Aber Herr v. Thielen ergreift nicht nur im Einzelfall Partei
 zu Gunsten der Aktionäre kapitalistischer Verkehrsbetriebe, sondern unter
 seinem Einfluß wagen es die privaten Monopolisten des Verkehrs-
 wesens, in ihren Betrieben den russischen Absolutismus einzuführen.
 Wenn jetzt die Direktion der Berliner Straßenbahn unter dem
 Druck ihrer feierlichen Versprechungen — ein Faustschlag gegen die
 gesamte öffentliche Meinung — Rache für den Streik nimmt, An-
 geklagte mahregelt und bei Strafe der Entlassung die Aus-
 übung des Koalitionsrechts untersagt, so glaubt sie zweifellos
 damit im Sinne des Ministers zu handeln, sie füllt sich
 durch ihn gedeckt. So erleben wir denn jetzt das erbauende Schau-
 spiel, daß Mitglieder der preussischen Regierung das private
 Unternehmertum zur Mißachtung der verfassungsmäßigen Rechte er-
 mutigen, daß sie, anstatt das socialpolitische Gewissen der Unternehmer
 zu schärfen, das autokratische Herr - im - Hausetum und die über-
 willkürliche Arbeitslaven unumschränkt zu herrschen begehrende
 Ausbeutung fördern.

Am 21. Mai d. J. war es, daß die Direktion der Berliner
 Straßenbahn, auf die Einwirkung des Berliner Oberbürger-
 meisters hin, mit den Ausständigen ein Abkommen schloß
 und damit den Streik beendigte. Es war nicht allzuviel, was die
 Angestellten, die der Gesellschaft durch ihre erschwerte Arbeit
 reichen mißellosen Gewinn in den Schoß warfen, erreicht hatten. Aber
 maßvoll begünstigten sie sich mit dem Wenigen und reichten die Hand
 zum Frieden.

Und heute bereits bricht die Gesellschaft, ermutigt durch die
 ministerielle Scharfmacherei, den feierlich geschlossenen Vertrag.
 Durch Handschlag hatten die Direktoren bei den
 Einigungsverhandlungen versprochen, daß wegen
 der Lohnbewegung niemand gemahregelt werden
 sollte. Was gilt ein Handschlag dem Unternehmertum?

Die Mahregelungen sind jetzt erfolgt, der Rachefeldzug der
 Berliner Straßenbahn - Gesellschaft hat begonnen, die Schwedens-
 herrschaft ist etabliert. Man will die Angestellten einschüchtern,
 daß ihnen künftig die Luft verginge, sich gegen die Interessen
 des Kapitals aufzulehnen. So statuierte man ein Exempel,
 griff eine Anzahl der Angestellten heraus und setzte sie auf die Straße.
 Der Herr Minister hat's ja gesagt, daß ein Streik von Verkehrs-
 arbeitern nicht zu dulden sei, warum soll sich die Berliner Straßen-
 bahn - Gesellschaft nicht diesem Wunsche fügen? Das kleine Hindernis
 eines durch Handschlag bekräftigten Versprechens kann gegenüber
 diesem großen Interesse des allgemeinen Staatswohls und des be-
 sonderen Profits füglich nicht beachtet werden.

Soweit uns bisher bekannt, hat die Direktion der „Großen
 Berliner“ zehn Angestellte gemahregelt. Auf dem Bahnhof in
 der Kreuzbergstraße sind fünf Mann entlassen worden, lauter Kom-
 missionsmitglieder und Vertrauensmänner — die Einsetzung von
 Besatzungskommissionen gehörte auch zu den feierlich versprochenen
 Zugeständnissen! — die sämtlich ein gleichlautendes Entlassungs-
 schreiben erhielten.

Um eine Probe zu geben, unter welchen Vorwänden die Direktion
 die Mahregelungen vollzieht, lassen wir den Wortlaut von zwei
 andern Kündigungsbriefen folgen:

St. Berl. Straßenbahn. Berlin SW., den 8. Juni 1900.
 Journ.-Nr. I 5641/00.

An den Fahrer Herrn B., Nr. ...
 Bahnhof X.

Nachdem zu meiner Kenntnis gelangt ist, daß Sie am
 2. d. Mts. diesseitige Bedienstete dadurch beleidigten, daß „Sie
 dieselben Streikbrecher schimpften und äußerten, Sie würden
 schon dafür sorgen, daß sich alle Streikbrecher das
 Genick brechen, dieselben würden so lange geärgert werden,
 bis sie von selbst abgingen und daß Sie diese Belästigungen so
 lange fortsetzten, bis sich andre Bedienstete ins Mittel legten und
 Sie zur Ruhe aufforderten“

kündigen wir Ihnen hiermit das Dienstverhältnis zum 30. d. Mts.
 und entheben Sie sofort Ihres Dienstes.

Das Ihnen noch zustehende Gehalt wird Ihnen seitens der
 Hofverwaltung alsbald ausgezahlt werden.

Die Direktion:
 v. Kühlewein, Köhler.

II.
 Große Berliner Straßenbahn.
 Journal-Nr. I 5636.
 Es wird gebeten, in der Antwort die
 Journal-Nummer anzugeben.
 Berlin SW., 8. Juni 1900.
 Friedrichstr. 218.

An den Schaffner Herrn J., Nr. ...
 Bahnhof XIV, Kreuzbergstraße.

Nachdem zu unserer Kenntnis gelangt ist, daß Sie in einer am
 31. v. Mts. stattgehabten Versammlung sich zum Vertrauens-
 mann haben wählen lassen, und den Vorsitzenden der Ver-
 sammlung ersucht haben, unter allen Umständen die freie Ar-
 beit durchzuführen, ferner die anwesenden Kollegen aufgefordert
 haben, sich in Beschwerdefällen in Ihrer Wohnung an Sie zu
 wenden, Sie würden alsdann schon das weitere veranlassen,
 denn „Sie nidten nicht, wie andre Esel mit dem
 Kopf, wenn die Direktion spräche, Sie fürchteten
 sich vor nichts“, kündigen wir Ihnen hiermit das Dienst-
 verhältnis zum 30. d. M. und entheben Sie sofort Ihres Dienstes.

Das Ihnen noch zustehende Gehalt wird Ihnen seitens der
 Hofverwaltung alsbald ausgezahlt werden.

Große Berliner Straßenbahn.
 Die Direktion:
 v. Kühlewein, Köhler.

Aus diesen Briefen geht hervor, daß die Direktion einen förm-
 lichen Spießdienst organisiert hat, der die Angestellten überwacht
 und jede private Äußerung des Unmuts, jede Tätigkeit im Dienste
 der gemeinsamen Sache verrät. Ein unwillkürliches Verhältnis läßt
 sich überhaupt nicht denken, wie denn auch bei gestimmten Menschen
 das Demunziantentum stets als das ekelhafteste Gewerbe gilt. Die
 Direktion der Großen Berliner aber bemüht dieses Demunzianten-
 gesindel für ihre Zwecke.

Es geht aber weiter aus den Briefen hervor, daß die unwilligen
 Äußerungen nicht den wirklichen Grund der Entlassung bilden. Es
 handelt sich vielmehr um eine Mahregelung von Leuten, von denen
 die Direktion glaubt, daß sie die Vertrauensleute der Angestellten
 seien und für die gemeinsamen Interessen thätig wirken. Die
 „Auftraher und Anführer“ sollen getroffen werden, auf daß allen der
 Mut erlahme, jemals wieder etwas gegen die Gesellschaft zu unter-
 nehmen. So sauft dem die Hungerpeitsche herab — trotz Handschlag
 und Gelöbnis.

Aber damit begnügt sich die Leitung der Großen Berliner nicht.
 Sie folgt auch weiter willig den schneidigen Anregungen ihres hohen
 Gönners und Schutzherrn, des Eisenbahnministers. Sie sucht zwangs-
 weise das Koalitionsrecht ihrer Arbeiter zu vernichten. Die
 Direktion der „Großen Berliner Straßenbahn -
 Gesellschaft“ hat „ihren“ Angestellten durch Plakat heute Nach-
 stehendes bekannt gegeben:

Große Berliner Straßenbahn.
 Westliche Berliner Vorortbahn.
 Südliche Berliner Vorortbahn.

Vom Centralverband der Handels-, Transport- und Verkehrs-
 arbeiter Deutschlands werden die Angestellten der Großen Berliner
 Straßenbahn zu heute abend zwischen 11—12 Uhr nachts zur Teil-
 nahme an 5 Versammlungen für die Bahnhöfe Mantuffelstraße,
 Schöneberg, Kleine Frankfurterstraße und Lichtenberg, Gesundbrunnen,
 Demminstraße, Adersstraße und Weindergsweg sowie Rigdors ein-
 geladen, worin darüber verhandelt werden soll, wie die Direktion
 ihr Versprechen erfüllt hat, und außerdem die Wahl einer Depot-
 kommission vorgenommen werden soll.

Da Verhandlungen über eine derartige Tagesordnung mit der
 notwendigen Disziplin nicht vereinbar sein würden, warnen wir
 hiermit unsere Angestellten vor einer Beteiligung daran mit
 dem Bemerkten, daß Zuwiderhandelnde Entsehung aus
 dem Dienste zu gewärtigen haben würden.

Zu den in Aussicht gestellten gemeinsamen Erörterungen mit
 uns werden die dienstältesten Aufsaher, Fahrer und Schaffner des
 betreffenden Bahnhofs zugezogen werden, so daß die Wahl einer
 Depotkommission überhaupt nicht in Frage kommt.
 Berlin, den 8. Juni 1900.

Die Direktion.

Zu diesem Was ist zu bemerken, daß die mit „der Disziplin“
 nicht zu vereinbarende Tagesordnung — man merkt, daß der Direktor der
 „Großen Berliner“ vordem Thielen's Vertrauter gewesen ist — ein-
 fach den Vereinbarungen des Friedensschlusses entsprach. Die
 Einsetzung von Depotkommissionen war ausdrücklich zuge-

standen worden, und natürlich mußten die Straßenbahner
 annehmen, daß es Kommissionen ihrer eignen Ver-
 trauensleute sein sollten. Jetzt deutet die Direktion
 ihr Versprechen dahin, daß nur von ihr selbst er-
 nannte, also völlig wertlose, Kommissionen eingesetzt werden
 würden. So ist in jeder Hinsicht das Vertrauen und die Gut-
 gläubigkeit der Angestellten perfid getäuscht worden, so werden —
 gemäß den Wünschen des Eisenbahnministers — Staatsbürger
 gewaltam an der Ausübung ihrer verfassungsmäßigen Rechte ge-
 hindert. Die Politik der profit-gepangerten Faust in der ministeriellen
 Begünstigung!

Was aber bildet man sich ein, durch solches Vorgehen zu erreichen.
 Für die Angestellten kann daraus nur die eine Lehre hervorgehen,
 mit allen Mitteln dahin zu streben, daß sie durch ihre Organisation
 eine Kraft erhalten, an der kapitalistischer Uebermut ohnmächtig zer-
 schelst, und wenn zehn Eisenbahnminister ihn schänden und schüren,
 Erbitterung schmiedet hart und fest, die Scharfmacherei schlägt schließlich
 stets nur die Nacht, die sie zu zertrümmern gedachte.

Das „ministerielle“ Vorgehen der „Großen Berliner“ wird auch
 den Vertrauensseligsten über den klaffenden Interessengegensatz
 zwischen Kapital und Lohnslaven belehren und, wenn auch unter
 Opfern und Mühen, dem guten Recht den endlichen Sieg verschaffen.

Der Straßenbahnerstreik in Hannover hat zu Vorgängen so
 bedauerlicher Art geführt, daß dahinter die Bedeutung des Aus-
 standes fast in den Hintergrund tritt. Auch am Donnerstagabend
 haben sich die Tumulte in dem Bezirk der Wahrenwalder
 Straße wiederholt, trotzdem es an dem vorausgegangenen Tage
 zu blutigen Zusammenstößen zwischen Polizei und Tumultuanten ge-
 kommen war. Der Telegraph meldet am Freitag, den 8.: Gestern abend
 und in der Nacht zogen in dem Bezirk der Wahrenwalderstraße und am
 Steinthor lärmende Haufen durch die Straßen, zertrümmerten
 Fensterheben und Laternen und warfen die Schutzmännschaft mit
 Steinen. Letztere säuberte gemeinsam mit einer Militärpatrouille
 die Straßen und nahm zahlreiche Verhaftungen vor.

Die „Verl. R. A.“, die in ihrer blinden Wut keine Gelegenheit
 verläßt, der verhassten Arbeiterbewegung eins auszuweisen, ließ
 sich von Hannover u. a. telegraphieren: „Das socialdemokratische
 Organ bringt heute abend einen Artikel mit der Ueberschrift: „Die
 Revolte ist fertig.“ Die Redaktion des Kruppischen Blatts
 bemerkte dazu: „Weshalb keh die Polizei das Blatt ausgeben?“

Was will das Blatt mit dieser Kotiz? Nichts andres, als den
 Eindruck hervorzurufen, als ob das socialdemokratische Organ die
 „Revolte“ hervorgerufen, dazu gehet habe. In Wirklichkeit wird
 in dem Artikel mit obiger Spitzmarke nur die Situation, sowie sie
 ist, gekennzeichnet als eine Revolte. Sodann heißt es:

„Entschieden verurteilt werden muß natürlich auch die Haltung
 des Publikums. Durch eine solche Art und Weise nicht man den
 Straßenbahnern wahrhaftig nicht. Freilich dürfte die Situation,
 so wie sie jetzt steht, gewissen Herren ganz nach Wunsch sein; aber
 das kann doch nicht im Interesse der Straßenbahner liegen. Wir
 möchten deshalb unsere Leser wiederholt davor warnen, an den
 Zusammenrottungen teilzunehmen. Die Sympathie für die
 Streikenden beweist man viel besser auf andre Weise. Ins-
 besondere möchten wir dringend raten, daß Frauen und
 Kinder nicht auf die Straße gehn. Die Aufsicht, daß man
 dazu ein Recht habe, ist hinfällig, wenn die rohe Gewalt
 ihre Machtmittel anwendet.“

Ein anderer Artikel des hannoverschen „Volkswille“, der noch viel
 deutlicher zeigt, wie sehr das socialdemokratische Blatt die Ruhe-
 störungen bedauert und verurteilt und zur Ruhe mahnt, lassen wir
 wörtlich folgen:

Zur Warnung! Der Wahrenwalderstraßen-
 Distrikt befindet sich gewissermaßen in Kriegszustand mit
 der Polizei. Wenn wir nun auch überzeugt sind, daß unsere
 Genossen sich an den Tumulten selbst nicht beteiligen, so möchten
 wir doch wiederholt eindringlich davor warnen, auch nur den Reugierigen zu spielen. Bis
 die Polizei vorgeht, dabon legen die mit dem Säbel
 bearbeiteten Frauen, Kinder und Greise veredetes Zeugnis
 ab. Wer erwischt wird und nachher seine volle Schuldlosigkeit
 nicht nachweisen kann, kann sich unter Umständen wegen
 Landfriedensbruchs auf einige Jahre gefast
 machen. Wir warnen deshalb eindringlich davor, auch nur den
 möglichsten Zuschauer zu spielen, wenn man nicht nach dem bekannten
 Rezept: „Mitgefangen — mitgegangen“ behandelt werden will.

Politische Ueberblick.

Berlin, den 8. Juni.

Der Reichstag

erprobte am Freitag an sich und bewies die Wahrheit des ge-
 flügelten Worts: „in Geldsachen hört die Gemütsstärke auf“. Es
 handelte sich um die Deckungsfrage und es war er-
 gößlich, wie jede Interessengruppe die Steuern von sich auf
 andre abzuwälzen bemüht war. Sie das mobile Kapital,
 und hie das agrarische Kapital!

Eine ergötzliche Episode war es, daß Herr Hilka, Ver-
 treter des Minen - Kapitals, sich die größte Mühe gab, die
 Bergwerks - Ruxe von der Höherbesteuerung auszunehmen, was
 Herr Müller - Zula, den Steuerfexer des Centrums, zu der
 pathetischen Erklärung veranlaßte, falls dieser Antrag durch-
 gehe, müsse er sich die Frage vorlegen, ob er und seine
 Partei für die Flottenvorlage stimmen könne. Nun — der
 Antrag ging nicht durch und es war von vornherein sicher,
 daß er nicht durchgehen würde. Allein Herr Müller brauchte

elliche Doseu Pathos und sittliche Entrüstung, um sich über die blamable Rolle, die er nebst seiner Partei in der Redungsfrage gespielt, hinwegzuschleudern. Das gelang ihm freilich nicht. Bebel, Singer, Richter, Siemens gingen unbarmherzig mit ihm und dem Centrum in den Spott über die Steuerfabrikationswut und Steuerbewilligungswut des Centrums, bis denn zu dem Plottentoller auch der Steuerkoller hinzugezogen ist. Die Centrumsführer von heute wurden mit Bindt-horst verglichen, der es als den größten Fehler bezeichnete, die Regierung auf neue Steuern aufmerksam zu machen. Eine Regel, die auch Herr Lieber später empfohlen hat. Herr Lieber, der bekanntlich eine lange und schwere Krankheit durchgemacht und die Plottenverhandlungen nicht geleitet hat, merkte sich die Nenniscenz, und als gegen Schluss der Sitzung über einen agrarischen Antrag namentlich abgestimmt ward, stimmte er, entgegen den meisten seiner Fraktionsgenossen, mit Nein.

Jedenfalls sind die gestrigen Debatten sehr ungünstig für das Centrum verlaufen, und ein ungünstiger Bericht über die Debatten würde manchem Centrumsführer die Augen öffnen.

Die Kulturfeindlichkeit des Centrums offenbarte sich besonders augenfällig bei dem erbitterten Widerstand, den es dem freimüthigen Antrag, Obligationen städtischer Anleihen von der erhöhten Stempelsteuer auszunehmen, entgegensetzte. Daß dies Anleihen für Schulen, Hospitäler und sonstige gemeinnützige und humanitäre Zwecke sind, schien den Widerstand des Centrums nur anzufeuern.

Erwähnt sei noch, daß im Lauf der Debatte bei zwei verschiedenen Gelegenheiten von bürgerlichen Rednern das Miene Tefel der nahenden Krise gezeigt ward.

Zwei namentliche Abstimmungen fanden statt; die eine über die Besteuerung der Kurse, die mit 180 gegen 108 Stimmen beschloß, und die andre über den schon erwähnten Antrag (des „banrich fühlenden Heim“) auf Erhöhung der Stempelsteuern, der mit 153 gegen 121 Stimmen abgelehnt ward. Die Agrarier hatten sich etwas zu weit vorgewagt.

Das Stempelsteuer-Gesetz wurde nicht erledigt, obgleich die Sitzung sich bis nach 1/27 Uhr ausdehnte. Sie wird in der heutigen (Sonnabend) Sitzung zu Ende geführt werden, für die außer kleineren Vorlagen auch die zweite Lesung des Reichs-Seuchengesetzes auf die Tagesordnung gesetzt ist. Auf unsere Interpellation, für die ursprünglich die heutige Sitzung bestimmt war, werden wir aber nicht verzichten.

Und so ist es denn kaum möglich, daß die Session, wie in Aussicht genommen war, am Dienstag geschlossen werden kann.

Abgeordnetenhaus.

Das Abgeordnetenhaus begann am Freitag die zweite Lesung des Gesetzesentwurfs, betreffend Maßnahmen zur Verhütung von Hochwassergefahren in der Provinz Schlesien. Die einzelnen Paragraphen wurden im wesentlichen nach den Beschlüssen der Kommission angenommen, und die Kluge und Eindringlichkeit der Debatte ließ vermuten, daß die Konservativen ihren Widerstand gegen die Vorlage aufgegeben haben. Aber sie stimmten nur zum Schein den Gesetzesbestimmungen zu, um zum Schluss desto stärker gegen das ganze Gesetz opponieren zu können. Unter Führung der Abg. v. Arnim und v. Neumann beantragten sie, daß der planmäßige Ausbau der schlesischen Aufhäufe nicht vor dem Inkrafttreten eines Gesetzes, betreffend Maßnahmen zur Verhütung von Ueberschwemmungen im Laufe der unteren Oder, in Angriff genommen werden darf. Andre Konservative gingen noch weiter und verlangten als Vorbedingung noch die Regulierung der Spree, Havel und Elbe, und der Centrumsagrarier Graf Strauch wußte dem Wunschzettel noch die Lausitzer Reihe hinzu. Alle diese Anträge bedeuten eine Verschleppung der im Interesse der Landeskultur notwendigen Vorlage. Schon vor zwei Jahren haben die Konservativen eine ähnliche Vorlage zu Falle gebracht, und es ist nicht ausgeschlossen, daß ihnen auch jetzt wieder ihr kulturfeindliches Vandalenvergnügen gelingt. Die Beratung der Anträge führte zu heftigen Zusammenstößen zwischen den Konservativen und den Ministern v. Thielen und Behm. v. Hammerstein; namentlich der Letztere wandte eine ungewöhnlich scharfe, aber durchaus berechtigte Sprache gegen die Arnim und Genossen an. Sonnabend soll die Auseinandersetzung ihren Fortgang nehmen.

Panik an der Börse.

Seit zwei Tagen ist an der Berliner Börse ein jäher Rückgang der Kurse eingetreten, der deutlich beweist, daß das Vertrauen auch der zuversichtlichsten Optimisten in die Fortdauer der Gunst unserer wirtschaftlichen Konjunktur erschüttert ist. Schon seit Anfang des Jahres war die Situation schwül und wiederholt brachen die Symptome des beginnenden Niedergangs hervor. Aber immer wieder trat eine Erholung ein, die Kapitalistenkreise ließen sich von der industriefrommen Presse bei aufsteigenden Befürchtungen einlullen und folgten den großen, a la Hauffe gestimmten Spekulant an den deutschen Börsen wie die Schafe dem Leitwammel.

Es ist noch lebhaft erinnerlich, mit welchem Eifer die deutsche Börsepresse die ungünstigen Nachrichten vom amerikanischen Eisenmarkt abzuleugnen suchte. Autoritäten, aber gleichzeitig auch Interessenten des deutschen Eisenerwerbes wie Vaare, Thyssen und andre mußten herangeholt werden, um die deutschen Kapitalisten zu beruhigen. Die Aussichten des heimischen Eisenerwerbes seien brillant: bis 1901 hinein lägen Aufträge in Hülle und Fülle vor. Die amerikanische Gefahr sei ein Schreckgespenst. Kaum war eine gewisse Beruhigung eingetreten, so kamen neue Alarmanachrichten, deren Ablehnung bald nicht mehr möglich war. Es kam an den Tag, daß die behauptete Rohisennot in Deutschland bis zu einem hohen Grade nur fiktiv sei, es wurden plötzlich ganz erhebliche Posten deutschen Rohisens zu auffallend billigen Preisen an den Markt gebracht, die Preise für Altmaterial fielen ganz erschreckend und in einzelnen Zweigen der Eisenindustrie wurden sogar Betriebseinschränkungen in Aussicht gestellt. Auf der Glasgower Eisenbörse fielen die Warrants, Oestreich meldete eine direkte Ungunst im Eisenerwerb — kurz die bisher hintangehaltenen oder vertuschten Nachrichten über die wirkliche Lage auf dem für das gesamte Wirtschaftsleben wichtigen Eisenmarkt brachen mit aller Macht und von allen Seiten in die Deffentlichkeit durch und ließen sich nicht mehr abstreiten.

Dazu kam nun noch der Umstand, daß die Börse durch die Heranziehung zu den Kosten der Flotte weitere Nahrung zu pessimistischer Auffassung erhielt; es kam hinzu, daß die von der Industrie und dem Verkehr bringend erwartete Kanalvorlage wieder hinausgeschoben wird. So fraß sich der Pessimismus allmählich in den Kapitalistenkreisen durch und der 6. Juni bezeichnete den Tag, an dem die Hauffepartei an der Börse den offenen Sieg über die Hauffiers errang. Am 8. Juni schlug die rückläufige Bewegung der Kurse ein Tempo an, das nicht nur für den

Kapital, sondern auch für den Arbeitsmarkt bedrohlich erscheint. Der Wert der Industriepapiere, namentlich der Montanaktien wurde um ganze Prozente geworfen. Laurak Aktien fielen um etwa 7, Bochumer um 18, Dortmunder um 3 1/2, Gelsenkirchen um 13 1/2, Gibernia um 7 1/2, Harpener um 9, Konsolidation um 11, Dammbaum um 5 und so der Reihe nach die übrigen. Es war ein Sturz, der auch den ruhigsten und werthvollsten Kapitalbesitzer nervös und ängstlich machen mußte.

Wie immer in einer solchen Situation: sobald erst einmal der Schrecken angestrichelt und wirkt und sich von der Börse und den Bankiers auf das Kapitalistenpublikum forsetzt, dann drängen die nämlichen Wülfen, die die Kurse bisher durch ihre Kaufordres auf eine unvernünftige und schätzbare Höhe getrieben haben, so schnell wie möglich zum Verkaufe, da sie ganz genau wissen, daß die letzten von den Kunden gebissen werden, d. h. daß man desto mehr verliert, je später man in einer solchen Situation verkauft. Aus diesem Grunde ist es daher ganz erklärlich, daß sich an der Börse vom 9. Juni der Ausdrück forsetzte. Wie aus den Börsenberichten vom 9. Juni hervorgeht, war es namentlich das Provinzialpublikum, das durch die Panik am 8. Juni erschreckt stark verkaufte und dadurch die Kurse weiter drückte.

Die nächsten Tage werden lehren, ob der panikartige Rückgang zu einer förmlichen Katastrophe führt oder ob es sowohl den großen Banken als auch den industriellen Syndikaten gelingt, die rückläufige Bewegung der Kurse sowie der Konjunkturkurve in ruhiger Bahn zu halten.

Deutsches Reich.

Schweiburgs Wäsche.

Die Melametschwaune mehrerer preussischer Minister, Herr Ehren-Schweiburg, wird nächster Tage wieder vor sich reden machen. Bekanntlich eröffnete im Herbst v. J. die Berliner „Tägliche Rundschau“, ein allerdings unsäglich dumm redigiertes Blatt, einen gewaltigen Heißzug namens des Plottenvereins gegen dessen Begründer und absoluten Alleinherrscher Schweiburg. Es gab kaum einen Schimpf, der ihm nicht öffentlich nachgesagt wurde, und wenn auch Uebertreibungen unverkennbar waren — so ward Schweiburg doch vom Plottenverein an die Luft gesetzt und mußte alsbald auch bei den Kruppischen „Neuesten Nachrichten“ die Thür von außen zumachen. Schweiburg verließ damals öffentlich, daß er keine Angreifer, den Fabrikanten Strohschein und die „Tägliche Rundschau“ vor Gericht ziehen werde und einen Rechtsanwalt mit der Sache beauftragt habe. Dieser Rechtsanwalt hat aber die Sache für zu schmutzig befunden, sich die Finger damit zu beschmutzen, und Schweiburg geraten, sein Hehl auf dem ihm ja so belannten Wege der Hintertreppen zu versuchen. Schweiburg hat infolgedessen die blutigen Verleumdungen, die ein Journalist erfahren kann, sechs Monate lang auf sich sitzen lassen. Jetzt verlangt, daß ein gewisser langer Arm im Kastanienwäldchen, der der Schweiburgischen Melametschwaune ganz besonders bedarf, die Wölkchenwälder in die Hand genommen hat. Der Prozeß mußte natürlich um jeden Preis vermieden werden, es hätten da unangenehme Dinge an die Deffentlichkeit kommen können.

Schweiburg hat schon einmal Miene gemacht, die schwarze Wäsche des Plottenvereins öffentlich zu waschen, die vielleicht nicht viel sauberer war als seine eigene und da hätte es am Ende eine solche Wamoge gegeben, daß darüber nicht nur der Plottenverein, sondern vielleicht gar die Plottenvorlage gestolpert wäre. Daber fanden sich viele reißige hohe Hände bereit, Sand auf den Schmutz zu werfen, damit er nicht weiter gen Himmel fliehe. Die „Tägliche Rundschau“ wird Ehren-Schweiburg öffentlich Abbitte leisten und versichern, es sei nicht wahr, daß sein anständiger Hund im Deutschen Reich von ihm ein Stück Brot annimmt; ein maßgebender Redakteur des Blattes wird dafür einen Ehrenposten bei Schweiburg oder — was fast dasselbe ist — beim litterarischen Bureau des Staatsministeriums erhalten. Aus Rücksicht nur auf die Plottenvorlage ist die „Ehrenklärung“ noch nicht erschienen. Was muß doch diese Plottenvorlage für ein gebrechliches Ding sein! Allerdings hätte die Vergeßlichkeit der Schweiburgischen Gestalt schwer ertragen. Aber Miquel, sein Schiller Rheinbaben, Posadowsky und andre behalten ihren Posaumentagel — und das ist die Hauptsache. An den Ludergeruch muß sich das deutsche Volk halt gewöhnen.

Der 11. evangelisch-socialer Kongreß tagte am Donnerstag in Karlsruhe. Von politisch bekannten Persönlichkeiten waren u. a. anwesend Pfarrer Kaumann, Adolf Wagner, Damaskoske etc. In Anwesenheit vieler offizieller Persönlichkeiten referierte dann Prof. Dr. Baumgarten aus Kiel und Prof. Dr. Troeltsch aus Karlsruhe über das Thema: „Was muß geschehen, um unsere der Volksschule entwachsene männliche Jugend besser als bisher auf die religiösen, nationalen und wirtschaftlichen Aufgaben unseres Volkslebens vorzubereiten.“

Die Vorträge wie die darauf folgende Debatte drehten sich in der Hauptsache um die Frage, wie die Arbeiterjugend vor der Socialdemokratie zu bewahren sei. Die Meinung der Versammlung drückt sich in der folgenden Resolution aus:

1. Der Ev. Soc. Kongreß erblickt im allgemeinen Ansehlich an die Thezen der Referenten in der Entfremdung der schulentlassenen männlichen Volksschule gegenüber dem religiösen und nationalen Gemeinschaftsleben eine Erscheinung, die zum erheblichen Teil auf natürlichen Trieben des erwachenden Selbständigkeits- und Geltungsbedürfnisses der Jugend beruht und darum zu pessimistischen Auffassungen an sich keinen Anlaß bietet.

2. Eine Besserung ist durch planmäßige Fortführung bestehender und Anknüpfung neuer Verbindungen der schulentlassenen Jugend mit den socialen Bildungen, in die sich das Volksganze gliedert und organisiert, zu erwarten. Bevorzugte Mittel dafür werden sein: die den Kirchengemeinden möglichst eng anzuschließenden Junglingsvereine, sowie die obligatorische und der Jugend das Bewußtsein des Schulerstandes erhaltende Fortbildungsschule.

3. Ohne eine stärkere Verbindung der Kirchengemeinden an der Volkserziehung und ohne Fortführung einer die Gefinnung der erwachsenen beeinflussenden stetigen socialen Reformpolitik wird jede Bemühung, die heranwachsende Arbeiterjugend den zersetzenden socialdemokratischen Einflüssen allmählich zu entziehen, vergeblich sein.

Aus den Vorträgen ist nur bemerkenswert, daß der Professor Trölsch eine „gesonderte Behandlung der jugendlichen bei Ländigungslosen Streiks“ verlangt. Nach ihm haben „Minderjährige nicht das Recht, die stärkste Waffe des Arbeiters zu verwenden“. Das heißt also entweder kriminelle Verstrafung oder zwingende Zurückführung der noch nicht 21 Jahre alten Arbeiter zur Arbeit beim sogenannten Kontraktbruch. Und das nennt sich „socialer Reformthätigkeit“!

Am Nachmittag ward über die Wohnungsfrage verhandelt und zur Verbesserung der Wohnungsverhältnisse das Eingreifen der Gesetzgebung als geboten bezeichnet.

Die Schulkonferenz wurde gestern abend geschlossen, nachdem noch über die Hebung des Unterrichts in den neueren Sprachen, Naturwissenschaften, Mathematik und Geschichte, sowie über körperliche Uebungen gesprochen worden war.

Die östliche Interwirtschaft in amtlich italienischer Verlesung. Wie die „Voss. Ztg.“ mitteilt, hat das auswärtige Amt in Rom eine Warnung gegen die zu

wanderung italienischer Landarbeiter nach Ostpreußen erlassen, in der sich folgende Stelle befindet:

„Die Gleichgültigkeit und Habgucht der Grundbesitzer bereite den Tagelöhnern eine so elende Lage, daß die Lohn-, Nahrungs- und Wohnungsverhältnisse selbst in Italien besser seien.“

Unlängst erst nahmen wir von dem Artikel der „Voss. Ztg.“, Rom, in dem die Frage der Verwendung schwedischer und italienischer Landarbeiter erörtert wurde. Auch in diesem Artikel, der augenscheinlich aus sachkundiger Feder stammte, war betont worden, daß die Veruche mit schwedischen und italienischen Landarbeitern hinsichtlich geheimer sein, da die agrarische Behandlung und Entlohnung keinerlei Reiz für sie bieten habe. Und nun läßt das auswärtige Amt in Rom an der Habgucht unserer Agrarier eine derartig ährende Artikel! Eine Kritik, die dadurch nichts an ihrer Schärfe einbüßt, daß die italienischen Grundbesitzer hinter ihren ostpreussischen Kollegen an Habgucht kaum zurückstehen dürften. Die Worte „selbst in Italien“ ahnen übrigens neben der ehrlichen Entrüstung über unsere Agrarier auch einen schätzenswerten Grad schlichter Selbstkenntnis.

Erst die agrarischen, dann die Verkehrsinteressen. Wie möglich den Agrariern gegenwärtig wieder der Stamm geschwollen ist, beweist folgende Notiz der „Deutschen Tagesztg.“, die die Stichmarke „Der Bahnstich und die Arbeiternot“ trägt:

„Nun, wenn im Parlament die derzeit dringendste Not, der ländliche Arbeitermangel, behandelt wird, hören wir vom Ministerialbüro die allerhöchsten Zusicherungen, daß seitens der Regierung alles geschehen werde, was menschenmöglich sei, um dieser Not zu steuern. Insbesondere seitens der Bauverwaltungen werde streng darauf gehalten werden, daß in der Zeit des landwirtschaftlichen Hauptbedarfs an Arbeitern, also während der Pflanz- und Erntezeit, alle nicht zur Betriebsführung bringenden Arbeiten unterlassen werden würden. Trotz dieser Zusicherungen erleben wir aber fortgesetzt, daß sowohl die militärische als auch die Bahnverwaltung die Konsequenzen dieser von den leitenden Stellen gegebenen Zusicherungen nicht ziehen. Diebstahlklagen laufen fortgesetzt aus fast allen Landbestellen ein, und selbst in der Nähe des Sitzes der centralen Verwaltungsstellen bleiben die Verpflegungen unberücksichtigt. So werden gegenwärtig unter Anbietung hohen Tagesverdienstes Arbeiter im Kreise Teltow für Bahnarbeiten angeworben, fast zu dem Zeitpunkt, wo das Einbringen der Futterernte so wie so die schärfste Konkurrenz um die noch vorhandenen Reste ländlicher Arbeiter unter den Landwirten hervorruft. Die von diesem bahnhaltigen Verfahren schwer betroffenen ländlichen Kreise müssen sich damit trösten, daß es bei der nächsten Erörterung der Arbeiternotfrage im Parlament, im kommenden Winter, an neuen beruhigenden Erklärungen des Herrn Ministers wiederum nicht mangeln wird.“

Die Agrarier, die der Regierung soeben die Platte bewilligt haben, die dem platten Lande viele tausend Arbeitskräfte entziehen wird, fordern nunmehr mit erhöhter Dringlichkeit, daß sie anderweitig schadlos gehalten werden. Die fiskalischen Beamten sollen nur dazu dienen, den ländlichen Saisonarbeitern zur Zeit ihrer Beschäftigungslosigkeit Unterhalt zu gewähren, sich aber beileibe nicht nach den Verkehrsinteressen richten. Unter keinen Umständen aber darf der Fiskus durch Anbietung hohen Tagesverdienstes den Agrariern ihre Arbeiter wegknappen. Der Bahnstich und ein hoher Tagesverdienst! Schade, daß die „Deutsche Tageszeitung“ den hohen Tagesverdienst nicht genau angegeben hat!

Ausland.

Die Krise in Ostasien.

hat noch immer keine andre Gestalt angenommen. Die chinesische Regierung behauptet noch immer keine Absicht, den Vagerrausstand energisch niederzuerwerfen, und die Mächte fahren trotz Chinäs Einseruch fort, Truppen zu landen und nach Tientsin und Peking zu werfen. Alle Telegramme betonen die von sämtlichen Mächten anerkannte Notwendigkeit eines gemeinsamen Vorgehens und bekräftigen vor fortwährenden diplomatischen Verhandlungen, während doch einweilen jeder einzelne Staat auf eigene Faust soviel Mannschaften als möglich heranzieht, um auch dabei zu sein, wenn eine Macht schließlich den Mut findet, als erste zuzugreifen. Am besten gerüstet sind die beiden Ozeaner Rußland und Japan, die sich seit ihrem Konflikt wegen Korea für den Ausbruch eines Krieges vorbereitet haben. Rußland hat in Port Arthur und Tschienwan starke Truppenabteilungen angesammelt, und Japan, dem es am leichtesten fallen würde, auf dem Seewege eine starke Macht auf den Kriegsschauplatz zu werfen, soll auch bereits 20 000 Mann in Korea stehen haben. Japans Kriegsflotte, bestehend aus 4 Schlachtschiffen, 2 Panzerkreuzern, 18 gedeckten Kreuzern, 17 Kanonenbooten und einer starken Torpedoflotte, ist dem russischen ostasiatischen Geschwader bedeutend überlegen, nicht nur an Tommengehalt, sondern auch qualitativ, da sie aus Schiffen modernster Konstruktion besteht. Wenn es in Ostasien zum Zusammenstoß käme, würden freilich auch die andren Mächte Partei ergreifen müssen. Die Furcht vor einem derartigen internationalen Kriegshandel größten Stils veranlaßt denn auch vorläufig noch die Mächte zu den sterotypen Entseuerungen, daß man an keinerlei Eroberung denke, sondern lediglich die Christen vor den Verfolgungen durch die Vagerr schützen wolle. Eine ähnliche Aktion der Mächte zum Schutze einiger hundert oder tausend fremder Unterthanen ist freilich noch nicht dagewesen. Rein Mensch glaubt denn auch den diplomatischen Verschönerungsversuchen.

Wir stellen kurz folgende Nachrichten aus dem Aufstandsgebiete zusammen:

Etwa 20 Meilen von Tientsin in der Richtung auf Peking hat ein Gefecht zwischen chinesischen Truppen und Vagerr stattgefunden, über das nähere Nachrichten zur Stunde nicht vorliegen. Auch auf der Straße nach Taku ist es zu einem Zusammenstoß gekommen. Bei Pooking-Fu sollen chinesische Truppen eine Niederlage erlitten haben.

Die Eisenbahn-Verbindung von Tientsin nach Peking soll wiederhergestellt sein, doch verweigert die chinesische Regierung den Transport fremder Truppen nach Peking. England, das bereits 900 Mann auf chinesischem Gebiete stehen hat, soll jedoch entschlossen sein, nicht nur trotz des Protestes des Tzung-li-Jamens weitere Truppen zu konzentrieren, sondern auch den Weg nach Peking zu erzwingen. In Tientsin sind weiterhin 75 Mann österreichischer und 80 Mann russischer Truppen eingetroffen. Ferner sind die französischen Kreuzer „D'Entrecasteaux“ und „Jean Bart“, sowie der russische Kreuzer „Koffia“ in Taku eingetroffen.

Auch hat sich der Chef des deutschen Kreuzergeschwaders nach telegraphischer Meldung vom 7. von Tschesoo mit „Gertsch“ und „Gansa“ nach Taku begeben. Das deutsche Detachement für Tientsin ist um 30 Mann verstärkt worden.

Ueber die Reaktion in China, die das Wachsen der fremdenfeindlichen Vagerbewegung begünstigt hat, läßt sich die „National-Ztg.“ aus Peking berichten:

Die gegenwärtige Lage in China trägt das Gepräge andauernder Reaktion. Gegen die im Lande verbliebenen Anhänger der Reformpartei, denen anfangs volle Verzeihung beziehungsweise Duldung zugestanden worden war, wird in letzter Zeit scharfer hervorgegangen. Besonders die Brantenschaft wird einer gründlichen Säuberung von reformerisch gestimmten Elementen unterzogen. Ist gar ein Beamter mehr als bloß verdächtig, irgendwelche auf

Reformen gerichtete Neigungen zu besitzen, so droht ihm Bestrafung der verschiedensten Art, von Entlassung bis zur Verbannung und selbst Hinrichtung. Bestrafte Häftlinge suchen deshalb die Listen der Beamten nach solchen Opfern ab, und allen voran ist der Exzentriker Hüfling, den man für gut befunden hat, zum Gelehrten des Kronprinz zu bestimmen, ein über 70-jähriger Greis, eifrig bemüht, das Beamtenamt von solch verderblichen Elementen zu säubern und wieder in die Bahnen des altbewährten Konserwatibismus von Konfucius' Zeiten zurückzuführen.

Ferner ist in letzter Zeit, anlässlich der Ermordung des englischen Missionars am Neujahrstag dieses Jahres, von neuem, wie schon früher einmal, der Versuch gemacht worden, die Reisefreiheit der Ausländer im Innern Chinas, welche durch die Verträge ausdrücklich gewährleistet ist, zu beschränken; man will verlangen, daß jeder Fremde, der im Land reist oder sich aufhält, bei jedem einzelnen Ortsbeamten, dessen Amtsbereich er betritt, sich meldet und seine Pässe vorzeigt. Diese Zumutung ist jedoch seitens der Vertreter der Vertragsmächte sofort und übereinstimmend auf entschiedenste zurückgewiesen worden. Für Erlangung von Konzessionen irgendwelcher Art ist jetzt die denkbar ungünstigste Zeit in China. Neue Konzessionen werden so gut wie keine mehr erteilt. Die vor Jahresfrist erlassenen Bestimmungen des Eisenbahn- und Bergbauamts mit einem umständlichen Instanzenweg bieten eine bequeme Handhabe, alle dahin gerichteten Anträge wesentlich zu erschweren und auf jede Weise hinauszuhalten. Die beliebte Taktik chinesischen Mandarinentums, der passive Widerstand treibt hierbei wieder die herrlichsten Blüten.

Oesterreich-Ungarn.

Wien, 8. Juni. Der Neuen Freien Presse zufolge hat die Konferenz der Odmänner bei dem Ministerpräsidenten beschlossen, daß Tag- und Nachtstunden zur Ermüdung der Odbstruktion abgehalten werden sollen. Die Vertreter der Parteien verpflichteten sich, die Beschlußfähigkeit des Hauses zu organisieren. Den Abgeordneten wird die Anwesenheit bei den Sitzungen zur Ehrenpflicht gemacht werden. Sollte sich ein Erfolg dieser Taktik zeigen, dann wird die Regierung das Haus nicht vor dem 1. Juli verlagern, sondern bis zur Bewilligung des Budgetprovisoriums einige Tage hindurch einen ex-lex-Zustand eintreten lassen. Die Freidenken, die Sozialisten und das liberale Centrum bildeten heute eine Koalition, welche den Czochen zur Seite stehen soll.

Frankreich.

In dem Ministerrat am 8. Juni teilte der Minister des Auswärtigen Delcassé Telegramme über die Lage in China mit. Aus denselben geht hervor, daß der französische Gesandte Pichon fortwährend im Einvernehmen mit den übrigen diplomatischen Vertretern handelt. Admiral Courtesolles, welcher sich gegenwärtig mit seiner Division in Taku befindet, ist angewiesen, sich mit den fremdländischen Admiralen ins Einvernehmen zu setzen über die Ausführung von Schutzmaßnahmen, welche die Lage erforderlich machen könnte. — Admiral Gervais wurde bestimmt, während der diesjährigen Manöver die Kriegsschiffe zu befehligen, welche durch Vereinigung des Nordgeschwaders und des Mittelmeergeschwaders gebildet werden soll und die aus Anlaß der Auspflanzung Seefischschiffe veranstaltet wird.

Die Wahlen in Italien.

Die Wahlen des 3. Juni sind vielleicht der stärkste Protest, den jemals ein Volk durch Stimmzettel gegen das Treiben einer unfähigen und verbrecherischen Regierung erhoben hat. Man muß die Umstände bedenken, unter denen die Auflösung des Parlamentes stattfand. General Pelloux war in ähnlicher Lage wie Bismarck in den Jahren 1878 und 1887 — er hatte wie dieser diktatorische Gewalt, aber in der Volksvertretung eine Opposition, deren er nicht Herr wurde, und die er durch einen Appell an das Land zertrümmern wollte. Bismarck gelang es beidemal, das Land zu überrumpeln. Pelloux ist bei dem Versuche gescheitert. Nun hat Pelloux allerdings nicht die mächtigste Persönlichkeit des Fürsten Bismarck, allein dafür verfügte er über verhältnismäßig größere Machtmittel zur Beeinflussung der Wähler. Das italienische Wahlgesetz bietet der Regierung weit größere Vorteile als das deutsche Reichstags-Wahlgesetz. Italien hat, bei einer Bevölkerung von 32 Millionen, nicht ganz 2/4 Mill. Wähler, d. h. etwa ein Drittel der Zahl, die es unter der Herrschaft des in Deutschland geltenden Wahlrechts haben würde. Es liegt aber auf der Hand, daß ein Wahlkörper von 2/4 Millionen, aus dem die beweglichsten Elemente der Nation möglichst ausgesiebt sind, leichter zu beeinflussen ist, als einer von 6-7 Millionen. Dazu kommt, daß die Regierung in Italien bei der auf die Spitze getriebenen Centralisation der Verwaltung und bei der absoluten Ohnmacht der meisten lokalen und kommunalen Organisationen einen viel größeren Druck auf die Wählerschaft ausüben kann, als dies in Deutschland selbst einem Bismarck möglich war.

Trotzdem scheiterte die italienische Regierung vollständig. Das zeigt die Größe der Niederlage, die General Pelloux und das von ihm vertretene System am 3. Juni d. J. erlitten hat. Geben wir nun unserem italienischen Korrespondenten das Wort:

Rom, den 5. Juni.

Wenn unsere Regierung auf die Frage, die sie an das italienische Volk richtete, eine Antwort wünschte, dann hat sich ihr Wunsch erfüllt. Sie hat die Antwort — klar und unabweisbar. Die äußerste Linke, noch obenrein bedeutend verstärkt, sitzt wieder in der Kammer, um mit noch weit mehr Kraft als vorher die Hymne der Arbeiter zu singen:

Su fratelli! Su compagni!

Auf Brüder! Auf Genossen!

Ehre, wenn Ehre gebührt. Und die höchste Ehre, der Ehrenplatz gebührt jetzt Pelloux, der kampffrohen Stadt, die alle reaktionären Kandidaten mit erdrückender Majorität weggesegt hat. Man betrachte die Listen:

I. Wahlkreis: De Andreis, Republikaner	2069 Stimmen
Creppi, Konservativ	2172
II. Raimo, Sozialist	2063
Colombo, Konservativ	2267
III. De Cristoforo, Republikaner	2764
Caneitta, Konservativ	1204
IV. Federici, Republikaner	2596
Gabba, Konservativ	1846
V. Turati, Sozialist	6090
Roxena, Konservativ	1175
VI. Cicotti, Sozialist	3347
Albini, Konservativ	578

Am meisten Auffehen hat die Niederlage Colombo gemacht. Die deutschen Genossen kennen Colombo, den konservativen Professor, der sich zu der niederträchtigen Rolle gebrauchen ließ, die Anbelaste im Parlament durchzuführen, und der den sauberen Plan ausgearbeitet hat, die Mitglieder der äußersten Linken, wenn sie sich nicht gutwillig erdrücken lassen, als gemeine Verbrecher von erblichen Richtern lebendig im Gefängnis begraben zu lassen. Colombo ist einer jener geschnitzten Eisingelehrten, die ihr Wissen vor den Gewaltthätern profitieren und für jede Schwärze eine Rechtfertigung finden. In Eurem Deutschland ist diese Menschenform ja nicht unbekannt. Von einer Kreatur wie Colombo die politische Wälsche gereinigt zu haben, das ist eine That, für die wir den Italienern nicht genug danken können.

Der zweite Ehrenpreis gebührt dem Industriebezirk von Sicilia, in dem die Seiden- und Wollenindustrie blüht. Hier

wurden zwei Sozialisten gewählt: (in Cossato) Dino Rondani, der vom Kriegesgericht zu vierzehn Jahren Gefängnis verurteilt, gegenwärtig auf einer Agitationstour unter den Italienern in Nordamerika ist, und (in Biella selbst) der Tischler Rigola, der erste Sozialarbeiter in der Kammer.

Und nun Ligurien, das trotz des dort eingewurzeltten Mazzinismus eine Hochburg der Reaktion geworden war. In diesem münchreichen Industriegebiet war es der Sozialismus, der in der Arbeiterbevölkerung das Licht der Aufklärung und des Klassenbewußtseins anzulobte. Nahe bei Genoa, in Sanpierdarena wurde der sozialistische Arbeiter Pietro Chiesa gewählt, und in Verda und Rossi sind zwei Sozialisten in Stichwahl, von denen der eine (in Verda) fast sicher gewählt wird.

Folgt die Romagna, die allezeit gegen jede Gewaltthat sich auflehnt und sich niemals die Herrschaft der adligen Junker (Signorotti) gefallen ließ. Wohlson, die Romagna hat am Sonntag alle Regierungsmänner hinausgeworfen. Von neun Wahlkollegien (Wahlkreisen) haben 3 Sozialisten, 5 Republikaner und 1 einen Radikalen gewählt.

Die vorliegend oderbaurende Emilia, in der unser braver Genosse Prampolini die Propaganda leitet, giebt uns zwei neue Abgeordnete zu den früheren hin: Barclani in Montecchio und Albertelli in Parma. Piemont giebt uns 4 Abgeordnete mehr: Peroglio in Alessandria, Vigna in Nivone, Rigola in Biella, Rondani in Cossato. Die Lombardei giebt uns zwei mehr: Moino in Mailand, Montomartini in Stradella. Venetien einen: Todeschini in Verona. Die Romagna zwei: Ferri in Ravenna und Costa in Imola. Sizilien zwei: Roe in Messina und Marchesano in Palermo. Diese zwei Siege haben einen um so höheren Wert, als sie über die vereinte Korruption und Brutalität der Mafia und der Regierung erfochten sind. Toscana giebt uns drei Stichwahlen: Danielli in Volterra, Pieraccini in Florenz, Catanzaro in Livorno.

Die sozialistische Gruppe, die 16 Mann stark in den Wahlkampf ging, lehrt mit 28 Mandaten und elf Stichwahlen aus der Schlacht.

Wir haben nur einen Verlust zu beklagen, aber nicht den Verlust eines Wahlkreises, sondern nur eines Votums: Salerno bei Neapel, wo De Marinis durchfiel, was noch kein sozialistischer Wahlkreis. Vissolati ist zu Pascaolo in Stichwahl, freilich mit einem Vorsprung von nur 10 Stimmen. Außerdem müssen wir die Wahl-niederlage De Felices in Catania als einen Verlust betrachten, obgleich De Felice, ein „revolutionärer Sozialist“, unserer Gruppe nicht angehörte. Gegen ihn wurden ungläubliche Mäandere verübt. Die Wähler wurden regulär bezahlt, und zwar dergestalt, daß halbe Zwei-, Fünf- oder gar Fehn-Lire-Scheine vor der Wahl bezahlt wurden mit dem Versprechen, nach der Niederlage De Felices die andere Hälfte des Scheins zu geben. (In Italien giebt es Kassenscheine bis zum Betrag von 1 Lire = 75 Pfennig.)

Wir haben zwei Doppelwahlen — in Ravenna ist Ferri, in Gonzaga Costa ein zweites Mal gewählt. Das eine der beiden Mandate wird De Marinis übertragen werden, aber das andre ist noch nicht verfügt.

Ich habe als bezeichnende Thatsache noch zu erwähnen, daß in Massa ein Opfer der Kriegesgerichte von 1894, Fusani, gewählt worden ist — nur um gegen die Kriegesgerichte zu protestieren.

Nachstehend eine vollständige Tabelle der gewählten Sozialisten, und unserer Stichwahlen.

Die gewählten Sozialisten:

1. Quirino Rospi, wiedergewählt, Turin II.
2. Oddino Morgari, wiedergewählt, Turin IV.
3. Adolfo Zerboglio, neugewählt, Alessandria.
4. Annibale Vigna, neugewählt, Biella.
5. Rinaldo Rigola, neugewählt, Biella.
6. Dino Rondani, neugewählt, Cossato.
7. Enrico Ferri, wiedergewählt, Gonzaga.
8. Gerolamo Gatti, wiedergewählt, Ostiglia.
9. Luigi Maino, neugewählt, Mailand II.
10. Filippo Turati, wiedergewählt, Mailand V.
11. Ettore Cicotti, wiedergewählt, Mailand VI.
12. Luigi Montemartini, neugewählt, Stradella.
13. Mario Todeschini, neugewählt, Verona II.
14. Nicola Badaloni, wiedergewählt, Vada.
15. Pietro Chiesa, neugewählt, Sanpierdarena.
16. Agostino Veronini, wiedergewählt, Borgo S. Donnino.
17. Camillo Prampolini, wiedergewählt, Reggio Emilia.
18. Adelmo Sichel, wiedergewählt, Guastalla.
19. Gregorio Agnini, wiedergewählt, Ivrea.
20. Alfredo Bertesi, wiedergewählt, Carpi.
21. Alberto Borgiani, neugewählt, Montecchio.
22. Guido Albertelli, neugewählt, Parma-Städ.
23. Andrea Costa, neugewählt, Imola.
24. Andrea Costa, wiedergewählt, Vubrio.
25. Enrico Ferri, neugewählt, Ravenna II.
26. Giuseppe Pescetti, wiedergewählt, Florenz III.
27. Giovanni Rod, neugewählt, Messina.
28. Giuseppe Marchesano, neugewählt, Palermo IV.

Die Sozialisten in Stichwahl:

1. Claudio Treves, Turin III.
2. Leonida Vissolati, Pesarolo.
3. Giovanni Verda, Voltri.
4. Francesco Rossi, Porto Maurizio.
5. Angelo Rosada, Como.
6. Savino Barazzani, Piacenza.
7. Jacopo Danielli, Volterra.
8. Gaetano Pieraccini, Florenz IV.
9. Ettore Cicotti, Neapel VIII.
10. Carlo Catanzaro, Livorno II.
11. Pascaolo, Ostiglia.

Und in vielen Kollegien, wo die Sozialisten nicht siegen, sind sie mit knappen Stimmenzahlen unterlegen. Zum Beispiel in Balenza Signani mit 2031 gegen 3802; in Genoa I Chiesa mit 900 gegen 1008; in Campi-Bisenzio Giatti mit 1266 gegen 1812; in Correggio Zotti mit 1253 gegen 1874; in Neapel Casilli mit 588 gegen 855; in Saviole Pulci mit 2053 gegen 2356 Stimmen. Das sind Siege für die nächste Wahl.

Ich komme nun zu den anderen Gruppen der äußersten Linken. Diese zählte in der alten Kammer 84 Mitglieder; in der neuen zählt sie 85, und wir haben zusammen 16 Stichwahlen. Und während wir früher 16 Sozialisten, 24 Republikaner und 30 Radikale hatten, haben wir jetzt 28 Sozialisten, 28 Republikaner und 29 Radikale. Dem meisten Gewinn haben die Sozialisten. Nach den Stichwahlen wird die äußerste Linke 90 Deputierte zählen.

Das ist die Antwort, welche das Land dem Herrn Pelloux und seiner Majorität erteilt hat.

Im Augenblick läßt sich das Ergebnis für die Mittel- und Regierungsparteien noch nicht genau übersehen — die liberale Opposition hat jedenfalls keine Einbuße erlitten. Die Hauptfrage ist und bleibt der Sieg der äußersten Linken und dieser Sieg ist die Niederlage der Regierung — eine politische Niederlage, die auch eine moralische Niederlage ist. Denn die Regierung hat den Kampf mit so schmutzigen Mitteln geführt, wie nie zuvor. Sie hat sich mit der Mafia und Comorra verbündet, die sie vor Gericht zu bekämpfen sich den Anschein giebt. Und sie hat das Geld mit vollen Händen ausgestreut. Bei keiner früheren Wahl ist in so ausgedehnter Maße bestochen worden, wie bei dieser. Hier in Rom erhielten viele der Wähler, um gegen uns zu stimmen, zugleich mit dem Stimmzettel einen 10 Lire-Schein — was wir nachweisen können und werden.

Doch genug; die Regierung ist geschlagen, und sie hat ihre Niederlage verdient. Ob General Pelloux die logische Konsequenz ziehen und abtanzen wird? Wenn nicht, wird die Konsequenz für ihn gezogen werden.

Partei-Nachrichten.

Aus dem Parteisekretariat schreibt man uns:

In unserer letzten Zuschrift in Sachen der Kontroverse des Organs des Buchdruckerbundes gegen unsere Partei zitierten wir eine der „Hilse“ entnommene Behauptung, in der gesagt ist, daß in einer Reihe von Druckereien sozialdemokratischer Parteiblätter grundsätzlich keine Mitglieder des Bundes eingestellt werden. Wir bezeichnen diese Behauptung als anstößig und nach dem Grundlag gearbeitet: „Es bleibt immer etwas hängen“.

Den Vorwurf der Anstößigkeit können wir heute nicht mehr aufrecht erhalten. Von einer Seite, die es wissen muß, wird uns mitgeteilt, daß die Behauptung zuerst im „Korrespondent“ — uns kommt das Blatt nicht zu Gesicht — veröffentlicht worden sei. Heute aber geht uns auch eine Nummer der „Bremer Bürgerzeitg.“ an, in der wir einen Bericht finden über eine Rede, die Herr Döblin in Wanz gehalten hat, in der sich folgende Stelle findet:

„Die Druckereien der „Leipziger Volkszeitung“ und des „Sietliner Volksboten“ stellen Verbandsmitglieder überhaupt nicht mehr ein.“

Es steht also fest, daß der Vorwurf direkt von der Verbandsleitung ausgeht und die „Hilse“ in guten Treuen ihre Bemerkung zu machen berechtigt war.

Was nun den Vorwurf selbst betrifft, so haben wir unserer ersten Zurückweisung nur noch anzufügen, was die Leipziger Volkszeitung auf die elende Anzuspinnung antwortet. Das genannte Parteiorgan schreibt: „Der „Korrespondent“ hat die Behauptung wiederholt verbreitet und noch vor kaum einer Woche erst ist dasselbe von Herrn Döblin, dem Vorsitzenden des Buchdruckerbundes, seinen gläubigen Zuhörern in einer Versammlung zu Wanz vorgelesen worden. Er hat dabei mehrere Parteidruckereien, so auch die „Leipziger Volkszeitg.“, genannt. Wenigstens soweit es sich um die „Leipziger Volkszeitg.“ handelt, beruht die Behauptung auf dreistem Schwindel.“

Gewerkschaftliches.

Verlin und Umgegend.

An die Arbeiterschaft Verlin und der Umgegend!

Seit dem 14. April befindet sich nahezu die gesamte Tabakarbeiterchaft von Finsterwalde im Auslande.

Die Tabakarbeiter fühlten, veranlaßt durch den Druck der sich immer mehr steigenden Wohnungs- und Lebensmittelpreise, das Bedürfnis, in ein Lohnbewegung einzutreten, umso mehr, da dort noch dieselben Löhne gezahlt werden, wie vor zwanzig Jahren. Gestützt auf den gegenwärtigen guten Geschäftsgang und den Stand der Organisation (von ca. 800 dort beschäftigten Personen gehören 600 dem deutschen Tabakarbeiter-Verband und ca. 100 dem Preussisch-Brandenburgischen Gewerksverein an) wurde auf Beschluß einer gemeinsamen Versammlung beider Organisationen den Fabrikanten der in der Versammlung beschlossene Lohnsatz unterbreitet.

Obgleich dieser Tarif nur eine ganz geringe Aufbesserung der bisherigen Löhne (75 Pfennig pro 1000 Stück Cigaretten) in sich schloß, fühlten sich die Fabrikanten veranlaßt, durch Anschlag in ihren Fabriken folgende Erklärung abzugeben:

„Wir erklären hiermit, daß wir auf höhere Lohnforderungen unter den gegenwärtigen Verhältnissen nicht eingehen und in solchen Fragen überhaupt mit einer Kommission nicht verhandeln werden. Einwaige Wünsche unserer Arbeiter und Arbeiterinnen sind wie immer den Arbeitgebern direkt vorzulegen.“

Die Vereinigung der hiesigen Cigarettenfabrikanten.

Trotz dieser schroffen Ablehnung versuchten die Arbeiter es dennoch, ihre Angelegenheit auf friedlichem Wege zu regeln; jedoch vergeblich! So erfolgte denn am Osterabend die Arbeitsniederlegung.

Arbeiter Verlin! Die dortigen Tabakarbeiter bestehen zu 2/3 aus weiblichen Personen; wenn trotzdem ein so geschlossenes Vorgehen zu verzeichnen ist, so ergibt sich wohl zur Genüge, in welcher menschenwürdigen Lage sich die dortigen Arbeiter und Arbeiterinnen befinden.

Die unter solchen Verhältnissen hergestellten Fabrikate werden nahezu ausschließlich in Berliner Restaurationen, Fabriken und Konsumvereinen verkauft. Wir glauben im Sinne der Arbeiterschaft Verlin zu handeln, wenn wir hiermit die Aufforderung an sie ergehen lassen, beim Einkauf ihrer Cigaretten und Tabakfabrikate darauf zu achten, daß dieselben nicht aus Finsterwalder Fabriken herstammen.

Diejenigen Fabrikanten, welche bis jetzt und nachträglich den Tarif bewilligten, werden seitens der Kommission der Berliner Tabakarbeiter im Informatenteil des „Vorwärts“ Donnerstags und Sonntags veröffentlicht.

Arbeiter Verlin! Achtet auf die Veröffentlichung und verheißt dadurch den streikenden Tabakarbeitern und Arbeiterinnen zum Siege.

Der Ausschuß

der Berliner Gewerkschaftskommission.

Die Potsdamer Gesellenanschlüsse haben als Kandidaten für die Wahl zur Handwerkerkammer aufgestellt: Schlosser Hermann Wilhelm, Junkerstr. 22, Potsdam, und als Ersatzmann Korbmacher Johannes Eichelbaum, Treuenbrienerstraße 31, Ludenwalde.

Deutsches Reich.

Das Hamburger Arbeiterssekretariat ist bekanntlich beschlossene Sache. Die Versammlung des Hamburger Gewerkschaftsartikels vom 6. Juni d. J. beschloß in dieser Angelegenheit nun weiter, das Sekretariat am 1. September 1900 zu eröffnen und sofort zwei Sekretäre anzustellen. Das Gehalt für jeden Sekretär wurde auf 2600 M. pro Jahr bemessen. Die Kommission des Hamburger Gewerkschaftsartikels hat nunmehr die Stellen öffentlich ausgeschrieben. Bewerbungen müssen bis spätestens den 1. Juli cr. an Herrn E. Kretschmer, Hamburg, Frankenstr. 10, mit der Aufschrift „Arbeiterssekretariat“ eingereicht werden und werden die Bewerber ersucht, gleichzeitig anzugeben, ob sie für den sozialpolitischen Zweig oder den des ordentlichen Rechts wirken wollen.

Eine Lohnbewegung der Straßenbahn-Angestellten ist auch, wie wir bereits kurz mitgeteilt haben, in Königsberg i. Pr. zum Ausbruch gekommen. Ueber den Verlauf wird uns geschrieben: In den letzten Tagen des Mai kam auch in die bisher zum größten Teil vollständig indifferenten Leute etwas Leben, als sie von dem erfolgreichsten Vorgehen ihrer Kollegen in anderen Städten hörten. Mit den Vorgängen bei Lohnbewegungen vollständig unbekannt wären die Leute aber schließlich zu einem zufriedenstellenden Resultat gelangt, wenn sich ihrer nicht der Verband der Handels-Hilfsarbeiter angenommen hätten. In einer Versammlung, welche in der Nacht vom 1. zum 2. Juni stattfand, wurden die Forderungen aufgestellt, eine Lohnkommission zu erwählen, die beschloß, bis zum 7. Juni die Antwort der Direktion zu erbitten. Trotzdem die Gesellschaft 10 Proz. Dividende verteilt, bekamen die Angestellten rund 60 M. Anfangsgehalt, das bis 85 M. nach mehrjähriger Dienstzeit hie. Die Arbeitszeit dauerte 15-18 Stunden, freie Tage wurden in letzter Zeit häufig nur alle drei Wochen gegeben; das Mittagessen mußte in wenigen Minuten an den Endpunkten eingenommen werden. Gefordert wurde von den Angestellten eine Erhöhung der Gehälter, Verkürzung der Arbeitszeit auf ein vernünftiges Maß, Bewährung freier Sonntage und einer ordentlichen Mittagspause. In der Versammlung, in der die Forderungen aufgestellt wurden, erschien, wie klar ist, um die Angestellten einzuschüchtern, der Direktor ein Herr v. Drygalski. Am nächsten Tag erließ er eine Ver-

fägung" an die Angestellten, in der er denselben klar machen wollte, daß sie eigentlich ganz zufrieden seien und nur durch fremde "Elemente" aufgereizt wären. Kurz und bündig erklärte er dann weiter, daß er die Forderungen ignorieren, auf keinen Fall antworten und selbst bestimmen werde, wenn er über die Verbesserung der wirtschaftlichen Lage der Angestellten mit Vertretern derselben verhandeln wolle. Schnell lenkte der schweidige Herr aber ein. Schon am zweiten Pfingsttag ließ er die Lohnkommission rufen und teilte derselben mit, daß er bereit sei, zu verhandeln. Am Dienstag, den 5. d. M., ließ er abends 10 Uhr den Betrieb einstellen und sämtliche Angestellte nach dem Depot kommen, um zu verhandeln. Auf dem eignen Grund und Boden war der Herr davor sicher, daß in Lohnbewegungen erfahrene Leute bei den Verhandlungen auf die Angestellten einwirkten. Eine in dieser unter Aufsicht der Direktion tagenden Versammlung gewählte Kommission soll nun weitere Verhandlungen führen. Daß für die Angestellten unter diesen Umständen nicht viel herauskommt, kann als sicher angesehen werden.

Der Streik der Färber in Elberfeld und Warmen ist beendet. Die Arbeiter sind unterlegen, nachdem sie mit bewundernswerter Haltung den Kampf bis zur gänzlichen Erschöpfung der finanziellen Hilfsmittel geführt haben. Am letzten Sonnabend konnte die Streikunterstützung zum letztenmal ausgezahlt werden; auch dies wäre nicht möglich gewesen, wenn nicht der Elberfelder socialdemokratische Verein 1000 M. und das Gewerkschaftsstell 700 M. hergegeben hätten. Ein Teil der Ausständigen wird vorläufig keine Aufnahme in den Fabriken finden.

Zur Aufklärung! Zu dem am 6. Juni im "Vortwärts" veröffentlichten Bericht über die zweite Generalversammlung des Centralverbandes der Handlungsgehilfen und -Gehilfen Deutschlands (abgehalten in Dresden am 4. Juni) sendet uns Herr Benno Mah eine Zuschrift. Benno Mah, der als Berliner Delegierter der Generalversammlung betrautete, sieht sich durch verschiedene Anfragen veranlaßt, mitzuteilen, daß er an den Beratungen in ausgiebiger Weise beteiligt gewesen. Er habe sowohl zu dem Geschäftsbericht, wie zu dem Berliner Antrage mehrfach das Wort genommen.

Ausland.

Die Schuhmacher in Warschau (Russ.-Polen) sind seit dem 15./28. Mai im Streik. Ueber die Ursachen des Ausstandes wird uns von dort geschrieben: Ein Teil der hiesigen Gesellen arbeitet bei Meistern, welche direkt an die Kunden verkaufen, ein anderer Teil bei solchen, die ihre Waren an Schuhwaren-Händler liefern. Für ein Paar Stiefel wird 1 M. 8 Pf. Arbeitslohn bezahlt. Die Meister lassen sich ungleich höhere Preise zahlen. Am 14./27. Mai wurde eine Versammlung von Vertretern der Werkstätten — ca. 100 an der Zahl — abgehalten und der Streik beschlossen. Am 15./28. Mai legten ca. 1000 (beinahe sämtliche) Schuhmacher von Warschau die Arbeit nieder. Es wurde die Forderung aufgestellt, den Lohn für das Paar Stiefel um 10 Kopelen zu erhöhen.

Das ist nicht der erste Streik der Warsauer Schuhmacher. Seit 1893 führen sie den Kampf gegen Unternehmertum Schuller an Schuller mit anderen Arbeitern und haben nicht weniger als 80 meistenteils kleinere Streiks durchgeführt, die mit einer Erhöhung des Lohnsatzes und Verkürzung der Arbeitszeit für einzelne größere Werkstätten endeten. Um aber eine allgemeine Aufbesserung für sämtliche Gesellen zu erringen, haben die Schuhmacher jetzt den Generalstreik proklamiert.

Warschau — Warschau, 30. Mai 1900.
Central-Komitee
des socialdemokratischen Arbeiter-Verbandes
in Polen und Litauen.

Vom Ausschub der Berliner Gewerkschafts-Kommission geht uns mit Beziehung zu dem oben bezeichneten Streik nachstehendes zu:

Die deutschen Arbeiter und Gewerkschaften haben wiederholt bewiesen, daß ihr Mitgefühl für ausländische Arbeiter nicht in leeren Worten besteht. Sie werden auch die russischen Schuhmacher nach Kräften unterstützen.

Um zu ermöglichen, daß den Ausständigen eine schnelle und einheitliche Unterstützung zu teil wird, werden Gelder entgegen genommen im Berliner Gewerkschaftsbureau, Engelsufer 15 I, Zimmer 8, von A. Körsten, vorm. 9—1, nachm. 6—8 Uhr.

Sociales.

Ueber den Bestand der deutschen Flottille, Kanal-, Haff- und Küstenschiffe ergibt eine vom Centralb. d. Bauverw. herbeischickte statistische Tabelle, daß die Zahl sämtlicher Schiffe von 17 653 im Jahr 1877 auf 22 564 im Jahr 1897, also um 28 Proz., die Tragfähigkeit aber von rund 1 400 000 Tonnen auf 3 400 000 Tonnen, also um 143 Proz. gestiegen ist. Die Vermehrung hat also weniger in der Zahl als in der Tragfähigkeit der Schiffe stattgefunden. Die letztere ist bei den für die Güterverladung hauptsächlich in Betracht kommenden Segelschiffen durchschnittlich von 80 auf 160, also genau auf das Doppelte gestiegen. Bemerkenswert ist als eine Folge der Verbesserung der vorhandenen Wasserstraßen und des Neubaus größerer Kanäle das Hintertreten von Schiffen mit mittlerer und großer Tragfähigkeit. Unterscheidet man kleine Fahrzeuge bis zu 200 Tonnen Ladevermögen von mittleren mit 200 bis 400 Tonnen und großen mit mehr als 400 Tonnen Tragfähigkeit, so ist die Zahl der ersteren ziemlich gleich geblieben und nur unbedeutend, von 15 789 auf 16 146, gestiegen, während die mittleren Schiffe von 987 auf 2673 und die großen Schiffe von 187 auf 1541 zunahm. Die Zahl der Dampfer hat sich von 570 mit rund 85 000 Pferdekräften auf 1958 mit rund 240 000 Pferdekräften gehoben. Die Ausnutzung des Ladevermögens ist, wie der Artikel im "Centralb. d. Bauv." weiter hervorhebt, eine intensivere geworden. Ein Fahrzeug gebraucht heute durchschnittlich weniger an Zeit für Laden, Fahrt und Löschen als vor 20 Jahren ein Schiff von nur halb so großem Ladevermögen. Dies bedeutet einen erheblichen Fortschritt im wirtschaftlichen Leben.

Arach im Tapetenring. Einer der Hauptparagrafen des Rings ist der § 27; dieser lautet: "Die Vereinsmitglieder sind verpflichtet, nur von solchen Fabrikanten zu kaufen, welche ausschließlich an Vereinsmitglieder liefern." Dieser Paragraph bezweckt also die Wohlhaltung solcher Unternehmer, die nicht dem Ring beitreten wollen. Es wurde nun am 9./10. April d. J. eine Kommission zur strengen Durchsicherung des § 27 gewählt, deren Beauftragter Herr Emil Hagemann-Berlin war. Dieser erklärt jetzt ein Circular, welches die "Frankf. Ztg." abgedruckt in der Lage ist. Es lautet:

Verein deutscher Tapeten-Fabrikanten.

In Sachen § 27 habe ich Ihnen folgendes mitzuteilen: Die am 28. in Eisenach aberraumte Sitzung der Kommission zur Durchführung des § 27 hat nicht stattgefunden, da Herr Langhammer (Vorsitzender des Verbands) sein Erscheinen verweigerte. Ebenso ist eine Berichterstattung des Unterzeichneten im Plenum nicht geschehen. Auf meine Aufforderung vom April haben 57 Firmen nicht geantwortet, 18 haben vollständig abgelehnt, ein Herr mit dem Staatsanwalt gedroht, ein großer Teil nur unter der Bedingung von Kompensationen, die nicht erfüllt werden können, zugestimmt.

Die Unterstützung, die ich durch unsere Mitglieder erhielt, war eine sehr laue, man hatte mir Adressen von eingegangenen Firmen ausgegeben, Lieferanten genannt, mit denen seit Jahren keine Verbindung mehr unterhalten, angebliche Lieferanten, die überhaupt für Tapetenfabrikanten nicht arbeiten, angegeben, so daß ich mein Amt niederlegen werde!

Da ich danach erkannt, daß ein Abschneiden der Materialien doch nicht möglich und das Verbot der Realisierung nicht durchführbar ist, die Aufrechterhaltung meines

Circulars aber ein großes Unrecht gegen die Herren, die besahnd geantwortet, ist, gebe ich Ihnen an. Ihre Zustimmung zurück. Damit dürfte dieser Ring, der in "Verordnung" seiner Mitglieder ganz ungeheuerliches geleistet, in die Brüche gehen.

Aus der Frauenbewegung.

Selbständige Erhebungen über die Fabrikarbeit verheirateter Frauen hat die Jittauer Handelskammer angestellt, weil die von den Gewerbe-Inspektoren verfaßten Fragebogen ihnen nicht zureichten. Das Ergebnis über die Erhebungen ist, daß das sächsische Ministerium des Innern erucht wird, jedem gesetzgeberischen Versuche, die Beschäftigung verheirateter Frauen einzuschränken, entgegenzutreten.

Zu dieser Fabrikantenweisheit zu kommen, hätte es doch wahrlich nicht der langwierigen Erhebungen bedurft. Nun in dieser Frage hat glücklicherweise das sächsische Ministerium nicht allein zu entscheiden.

Der internationale Frauentag für die Rechte der Frau, der vom 5. bis 9. September in Paris stattfindet, wird folgende Fragen behandeln:

1. Die ökonomische Seite der Frauenarbeit. (Gehalt, Arbeitszeit, Gesundheit.)
2. Die Moral. (Gleiche Moral für beide Geschlechter. Aufhebung der gesetzlich geregelten Prostitution.)
3. Erziehungsfragen.
4. Ehegesetze.
5. Wesentliche Frauenrechte, absolute Berufsfreiheit.

Gerichts-Beilage.

Die Verhandlung des großen Beitragsprozesses wider die beiden Geschäftsmänner Redeler und Harris nimmt eine solche Ausdehnung an, daß ihre Verurteilung vor nächstem Montag nicht zu erwarten ist. In der Donnerstag-Sitzung kam es zu einem eigenartigen Zwischenfall zwischen dem Vorsitzenden und den Verteidigern. Gegen 2 1/2 Uhr nachmittags machte der Vorsitzende eine Pause von 20 Minuten, da ein Besucher erklärte, daß er zur vorläufigen Erfrischung schnell eine Tasse Kaffee trinken müsse. Der Vorsitzende erklärte, daß er dann bis 5 Uhr verhandeln wolle. Nach Wiederaufnahme der Sitzung wurde ein Zeuge dreiviertel Stunden lang vernommen; darauf erklärte der Vorsitzende, daß er noch einige auswärtige Zeugen vernehmen wolle, damit diese abereuen könnten. Nunmehr gab Rechtsanwalt Vallien I eine Erklärung dahin ab, daß er mit Rücksicht auf seinen Gesundheitszustand nicht mehr in der Lage sei, der Verhandlung mit der nötigen Aufmerksamkeit zu folgen. Rechtsanwalt Dr. Halpert gab unter diesen Umständen die Vertagung anheim, der Vorsitzende aber weigerte sich und beharrte bei seinem Beschlusse, noch die auswärtigen Zeugen zu vernehmen, damit diese schnell wegsämen. Als Rechtsanwalt Vallien wiederholte, daß er beim besten Willen nicht mehr die genügende Sparsamkeit habe, um der Verhandlung mit der nötigen Aufmerksamkeit folgen zu können, sagte der Vorsitzende etwas, was von den Verteidigern dahin verstanden worden ist: "Da kommt ein Verteidiger hierher und kann dann plötzlich nicht weiter. Das ist doch keine Art!" Nunmehr erklärte Rechtsanwalt Dr. Halpert mit lauter Stimme: Wenn sein Kollege erkläre, daß er physisch nicht mehr im Stande sei, weiter zu verhandeln, so müsse man es ihm doch glauben. Es erhebe aber doch nicht anständig, daß der Vorsitzende in öffentlicher Sitzung vor versammeltem Publikum eine solche Bedenkenwendung gebrauche, wie er gethan. Der Vorsitzende meinte, das könne ihm Rechtsanwalt Vallien selbst sagen. Dr. Halpert erwiderte: wenn kein Kollege ihm die Vollmacht hierzu nicht erteile, brauche sie ihm der Vorsitzende nicht zu benähern. Der Gerichtshof zog sich hierauf zur Beratung zurück, sein Beschlusse ging dahin, den Vertagungsantrag als nicht genügend begründet abzulehnen. Hierüber erhoben sich beide Verteidiger und verließen den Saal, nachdem Dr. Halpert schon vorher erklärt hatte, daß er erst vor 14 Tagen als Verteidiger angezogen sei und das Material nicht so beherrsche, wie sein Kollege. Im übrigen gab Dr. Halpert vor Verlassen des Saals noch die Erklärung ab, daß die Angeklagten über ihr Recht aufgeklärt worden seien, und daß sie nicht in der Lage sein würden, in die Entlassung der Zeugen zu willigen. Dies trat dann auch ein. Nach Vernehmung noch eines Zeugen erklärte Angeklagter Harris, daß er nicht wisse, welche Fragen sein Verteidiger noch an diesen zu stellen habe. Die Entlassung des Zeugen war daher unmöglich, und der Vorsitzende zog es vor, nun doch die Sitzung zu vertagen.

Ein Bauernfänger-Tricklein, das an längst verfloffene Zeiten erinnert, hatten der Handelsmann Theodor Armgart und der Schuhmacher Julius Tewes, welche gestern wegen gewerbsmäßigen Glücksspiels und Betrugs vor der zweiten Strafkammer des Landgerichts II standen, zur Anwendung gebracht. Der Arbeiter Joseph Eshlawa hatte drei Monate in einem Vergewalt bei Dortmund gearbeitet. Mit seinem lauter erworbenen Ersparnissen von etwa 80 M. wollte er sich wieder nach seinem polnischen Heimatdorf begeben. Am 5. April traf er morgens gegen 7 Uhr auf dem Lehrter Bahnhof ein. Er machte sich zu Fuß auf den Weg nach dem Schiffschen Bahnhof. An der Holzbrücke wurde Eshlawa von dem Angeklagten Tewes angesprochen, der sich nach kurzer Unterhaltung erbot, ihm das Gepäck zu tragen und ihm den Weg zu weisen. Der Vole ging darauf ein und folgte dann ebenfalls dem Rufe seines freundlichen Begleiters, vom Bahnhof Friedrichstraße abzureisen und das Gepäck einzuwickeln dort unterzustellen. Nun sollte Eshlawa sich Berlin ansehen. Von dem ihm gemachten Vorschlägen gefiel ihm am besten der, das Militär auf dem Tempelhofer Felde Paradeamt abzuholen zu sehen. Tewes versicherte auch, daß der Kaiser dort erscheinen würde. Zunächst stärkte sie sich durch einige Schnäpse. Als sie das Tempelhofer Feld beinahe erreicht hatten, ging vor ihnen ein Mann, der sein Taschentuch hervorzog und gleichzeitig damit sein Portemonnaie. Der Verlierer ging weiter, Tewes rief ihm aber zu: "Mein Herr, Sie haben Ihr Portemonnaie verloren!" Der Herr wandte sich um und nahm das Portemonnaie dankend von Tewes entgegen. Der Vole blidete den letzteren hochachtungsvoll an. "Ist sich etliches Mensch", meinte er. Der Unwunderslohe dachte nicht daran, daß Tewes mit dem Verlierer des Portemonnaies — es war der Witangefangene Armgart — ein verabredetes Spiel getrieben. Armgart schloß sich ihnen um an. Er erzählte, daß er in der verfloffenen Nacht in Spandau gespielt und viel Geld gewonnen habe, wobei er den reichen Inhalt seines Portemonnaies zeigte, der aus Goldstücken und Scheinen bestand. Es waren "Blüten" und Spielmarken. Tewes sagte, daß er zufällig ein Spiel Karten bei sich habe und bat Armgart, ihnen doch mal zu zeigen, was er gespielt habe. Armgart war sofort dazu bereit. Bald darauf sahen die drei auf einer Grabenlante, Armgart breitete sein Taschentuch vor sich aus und nun zeigte er das bekannte Kummelblätchen-Spiel. Zunächst vernachte Tewes, die eine der drei Karten zu erraten und als ihm dies gelang, fing er an zu wetten. Tewes gewann immer, ein Goldstück nach dem andern wanderte aus Armgart's Tasche in die seine. Zuletzt erklärte Armgart, daß er nur noch einen Einsatz von 100 M. annehme. Tewes erwiderte, daß ihm dies zu hoch sei. forderte aber den Vole an, mit ihm Halbart zu halten. Dieser erklärte: "Bin sich armes Pöbel, laun nicht sagen so viel Geld". Seine Begierde war aber geweckt, auf Jurethen des Tewes setzte er 40 M., denen Tewes drei Zwanzigmarkstücke hinzusetzte. Nun rief Eshlawa, natürlich falsch. Armgart rief das Geld ein. Die Angeklagten horten nun ihre ganzen Ueberredungskünste auf, den Vole zum Weitergehen zu bewegen, dann werde er den Verlust sicherlich wieder einholen. Eshlawa ließ sich aber nicht dazu bewegen, ihm waren die Augen aufgegangen und laut jammerte er, daß er Betrügern in die Hände gefallen sei. Die Angeklagten zogen es vor, sich langsam von dem Guckposten zu entfernen und ihre Gangart zu beschleunigen, als sie sahen, daß Eshlawa sich an einen

gerade vorüber reitenden Gendarmen wandte. Dieser setzte dann sein Pferd in Galopp und holte die beiden Bauernfänger bald ein. Der Vole ist noch mit einem blauen Auge davongelommen, was der Verteidiger, Rechtsanwalt Dr. Schwindt, als Währungsgrund anzusehen hat. Tewes wurde zu einem Jahr, Armgart zu neun Monaten Gefängnis verurteilt und beiden wurden die Ehrenrechte auf drei Jahre abgeprochen.

Der Stationsvorsteher von Adlershof, der 1861 zu Koblitz geborene Eisenbahn-Assistent Paul Hauptmann, hatte sich gestern vor der zweiten Strafkammer am Landgericht II wegen Sittlichkeitsverbrechens in 14 vollendeten und einem versuchten Fall zu verantworten. Die Verhandlung, zu welcher 32 Zeugen und zwei medizinische Sachverständige geladen waren, fand unter Ausschluß der Öffentlichkeit statt. Aus dem öffentlich verurteilten Urteil ging hervor, daß der Angeklagte, der unverheiratet ist, oft kleine Mädchen zu Aufwartediensten benutzte, andererseits Kindern gern Geschenke machte und damit Gelegenheit zur Verübung unzüchtiger Handlungen suchte. In acht Fällen wurde er für schuldig befunden und zu drei Jahren Zuchthaus und drei Jahren Ehrverlust verurteilt. Der Angeklagte ist Anfang April in Untersuchung gezogen worden, doch wurde auf die Untersuchungshaft nichts angerechnet.

Ueber einen Verlesungsprozess wird uns aus Düsseldorf berichtet: Wegen Verleumdung und Verlesung hatte sich der Lederfabrikant Franz Kaumann aus Reuß dieser Tage vor der hiesigen Strafkammer zu verantworten. Er war früher Lieferant von Lederzeug für eine Eskadron des 3. Garde-Ulanenregiments in Potsdam. Im Jahre 1899 war er mit seiner Vererbung leer ausgegangen, eine andre Firma hatte ihm den Rang abgelaufen. Daraufhin schrieb er an den Zahlmeister Delsner des genannten Regiments, bei zukünftiger Vergebung von Lieferungen seine Stimme für ihn, K., abzugeben. Dem Briefe war ein Geldbetrag von 1200 M. beigelegt. Zahlmeister Delsner erblickte in diesem letzteren Umstand eine beleidigende Zumutung; er machte dem Regiment Anzeige und dieses stellte Strafantrag wegen Verlesung und Verleumdung. In der Verhandlung vor der Strafkammer mußte K. den Thatbestand zugeben. Der Staatsanwalt beantragte gegen den Angeklagten 1500 M. Geldstrafe. Das Gericht ging über den Antrag weit hinaus, es verhängte über K. eine Gefängnisstrafe von 1 Monat, indem es der Ansicht war, daß eine Freiheitsstrafe den Angeklagten viel härter treffe, als eine Geldstrafe. Im dem Urteil wurde u. a. gesagt, es sei für den Angeklagten, der in glänzenden Verhältnissen lebt, ein Leichtes gewesen, 1200 M. für den von ihm angebotenen Zweck zu opfern. Dem Zahlmeister Delsner, der nicht mit Glücksgütern begünstigt ist, sei es hoch anzurechnen, daß er der in so verlockender Form an ihn herangetretenen Verführung widerstanden habe, ebenso hoch müsse dies aber dem Angeklagten in strafrechtlicher Beziehung angerechnet werden; seine That charakterisiere sich als eine äußerst verwerfliche. Das Gericht habe deshalb auf eine direkte Freiheitsstrafe erkannt.

Der Krieg.

Krüger über die Fortsetzung des Krieges.

Ein Korrespondent des "Daily Express" berichtet über eine Unterredung, die er in Madagadopol mit dem Präsidenten Krüger und dem Staatssekretär Reig in einem Eisenbahn-Wagon hatte. Krüger erklärte: Die Besetzung von Pretoria bedeutet nicht das Ende des Krieges. Die Bürger sind durchaus entschlossen, bis zum letzten Mann zu kämpfen, und sie werden sich nicht ergeben, solange ihrer noch 500 Mann in Transvaal in Waffen stehen. Die Hauptstadt der Republik ist hier. Der Feind ist in unser Land eingedrungen, hat es aber noch nicht erobert. Die Regierung ist noch in Thätigkeit. Es ist nicht wahr, daß ich zwei Millionen Gold für mich mitgenommen habe. Alles Geld, aber welches ich hier verfüge, ist lediglich dasjenige, welches für staatliche Zwecke erforderlich ist. Die mir zugeschriebene Absicht, an Bord des auf der Höhe von Lourenço Marques liegenden holländischen Kriegsschiffes Zuflucht zu nehmen, habe ich nie gehabt.

Amerika als Friedensvermittler?

Lourenço Marques, 8. Juni. Der amerikanische Konsul Hollis ist gestern von einem Besuche hierher zurückgekehrt, den er dem Präsidenten Krüger in Madagadopol abgeleistet hat. Hollis, der mit Krüger eine längere Unterredung hatte, hat demselben dem Vernehmen nach freundschaftliche Mitteilungen der amerikanischen Regierung überbracht, in denen Krüger gedrängt wird, Friedensverhandlungen einzuleiten. Falls das Telegramm der Wahrheit entspricht, könnten die Einwirkungen Amerikas nur im Interesse einer beabsichtigten Friedensvermittlung erfolglos sein. Einstweilen erscheint uns die Mitteilung allerdings ungläubwürdig.

Ein Telegramm meldet noch:

London, 8. Juni. Dem "Neuterschen Bureau" wird aus Veribe vom 5. d. Mts. gemeldet: General Kumble hat mit einer starken Abtheilung eine Reconoscierung nordöstlich von Hammouda ausgeführt und dabei die Lage des Voreenlagers ausgeforscht; nach der Reconoscierung ist Kumble in das Lager zurückgekehrt.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Die Vorgänge in Ostafrika.

Tientsin, 7. Juni. (Meldung des "Neuterschen Bureau".) Aus amtlicher chinesischer Quelle verlautet, daß vierhundert Bogers zwischen Hongkong und Posa gestern Nacht fünfzehnhundert Mann chinesischer Truppen eingeschlossen hätten. Den letzten Nachrichten zufolge dauere der Kampf heute früh noch an. Die die Beamten lagen, sind 500 Bogers gefallen. Ueber den Verlust der chinesischen Truppen verlautet nichts.

Alin a. Mh., 8. Juni. Die "Kölnische Zeitung" schreibt zu den chinesischen Wirren, die Lage habe sich derart zugespitzt, daß eine sofortige militärische Aktion vorgenommen werden muß; die Sorge, was aus der chinesischen Regierung, sowie aus den Beziehungen der Mächte zu ihr werden könne, sei eine cara posterior. Wenn Handel und Wandel in China überhaupt unmöglich sei, sei es auch gleichgültig, ob die konservative Partei oder die Reformen in Peking die Fäden führen. Die Mächte müßten sich schleunigst verständigen und gemeinsam eingreifen; je länger dies dauere, je größer werde die Wahrscheinlichkeit, daß eine Nacht altein die Arbeit thue. Solche Möglichkeit, so gefährlich sie auch für den Weltfrieden werden könne, wäre immer noch dem Nichtstun vorzuziehen, welches schließlich zum Chaos führen müßte.

Washington, 8. Juni. (Meldung des "Neuterschen Bureau".) Admiral Kempff telegraphiert aus Tonglu von heute: In der Nähe von Tientsin fand gestern eine Schlacht zwischen chinesischen Truppen und Bogers statt. Man glaubt, daß die Bogers morgen in großer Anzahl vor Tientsin erscheinen werden.

Hongkong, 8. Juni. (Meldung des "Neuterschen Bureau".) In der verfloffenen Nacht wurde ein kleiner Dampfer, der Hongkonger Chinesen gehörte und vier mit Petroleum geladene Dschunken im Schlepptau hatte, die nach Canton bestimmt waren, von einer bewaffneten Piraten-Schwärme in der Höhe von Kap Linnum, 8 Meilen von Hongkong, angegriffen. Nachdem die Piraten die Dschunken geplündert hatten, nahmen sie den kleinen Dampfer samt Besatzung mit sich und verschwanden in westlicher Richtung.

Bern, 8. Juni. (B. Z. V.) Der Nationalrat hat beschlossen, dem Volk die Verwerfung sowohl der Volksinitiative für die Einführung der Proportionalwahl zum Nationalrat, wie derjenigen für die Wahl des Bundesrats durch das Volk zu empfehlen.

Paris, 8. Juni. (B. Z. V.) Die Budgetkommission wählte Ephech mit 18 Stimmen gegen 12 Stimmen, welche Roubier erhielt, zum Präsidenten.

Reichstag.

206. Sitzung. Freitag, den 8. Juni 1900, 1 Uhr.

Vom Bundesratspräsidenten: Herr v. Thielmann.

Zunächst wird die Deklaration des Art. 35 der internationalen Konvention in dritter Lesung debattelos angenommen.

Es folgt die zweite Beratung des von dem Abg. Müller-Fulda (C.) eingebrachten Gesetzentwurfs betreffend Abänderung des Reichs-Stempelgesetzes.

Art. 1 des Tarifs betrifft Aktien, Anzeilen, Renten und Schuldverschreibungen. Die Kommission hat die Stempelabgabe wie folgt festgesetzt: Bei

a) Inländischen Aktien, Aktien-Anteilscheinen und Reichsbank-Anteilscheinen, sowie Interimsscheinen über Einzahlungen auf diese Wertpapiere (Stempelabgabe: 2 vom Hundert).

b) ausländischen Aktien und Aktien-Anteilscheine, wenn sie im Inland ausgehandelt, veräußert, verpfändet oder wenn dafolch andere Geschäfte unter Lebenden damit gemacht oder Zahlungen darauf geleistet worden, — unter der gleichen Voraussetzung auch bei Interimsscheinen über Einzahlungen auf diese Wertpapiere. (Stempelabgabe: 2/10 vom Hundert), — ist die Stempelabgabe wie folgt zu berechnen:

vom Nennwert, zusätzlich des Betrages, um welchen die inländischen Aktien höher als der Nennwert ausgeben werden, bei Interimsscheinen vom Betrage der beschleunigten Einzahlungen und zwar

zu 1a in Abstufungen von 2 M., zu 1b in Abstufungen von 2/10 M., für je 100 M. oder einen Bruchteil dieses Betrages.

Der nachweislich versteuerte Betrag der Interimsscheine wird auf den Betrag der demnächst etwa zu versteuernden Aktien usw. angerechnet.

Ausländische Werte werden nach den Vorschriften wegen Erhebung des Wechselstempels umgerechnet.

Nach Antrag Wassermann (nall.) soll die Stempelabgabe wie folgt berechnet werden:

vom Nennwert bei Interimsscheinen und nicht vollgezählten Stammesaktien vom Betrag der beschleunigten Einzahlungen und zwar:

zu 1a in Abstufungen von 2 M., zu 1b in Abstufungen von 2/10 M., für je 100 M. oder einen Bruchteil dieses Betrages. Bei inländischen Aktien usw. erfolgt die Besteuerung zusätzlich des Betrags, zu welchem sie höher als der Nennwert lauten, ausgegeben werden.

Der nachweislich versteuerte Betrag der Interimsscheine wird auf den Betrag der demnächst etwa zu versteuernden Aktien usw. angerechnet. Das gleiche gilt von dem versteuerten Betrage nicht voll gezahlter Aktien bei späteren Einzahlungen.

Ausländische Werte (usw.) wie bisher.

Abg. Wassermann (nall.):

Mein Antrag bezweckt lediglich die Klarstellung einer in den Kommissionsbeschlüssen enthaltenen unklaren Fassung. In dem finanziellen Ergebnis der Steuer ändert er nichts. Wir haben nun auch diesen einen Antrag, um dessen Annahme ich Sie bitte, angenommen, und werden im übrigen für die Kommissionsbeschlüsse eintreten.

Abg. Arnim (Rp.) schließt sich dem Antrag Wassermann an.

Abg. Müller-Fulda (C.)

betrachtet den Antrag ebenfalls als eine Verbesserung. Der Antrag Wassermann wird darauf angenommen, ebenso Tarifnummer 1a und b.

Art. 1c des Tarifs bestimmt, daß von Anteilscheinen gewerkschaftlich betriebener Bergwerke (Stärke, Kurzhaine) 1,50 M. Stempelabgabe von jeder einzelnen Aktunde erhoben werden sollen.

Außerdem sollen für alle nach dem 1. Juli 1900 auf solche Werte ausgeführten Einzahlungen, soweit solche nicht zur Deckung von Betriebsverlusten dienen, 2 Proz. erhoben werden.

Zur Entrichtung des Stempels für die Einzahlungen ist die Gewerkschaftsliste verpflichtet.

Der Abg. Richter (fr. Sp.) beantragt, diese Nummer 1c zu streichen.

Abg. Graf Oriola (nall.):

In der Kommission wurde allgemein als richtig anerkannt, daß man die Steuer nicht vollständig frei lassen könnte. Wir wollen die großen und kleinen Gewerke verhältnismäßig gleich belasten und in diesem Sinne können wir uns im allgemeinen mit der Fassung der Kommission einverstanden erklären. Wichtig ist vor allem, daß die Einzahlungen, die zur Deckung von Betriebsverlusten dienen, stempelfrei bleiben und nur diejenigen Einzahlungen besteuert werden, die wirklich zur Erweiterung des Betriebes dienen. Ein Kollege von mir wird noch einen Zusatzantrag stellen, um den Begriff des Betriebsverlustes näher zu definieren. Wenn wir die Aktienbergwerke treffen, dann müssen gewerkschaftlich betriebene Bergwerke belastet werden.

Abg. Richter (fr. Sp.):

Die verschiedene Natur der Aktienbergwerke und gewerkschaftlichen Betriebe bringt es mit sich, daß, wenn man anscheinend gerecht gleichmäßig die Steuer normiert, in der That eine ungleichmäßige Belastung eintritt. Am Schluß der zweiten Beratung in der Kommission erklärte Herr von Thielmann, die Sache sei außerordentlich schwierig. Er wolle namens der verbündeten Regierungen bezüglich dieser Steuer nur ein non liquet erklären. Das fiel uns so mehr auf, als er in allen übrigen Punkten mehr oder weniger seine Zustimmung erklärte. Wir können jedenfalls jetzt eine Erklärung der Regierung in dieser Frage erwarten. (Sehr richtig! links.) In der Kommission meinte Herr Thielmann, man möge sich lieber mit einer Resolution begnügen, als etwas Falsches beschließen. Diese Ansicht teile ich durchaus. Es ist ganz unausführbar, wenn hiergegen sehr wohlwollend beantragt wird, daß die Steuer nur auf Einzahlungen erhoben wird, die nicht zur Deckung von Betriebsverlusten dienen, weil gar nicht zu definieren ist, welche Einzahlungen zur Deckung von Betriebsverlusten dienen und welche nicht. Mit dieser ganzen Materie hat sich der Reichstag noch nie beschäftigt, so daß überhaupt nur ganz wenig Abgeordnete, die dem Vergleiche nahe stehen, hier ein Urteil abgeben können. Selbst der fündigste Steuerfunder Herr von Büchel hat in Preußen verzichten müssen auf einen Stempel analog dem Aktienstempel und ist zu dem Stempel gekommen. Hier wird aber einmal ein Fixstempel festgelegt auf die Aktunde und dann ein Prozentstempel auf die Einzahlungen. Die Regelung dieser Frage ist gar nicht eilig, und ich bitte Sie dringend, meinen Antrag anzunehmen.

Abg. Hilka (nall.):

Ich bitte Sie dringend, die vorgeschlagene Steuer jetzt nicht anzunehmen. Die Materie ist, wie schon Herr Richter betont hat, sehr schwierig, und die Rechtslage bei den verschiedenen Verhältnissen in den einzelnen Staaten sehr unklar. Ich bitte Sie daher, sich vorläufig auf eine schon in der Kommission beantragte Resolution zu einigen, die ich als Antrag wieder einbringe: Der Reichstag wolle beschließen, den Reichstagsler zu erlauben, in Erwägung zu ziehen, ob angesichts der Verschiedenheit der Verhältnisse der einzelnen Bundesstaaten eine Heranziehung der gewerkschaftlich betriebenen Bergwerke zur Reichsstempelsteuer thunlich ist und gegebenenfalls eine entsprechende Vorlage zu machen.

Handelsminister Bresselt:

Die Fassung der Kommission halte ich für eine sehr unglückliche. Am besten wäre es, Sie nähmen die Resolution des Vorredners an.

Jedenfalls wird die Steuer keinen nennenswerten Erfolg für das Reich bringen. (Abg. Richter: Hört! Hört!) Wenn sie auch im ganzen nur einen kleinen Ertrag bringen wird, so wird sie doch belastend wirken für die kleinen Bergwerke. Deshalb bin ich der Meinung, daß es am besten ist, Sie lassen den hochherzigen Entschluß und beseitigen diese ganze Steuer. (Heiterkeit und Beifall links.)

Abg. v. Kardorff (Rp.)

bittet, es bei den Kommissionsbeschlüssen zu belassen. Die verbündeten Regierungen hätten es ja in der Hand, bessere Vorschläge zu machen.

Abg. Müller-Fulda (C.):

Ich rate dem Herrn Regierungsvertreter, wenn er sich in diesem Punkte auf den Standpunkt des Abg. Richter stellt, das auch in der Frage der Flottenvermehrung zu thun. Im Interesse des Zustandekommens des Flottengesetzes müssen wir auf den Kommissionsbeschlüssen bestehen. (Oho! links.) Die Regierung hat Zeit genug gehabt, Erwägungen anzustellen und bessere Vorschläge zu machen. Vor 10 Wochen ist die Frage bereits angesprochen und wir haben damals erklärt, daß wir auf dem Ringenstempel bestehen müssen. Die Regierung sagte uns: Wir haben Zweifel, wir haben Bedenken, lassen Sie eine Resolution. Wir verlangen aber etwas Positives, wenn wir das Flottengesetz bewilligen sollen. (Unruhe links.) In einem Artikel der „Frankfurter Zeitung“ wurde darauf hingewiesen, daß die Rügen sich als Wertpapiere erweist haben und in weite Kreise gedrungen sind und großen Spekulationen dienen. Wenn die verbündeten Regierungen diese Steuer nicht acceptieren wollen, so mögen sie bessere Vorschläge machen. (Bravo im Centrum.)

Chapellekür Herr v. Thielmann:

Der Antrag Oriola steht nicht seit 10 Wochen, sondern erst seit kurzer Zeit, seit 3 Wochen zur Beratung. Seitens der verbündeten Regierungen ist darauf hin ein Rundschreiben an sämtliche deutsche Regierungen abgegangen mit der Bitte, das nötige Material nach gründlicher Prüfung der Verhältnisse einzusenden. Brechen Sie, wie Sie gehört haben, auf einem ablehnenden Standpunkt. Im übrigen ist noch nicht so viel Material eingegangen, daß wir in der Lage wären, positive Vorschläge zu machen.

Handelsminister Bresselt:

Ich habe mich nur für verpflichtet gehalten, auf die Schwierigkeit der Ausführung der Steuer hinzuweisen und als einen Ausweg den Weg der Resolution bezeichnet. Dem zweiten Ausweg, die Abschaffung der Steuer, habe ich nicht etwa beantragt, sondern ihn zur Erwägung anheim gegeben im Interesse der kleinen Bergwerke.

Abg. Richter (fr. Sp.):

Die Sache mit der Veräußerung der Flottenvorlage und der Steuerfrage hängt nachgerade an, läßt sich zu werden. Herr Müller-Fulda hält es nicht für nötig, irgendwie sachlich zu erwidern, nachdem ihm von der zuständigen Stelle in Bezug auf den Vergleichen entgegengetreten ist, sondern er platzt gleich heraus mit seinem: Sie volo, sie habeo, wenn ihr das nicht annehmt, bewilligen wir die Flotte nicht. Diskreditieren Sie doch nicht derartig Ihre eigene Stellung, das läßt Ihnen ja doch nichts. Sie sind so hoch auf der Leiter hinaufgestiegen, daß Sie nicht mehr herunter können. Ein mildere Umstand für Herrn Müller-Fulda ist, daß er selber der Vater dieses Gesetzes ist. Das erinnert mich an das bekannte Sprichwort: „Ein jeder Bauer hält seine Eule für ein Täubchen.“ (Heiterkeit.) Die Regierung lehnt mit Rücksicht auf die minder leistungsfähigen Volkswaffen diese Steuer ab: Nicht wahr, die Volkswaffen zwingt ihr die Steuer auf. Sonst macht man im Zweifelssalle kein Gesetz, hier aber heißt es, der Erfolg ist zwar zweifelhaft, aber machen wir das Gesetz, wir wollen dann sehen, ob uns etwas Besseres einfällt. Die Sache ist so originell, daß ich doch gerathen bin, namentliche Abstimmung darüber zu beantragen. (Lebhaftes Bravo! links.)

Abg. Graf Oriola (nall.):

Es ist doch wunderbar, daß die Regierung es nicht für nötig gehalten hat, sobald wie möglich Mitteilung darüber zu machen, ob der Stempel von 1,50 M. in Uebereinstimmung steht mit den Vergleichen der verschiedenen Staaten. Wir behalten uns vor, eventuell bis zur dritten Lesung einen Änderungsantrag einzubringen, der eine bessere Fassung vorschlägt.

Abg. Müller-Fulda (C.):

Die Regierung hätte in der That Zeit genug gehabt, das notwendige Material herbeizuschaffen. Die Regierung wußte ja schon im Februar bei Einbringung der Flottenvorlage, daß die Deckungsfrage gelöst werden mußte, und hätte daher mehr für ihre Lösung thun können. Herr Richter meint, ich hätte keine sachlichen Erwägungen vorgebracht. Dies habe ich mir deshalb nicht gethan, weil ich den klaren und ausführlichen Erörterungen des Grafen Oriola nichts mehr hinzuzufügen hatte. Sollte in der dritten Lesung wirklich eine andere Fassung beantragt werden, so werden wir sehen, ob wir dafür stimmen können.

Damit schließt die Diskussion. Der Absatz 1 wird gegen die Stimmen der Socialdemokraten und Freisinnigen angenommen. Ueber Absatz 2 und 3 findet namentliche Abstimmung statt. An der Abstimmung beteiligen sich 233 Abgeordnete; 180 stimmen mit ja, 103 mit nein. Die Absätze 2 und 3 sind also nach dem Antrag Müller-Fulda angenommen. Damit ist der Antrag Richter auf Streichung erledigt.

Die Position 3 verdoppelt den Stempel auf Obligationen von Kommunalverbänden und Transportgesellschaften, die nicht Eisenbahn-Gesellschaften sind. Der Stempel für erstere beträgt bis jetzt 1 vom Tausend, der Stempel für letztere 2 vom Tausend.

Dazu beantragt der Abg. Richter (fr. Sp.), die Kommissionsbeschlüsse zu streichen und es bei der bisherigen Fassung zu belassen, also den Emissionsstempel auf Kommunal-Obligationen und Obligationen von Transportgesellschaften, welche nicht Eisenbahn-Gesellschaften sind, nicht zu erhöhen.

Abg. Richter (fr. Sp.):

begründet seinen Antrag. Es liege im Interesse des öffentlichen Verkehrs und der öffentlichen Anlagen, wenn den Kommunen die Ausgabe von Obligationen nicht erschwert werde. Er weist darauf hin, daß von allen Transportgesellschaften der Berliner Kursstempel nur drei aufweist, die Hamburg-Amerika-Paketschiffahrt, den Bremer Lloyd und die Donau-Dampfschiffahrt-Gesellschaft. Kürzlich habe sich ein bayerischer Prinz darüber beklagt, daß das Reich der Donau-Dampfschiffahrt-Gesellschaft keinen Zuschuß gewähre. Jetzt werde durch den Antrag Müller-Fulda diese Gesellschaft damit begnadet, daß sie statt wie bisher einen Stempel von 2 einen solchen von 4 vom Tausend zu zahlen habe. Das mögen sich besonders die Banken merken, deren Eifer für die Flotte viel weniger groß sei als für die Bewilligung neuer Steuern. Sonst würden ja mehr von ihnen antwefend sein.

Abg. Singer (Soc.):

Ich bedauere, daß bisher kein Verschwörer der Steuer gesprochen hat. Namens meiner Fraktion kann ich die Erklärung abgeben, daß wir für den Antrag Richter stimmen werden. In der Kommission wurde die Stempelhöhung damit begründet, daß die Kommunen eine ganze Masse unnütze Ausgaben machten. Diese Anschauung ist durchaus rückständig. Glücklicherweise kommt die Auffassung in unsern Gemeindevertretungen immer mehr zum Durchbruch, daß die sozialen Verhältnisse gebessert werden müssen und deshalb hygienische und andre Einrichtungen geschaffen werden müssen. Es liegt gar kein Grund vor, die Kommunalanleihen anders zu behandeln als die Staatsanleihen. Zudem unterliegen die städtischen Anleihen der Genehmigung durch den Minister, und es können Beschränkungen gar nicht Platz greifen, daß die Anleihen zu unnützen Ausgaben benutzt werden könnten. Gerade die kleinen und mittleren Städte müssen für Wohlfahrts- und Annehmlichkeiten-Einrichtungen große Mittel aufwenden, wenn sie eine Abwanderung in die großen Städte vorbeugen wollen. Das Bestreben des Centrums, überall Steuerbeträge zusammen zu krahen, hat zu diesem ganz unbilligen Vorschlag geführt. Die Erhöhung des Stempels für Kommunalobligationen halten wir für direkt volkfeindlich. In der Kommission hat man die Erhöhung mit dem niedrigen Kursstand der preussischen Konfols und der Konkurrenz, welche städtische Obligationen den Staatspapieren machen, begründet. Wir müssen eine Erschwerung der Ausgaben von städtischen Obligationen ablehnen.

Abg. Dr. Heim (C.):

Ich muß dem Abg. Richter gegenüber konstatieren, daß von meinen 30 bayrischen Fraktionskollegen 24 hier antwefend sind. Aus unserer Anwesenheit darf man freilich nicht auf unsere Begeisterung für die Flotte schließen. (Zuruf bei den Socialdemokraten: Aber Sie stimmen doch dafür!) Das müssen Sie uns erst beweisen, wenigstens mir. Wir waren bei der Abstimmung über § 1 nicht antwefend, weil wir sie am ersten Verhandlungstage nicht erwartet haben. Begeistert sind wir nur dafür, daß die Kosten für die Flotte auf die richtigen Leute abgewälzt werden. Im übrigen würde ich nicht abgeneigt sein, die Kommunalobligationen freizulassen, wenn Sie dafür bei dem Emissionsstempel meinen Antrag auf Erhöhung von 2/10 auf 4/10 unterstützen wollen. (Beifall bei einem Teil des Centrums.)

Abg. Veibel (Soc.):

In den Bestrebungen, die Kosten auf die richtigen Schultern abzulassen, würden wir Sie gern unterstützen. Aber davon ist hier keine Rede. Die Steuererhöhung, die Sie hier vorschlagen, ist geradezu skandalös. (Sehr richtig! bei den Socialdemokraten.) Auf Handelsgeheimnisse mit Ihnen, Herr Dr. Heim, lassen wir uns hier nicht ein. Wenn Sie sich blamieren wollen, dann thun Sie das bitte allein. (Sehr richtig! bei den Socialdemokraten.) Auf einen neuen Gesichtspunkt möchte ich aber hier aufmerksam machen. Da nur kommunale Obligationen, nicht staatliche Obligationen von dem erhöhten Stempel getroffen werden, haben diejenigen Gemeinwesen einen Vorteil, bei denen Staats- und Kommunalgebiet zusammenfällt. Es sind das die Hansestädte Hamburg, Lübeck, Bremen. Nur bin ich weit entfernt, auch diesen die Steuer aufhellen zu wollen, aber es ist doch charakteristisch, daß man diese reichen Gemeinwesen frei läßt, während man ganz arme, kleine und mittlere Kommunen, die aus bitterer Not zu Anleihen greifen müssen, belastet. (Sehr richtig! links.)

Der vorhin vom Abg. Veibel gebrauchte Ausdruck „Skandal“ ist parlamentarisch unzulässig. (Lebhaftes Lachen links.)

Abg. Richter (fr. Sp.):

Was ich vorhin gesagt habe, hat Herr Kollege Heim jetzt in dankenswerter Weise bestätigt. Ihre Begeisterung für die Flotte steht in umgekehrtem Verhältnis zu Ihrem Eifer für Steuerbewilligungen. Uebrigens schlägt uns Herr Heim ein wahres Wundergeschick vor, er will uns 300 000 M. nachlassen, wenn wir ihm fünf Millionen bewilligen. (Stürmische Heiterkeit.)

Abg. Dr. Heim (C.) meint, in der Erhöhung des Stempels für die Kommunal-Obligationen läge nur ein Akt ungleicher Gerechtigkeit. Wundergeschick mache er nicht. Er wiederhole nochmals, daß er eventuell bereit sein würde, für den Antrag Richter zu stimmen, wenn er die Transport-Gesellschaften heranzöge und nur die Kommunal-Obligationen von der Erhöhung des Stempels befreit wissen wollte.

Abg. Müller-Fulda (C.) giebt zu, daß die freien Städte bei dieser Position einen Vorteil vor anderen Kommunen hätten, aber beim Postenstempel und Schiffahrtstempel seien gerade die Hansestädte besonders zu den Kosten herangezogen.

Abg. Veibel (Soc.):

Wir können Herrn Müller-Fulda wirklich nicht mehr ernst nehmen. Ich habe den Verhandlungen in der Budgetkommission aufmerksam beigewohnt, aber nicht gehört, daß man von diesem Gesichtspunkte aus den Steuerentwurf motiviert hat. Uebrigens stimmt des Einwand des Abg. Müller-Fulda nur teilweise. Bremen hat überhaupt keine Lotterie, wird also bei der Verdoppelung des Lotteriestempels auch nicht belastet. Von ungleicher Gerechtigkeit kann hier keine Rede sein, wo man dies Steuersystem in der willkürlichsten Weise aufgestellt hat. (Sehr gut! bei den Socialdemokraten.)

Abg. Richter (fr. Sp.):

Wenn ich sicher wäre, daß die Freunde des Herrn Heim ihm folgen würden, so würde ich meinen Antrag vielleicht nach seinem Einsatze modifizieren. Ich möchte ihn aber darauf aufmerksam machen, daß der Stempel für die Transportgesellschaften nur etwa den dreifünftel Teil von dem bringen würde, was der Stempel für die Kommunal-Obligationen bringen würde. An der Berliner Vorlage werden nur die drei Wasser-Transportgesellschaften, Hamburg-Amerika, Bremer Lloyd und Dongu-Dampfschiffahrt-Gesellschaft behandelt. (Abg. v. Kardorff ruft: Pferdebahnen!) Pferdebahnen sind Eisenbahnen; was sich auf Schienen bewegt, ist Eisenbahn, gleichgültig, ob der Betrieb elektrisch ist oder Pferdebetrieb. So kulturfeindlich können Sie doch nicht sein. Bis jetzt waren unter Ihnen doch wenigstens noch immer ein paar vernünftige Leute. (Große Heiterkeit.) Der Abg. Müller-Fulda ist nun einmal mit seinem Steuerentwurf in Schutz gekommen. (Große Heiterkeit.) Alle Finanzminister sind ihm so zu willen, daß er sie wie eine Unterstaatssekretäre und Vortragenden Räte behandelt; er kommandiert sie hier, daß sie ihm Bericht zu erstatten haben. (Erneute Heiterkeit.) Eine solche Steuerentwurf wie Herr Müller-Fulda hat bisher nie ein Finanzminister gehabt. (Große Heiterkeit und Beifall links.)

Abg. Singer (Soc.):

Herr v. Kardorff befindet sich mit seiner Auffassung, daß Pferdebahnen keine Eisenbahnen seien, im Widerspruch zu dem Kleinbahnengesetz, nach dem unter Eisenbahnen alle Wagen fallen, deren Bewegung sich auf Schienen vollzieht. — Die ausgleichende Gerechtigkeit des Herrn Müller-Fulda hat bisher stets zu Lasten der wirtschaftlich Schwachen ausgeübt. Er nennt es ausgleichende Gerechtigkeit, wenn er sich bemüht, möglichst Korporationen zu finden, die noch keine Steuern oder nicht genug Steuern zahlen. Das ist aber höchstens ausgleichende Ungerechtigkeit. (Sehr richtig! bei den Socialdemokraten.) Die Stellung des Abg. Müller, der es sich als ein Verdienst anrechnet, die Kosten der Flotte durch neue Steuern zu decken, ist doch ganz eigentümlich. Ich erinnere mich noch sehr gut der Zeit, wo J. W. Kollege Lieber mit außerordentlicher Schärfe die an den Reichstag gestellte Zimmutung zurückgewiesen hat, der Regierung Steuern entgegen zu bringen. Jetzt sind aber die Stellen verläuscht, indem der Reichstag der Regierung ein Steuerbündel präsentiert, während es richtig wäre, daß die Regierung die entsprechende Vorlage macht. Diese ganze Art der Gesetzgebung muß vor dem Lande gebremst werden. Wir haben in der Budgetkommission fortwährend Gelegenheit gehabt zu beobachten, wie Anträge vom Centrum eingereicht wurden, die dann gleich darauf berichtigt werden mußten. Die Fabrikation von Gesetzentwürfen ist eben nicht Sache des Reichstags, sondern Sache der Geheimräte, die dieses Geschäft gewerkschaftlich betreiben. (Große Heiterkeit und Beifall links.) Ich kann mir nichts Beschämenderes denken, als die Erklärungen der Herren Oriola und Heim: Wir wissen, daß das, was wir bringen, fehlerhaft ist, den Bedürfnissen nicht genügt, wir hoffen aber, daß die Regierung in der Lage ist, Abänderungen

zu treffen, und wir nehmen jetzt diese Vorschläge an, weil wir Steuern zur Deckung der Vorlage haben wollen. Also die Herren Fabrikanten selbst plädieren für mildernde Umstände. Diese Art der Steuernacherei hat hauptsächlich ein Stadium erreicht, wo sie anfängt, gemeingefährlich zu werden. (Lebhaftes Bravo! bei den Socialdemokraten.)

Vizepräsident v. Frege:

Der Abg. Richter hat folgenden Eventualantrag gestellt: Der Reichstag wolle beschließen, in Nummer 3 die Worte zu streichen „Kommunalverbände und Kommunen“, dagegen folgenden Absatz 3a einzufügen: „Hilfsvereinigungen der Kommunalverbände und Kommunen eins vom Tausend“.

Abg. Müller-Fulda (C.):

Es ist eine Thatsache, daß die Kommunen oft Anleihen zu unnötigen Zwecken aufnehmen. Uebrigens habe ich die Stempelsteuer auf kurze nicht für ausreichend erklärt, sondern für einen durchaus torren Beschlus.

Abg. Richter (fr. Sp.):

Die erste Kennerung des Herrn Müller-Fulda ist ein Verdant zu dem Wort über den Verkehrsdufel. (Heiterkeit und sehr richtig! links.) Gerade die Städte müssen Anleihen machen für außerordentlich wichtige Kulturbedürfnisse, für Straßenbahnen, Kanalisation, Schlachthäuser, Schulen und dergleichen. Meinen Eventualantrag habe ich gestellt, um dem Abg. Heim entgegenzukommen und hoffe, daß er mit der großen Mehrheit des Centrums für ihn stimmen wird.

Abg. Singer (Soc.):

Gewiß giebt es auch unnütze Ausgaben, die die Städte machen müssen, ich erinnere nur an die Ausgaben, die Berlin aufgebracht werden auf Grund des Konfessionsdekretes aus dem 16. Jahrhundert. (Große Heiterkeit, sehr gut! bei den Socialdemokraten.) Aber diese Steuerpolitik soll verhindern, daß die Städte auch Anleihen aufnehmen zu wirklich kulturellen Zwecken. Diese rüchständige Politik wird von uns bekämpft, diesen unläuteren Bettbemerks des Staates mit den Kommunen können wir nicht dulden. Der Reichstag hat würdiger Aufgaben, als in allen Winkel nachzuforschen, wo er Objekte für neue Steuern finden kann. In den eigentlichen Steuerquellen gehen die Herren vom Centrum mit verbundenen Augen vorbei, obgleich sie oft genug darauf aufmerksam gemacht werden. Diese Steuerpolitik ist so verderblich, daß sie nicht oft und nicht scharf genug von uns angegriffen werden kann. (Lebhafter Beifall bei den Socialdemokraten.)

Damit schließt die Diskussion.

In der Abstimmung wird der Eventualantrag Richter gegen die Stimmen der Socialdemokraten, Freisinnigen, Nationalliberalen und einiger Centrums-Abgeordneter unter Führung des Abg. Heine abgelehnt und die Kommissionsfassung angenommen.

Dadurch ist auch der Principalantrag Richter erledigt. Nr. 4 behandelt die Kauf- und sonstigen Anschaffungsgehalte. Hier sollen nach den Kommissionsbeschlüssen von den Abgaben befreit sein Waren, welche Gegenstand eines nach Nr. 46 stempelspflichtigen Geschäftes (Loco, Zeit, Fir, Fernmit, Brämien usw. Geschäft) sind und von einem der Vertragsschließenden im Inlande erzeugt oder hergestellt sind.

Abg. Richter (fr. Sp.) beantragt hier, es bei der bisherigen Fassung des Gesetzes zu belassen, nach der die Abgabe nicht erhoben wird, wenn der Wert des Gegenstands nicht mehr als 600 M. beträgt.

In Nr. 4a sub 3 wird der Kaufstempel für Anteile gewerkschaftlich betriebener Bergwerke auf 1 vom Tausend festgesetzt.

Abg. Richter (fr. Sp.) beantragt den Kaufstempel auf 1/10 vom Tausend festzusetzen.

Unter 4 wird der Kaufstempel für Aktien, Anze, Renten und Schuldverschreibungen einschließlich der Genussscheine auf 1/10 vom Tausend festgesetzt.

Abg. Dr. Heim (C.) beantragt statt dessen vier Zehntel vom Tausend zu setzen.

Abg. Heim (C.):

Herr Richter hat gemeint, es handle sich bei diesem meinem Antrag nur um eine Kleinigkeit, ich hoffe daher, daß er ihm zustimmen wird. Herr Singer hat vom Kuhhandel gesprochen, den wir treiben sollen. Dieser Ausdruck ist ganz unbedeutend. Wir haben gar nicht das Blut in uns, das zum Kuhhandel gehört. (Unruhe links.) Wir müssen alles thun, um die Dedung so zu gestalten, daß keine schlimmen Folgen für die Zukunft eintreten. Freilich, Ihnen ist diese ganze Art der Dedung sehr unangenehm, weil Ihnen damit die beste Agitation gegen die Flotte aus der Hand genommen ist. (Lachen links.) Sie hätten ja auch nicht für unsere Steuervorschläge gestimmt, wenn wir die Einkommenssteuer verlangt hätten. (Sehr richtig! bei den Socialdemokraten.) Ich kann ja den Standpunkt des Herrn Singer, der seiner Zeit erklärt hat, daß sie auch für Steuern, wenn sie sie auch für richtig halten, doch nicht stimmen, wenn dadurch Verlusten gedeckt werden sollen, die Sie nicht für richtig halten. Aber was ihn führt denn eine solche Politik? Sie machen Herrn Schäbler den Vorwurf, daß er sein Versprechen von der ersten Lesung nicht gehalten habe. Er hat damals betont, daß die Dedungsfrage die Hauptfrage sei. Gerade die konsequente Durchführung dieses Gedankens ist Ihnen aber unangenehm. Es kann doch auch nicht bestritten werden, daß hier die Kosten den Interessenten und den leistungsfähigen Schultern aufgelegt werden. Herr Webel sagte ja gestern, die Börse sei das Herz des Handels. Nun, wenn das der Fall ist, und es kann doch nicht bestritten werden, daß der Handel am meisten an der Flotte interessiert ist, dann ist das nur ein Beweis für die Wichtigkeit unserer Steuerpolitik. Denn das ist doch die gerechteste Distribution, wenn man den Handel ins Herz trifft. So tief wird er natürlich nicht getroffen, daß er daran verbluten möchte. Herrn Schäbler ist auch der Vorwurf gemacht worden, daß er nicht hier ist. Man glaubt daraus Schlüssen zu dürfen, daß er sich von der Abstimmung drücken will. Herr Schäbler ist es wegen der Verhandlungen des bairischen Landtags aber unmöglich, in diesen Tagen hier zu sein, wie die bairischen Socialdemokraten, von denen ich ebenfalls hier im Hause keinen sehe. Die bairischen Socialdemokraten sind eben auch ganz gut blau-weiß, nur mit einem roten Bändchen zwischen durch. (Große Heiterkeit.) Herr Webel sprach gestern, als er für den Bankmittelstand eintrat, auch von der Schädlichkeit der Schutzpolitik. Ich war bis her der Auffassung, daß die Socialdemokratie aus der Stellung zur Schutzpolitik keine Principienfrage mache. Schon Marx hat sich dahin ausgesprochen, daß Schutzpolitik und Freihandel keine principielle Fragen für die Socialdemokratie sein können. Auf Ihrem vorletzten Parteitag sind auch einige Ihrer Parteigenossen für Schutzpolitik eingetreten. (Zuruf links: Zur Sache!)

Präsident Graf Ballestrem: Ob der Redner bei der Sache ist, das zu beurteilen ist meine Sache. (Heiterkeit.)

Abg. Heim (fortfahrend): Durch eine Erhöhung des Umsatzstempels werden höchstens die Speculanten vom Markt getrieben, und es ist durchaus kein Unglück, wenn die kleinen Leute dadurch von der Speculation zurückgehalten werden. Die großen können dann den Stempel ertragen. Der ganze Hinweis, der jetzt immer von der Presse erhoben wird, auf die Zerstörung der Börse klingt zu sehr nach Renzeng. Solche Klagen haben wir immer nach jeder Erbschaftsteuer gehört. Tragedem hat sich der Umsatz der Börse beständig gesteigert. Ich bitte Sie, meinem Antrage zuzustimmen. Die Börse kann die Lasten tragen, ebenso der Handel, und dem Handel, nicht der Landwirtschaft, bringt die Flotte den meisten Nutzen. (Lebhaftes Bravo! im Centrum.)

Abg. Büsing (natl.)

wendet sich gegen den Antrag Heim, er persönlich sei überhaupt gegen die Erhöhung des Börsenstempels. Diese kommt nur dem Ausland zu gute und schließt das Inland. Die Flotte kommt allen gleichmäßig, der ganzen Nation, zu gute. Deshalb wäre es richtig gewesen, alle leistungsfähigen Schultern zu treffen. Eine große Anzahl leistungsfähiger Schultern werde durch den Börsenstempel

aber gar nicht berührt. Die Flotte stehe ihm höher als alle noch so unbilligen Steuern. Die Flotte sei aber ohne das Centrum nicht zu haben. Deshalb fräube er sich nicht, für die Vorschläge der Kommission zu stimmen. Nur gegen den Antrag Heim, der über diese Kommissionsvorschläge hinausgehe, werde er sich. Bei dem Antrag Heim handle es sich nicht mehr um die Dedung der Flottenkosten, sondern darum, eine günstige Gelegenheit zu benutzen, um der Abneigung gegen das mobile Kapital und die Börse Ausdruck zu geben. Deshalb werden meine Freunde gegen den Antrag Heim stimmen.

Abg. Dr. v. Siemens (fr. Sp.):

Herr Gröber hat gestern erklärt, wenn viel geändert wird an den Kommissionsbeschlüssen, so werde er gegen die ganze Flotte stimmen. Heute steht sein Name unter dem so weitgehenden Antrag Heim. Im andre von Abänderungsanträgen zurückzuhalten, ist die erste Voraussetzung, daß man selbst nicht solche Anträge stellt; die Börse ist das Herz des Handels genannt worden. Herr Heim will einen Stoß ins Herz des Handels führen, doch wohl um den Handel zu vernichten. (Widerspruch im Centrum und rechts.) Wie soll ich sonst einen Stoß ins Herz auffassen (Sehr richtig! links.) Das bairische Kapital ging früher nach Frankfurt a. M. Jetzt kommt es nach Berlin. Sie glauben gar nicht, wie Berlin in den letzten Jahren die finanzielle Hauptstadt Bayerns geworden ist. Wenn Sie auf dem Wege weiter fortfahren, so wird die Konzentration des Kapitals nur in noch höherem Maße beschleunigt. (Lachen im Centrum und rechts. Sehr richtig! links.) Ob die Erhöhung des Stempels die gehofften Mehrerträge zeitigen wird, ist mir mehr als zweifelhaft. Auch eine Auswanderung an die ausländischen Börsen mit den großen Geschäften gehört nicht zu den Unmöglichkeiten. Es sind noch nicht sechs Monate her, daß man aus Frankreich zu uns kam und uns fragte, ob wir nicht Industrie- und Kohlenpapiere auf die Pariser Börse bringen wollten. Das wäre doch dort viel billiger. Wenn Sie so fortfahren und die Börsensteuern übertreiben, so wird ein solcher Antrag nicht mehr ohne weiteres zurückgewiesen werden. Die von Herrn Heim beantragte Steuer wird finanziell nicht viel bringen, uns politisch aber schädigen. Ich glaube, sie ist keine gute Grundlage für gesetzgeberische Maßnahmen. (Lebhafter Beifall links.)

Abg. Graf v. Arnim (Rp.)

bittet, es bei den Kommissionsbeschlüssen zu belassen. Ein Teil seiner Freunde stehe freilich auf dem Standpunkt des Abg. Heim.

Reichstagssekretär Herr v. Thielmann:

Die Frage, ob der Reichstags mit 2/10 mehr einnimmt als mit 1/10 ist sehr zweifelhaft. Ziffermäßig kann das natürlich heute niemand sagen, aber ich möchte mich gegen die Erhöhung auf 1/10 wenden.

Abg. Richter (fr. Sp.)

beantragt zur Geschäftsordnung, die Diskussion über die Augenstempel auszuschließen.

Der Antrag Richter wird angenommen.

Abg. Richter (fr. Sp.):

Unter dem Antrag Heim steht die Elite der Agrarier aus den Konservativen, dem Centrum und den Deutsch-Socialen. Diese Gruppierung werden wir ja in der nächsten Session noch öfter erleben. Der Antrag Heim will nur das agrarische Rücken an der Börse kühlen. (Sehr richtig! links.) Es werden mit ihm mehr Steuern bewilligt als notwendig sind. Umgekehrt wäre es richtig, denn hat man zu wenig Steuern, kann man immer noch mehr nachbewilligen. Sind aber zu viel Steuern bewilligt, dann hält sie die Regierung fest, denn sie sind ja dauernd bewilligt. Etwas andres wäre es bei einer Bewilligung auf Zeit. Sind zu viel Steuern da, so prüft man die Ausgaben nicht sorgfältig genug. Geldüberschuß führt immer zu Verschwendungssucht. Herr Heim sagte, ich hätte selbst gestern gemeint, es handle sich bei seinem Antrag nur um eine ganz geringe Summe. Für diejenigen aber, die davon getroffen werden, ist doch die Belastung eine sehr große, wenn auch die Erträge ganz gering sind. Gewiß steht die Börse jetzt in einer aufsteigenden Entwicklung, aber man kann sich nicht darüber täuschen, daß diese ihrem Ende naht und durch eine derartige Besteuerung wird das Ende der aufsteigenden Entwicklung nur beschleunigt werden. Mit aller Entschiedenheit muß ich mich dagegen wenden, daß der Abg. Dr. Heim dem ganzen Stand der Bankiers ohne eine Spur von Begründung einen schwerwiegenden Vorwurf gemacht hat. Er sagte, er sei überzeugt, daß Millionen von Stempelsteuern nicht gezahlt würden. Das ist völlig unwahr. Kein Stand hat sich so sehr zu hüten vor Defraudationen wie gerade der Bankierstand, weil er der Deminution jedes Kommiss ausgeht ist. Ich bin überzeugt, daß infolge der Schereieren eher zu viel gezahlt wird, als nach dem Stempelgesetz gezahlt werden soll. Die Statistik könnte Herrn Heim belehren, daß große Summen entzogen werden bei den Zöllen der Brauntweinsteuer, ganz minimale Beträge aber, etwa 4000 M. jährlich, bei der Reichs-Stempelabgabe. Ich weise also diesen Vorwurf auf das entschiedenste zurück. (Bravo! links.)

Abg. Singer (Soc.):

Die Socialdemokratie ist als Schutztruppe der Börse bezeichnet worden. Ich habe schon vor einigen Jahren darauf hingewiesen, daß von allen Parteien sich die unsre am reinsten von Börsengeschäften weicht. Herr Bahn hat ja als Archivar der Deutschen Bank Gelegenheit gehabt, in das Stunderegister der Deutschen Bank Einblick zu thun und wird deshalb diese Thatsache bestätigen können. Dagegen waren die Herren der Rechten in der Kommission von einer geradezu unheimlichen Sachkenntnis in Bezug auf Börsengeschäfte, die darauf schließen läßt, daß sie die Börsengeschäfte nicht vom Hörensagen kennen. Wenn ich einen bekannten Spruch parieren soll, so würde ich sagen: Der Junker kann die Börse nicht leiden, doch spielen ihm er an ihr gern. Keine Partei hat sich mit größerem Nachdruck gegen die Mißbräuche ausgesprochen, die an der Börse herrschen, als wir. Einen Schutz hat sie immer nur auf der rechten Seite gefunden. (Oh! rechts.) Graf Arnim und Graf Arnim haben sich entschieden verbeten, als Gegner der Börse behandelt zu werden. Sie wissen eben sehr gut, daß sie innerhalb der heutigen Gesellschaft die Börse gar nicht entbehren können. Sie ist eine Sumpfpflanze, die nur auf dem Sumpfboden der heutigen Gesellschaft gedeihen kann. (Heiterkeit.) Wollen Sie also die Mißstände beseitigen, so fangen Sie gefälligst bei Ihrer Gesellschaft an. (Lachen im Centrum.) Unsere Stellung zu all diesen Steuerfragen ist einfach dadurch gegeben, daß wir keine Mittel bewilligen für Zwecke, die wir nicht vertreten. — Gegen die Infamiation des Herrn Abg. Heim gegen meine bairischen Parteigenossen werden sich die selbst zu verteidigen wissen. Herr Heim hat sich mit großer Emphase gegen den Vorwurf des Kuhhandels zu verteidigen genutzt. Alle solche parlamentarischen Handelsgeschäfte, die bisher überhaupt gemacht sind, sind unter der Regide des Centrums gemacht und nach dem Aufstehen des Herrn Heim würde ich ihm einen Kuhhandel durchaus zu-trauen. — Herr Heim scheint sich überhaupt, wenn ihm sachliche Gründe ausgehen, mit Vorliebe mit meiner Partei zu beschäftigen. So sprach er davon, daß, wer bei uns abweichende Meinung hat, hinausfliegt. Bei uns wird diese Praxis durchaus nicht geübt. Wie können sonst auch die bekannten Erörterungen, in denen ganz verschiedene Meinungen zu Tage treten, in unserer Partei mit solcher Ruhe geführt werden, wie dies thatsächlich der Fall.

Herr Heim macht sich übrigens eines Widerspruchs schuldig, wenn er hier begeistert für eine Bestimmung eintritt, welche die Polizei berechtigt, in Privatverhältnisse einzugreifen und dort Revisionen vorzunehmen, während er beim Reichsbeihau-Gesetz, als es sich um die Hausdurchsuchungen handelt, so lebhaft für die individuelle Freiheit eintritt. (Lachen im Centrum.)

Das Centrum vertritt eine Steuerpolitik, die nur im Interesse ganz bestimmter Klassen der Landwirtschaft und des sogenannten Mittelstandes liegt, das können wir nicht mitmachen. Bringen Sie uns Anträge auf Einführung einer Einkommens-, einer Vermögenssteuer für nicht kulturwidrige Zwecke, dann werden Sie uns auf Ihrer Seite finden. (Bravo! bei den Socialdemokraten.)

Abg. Lutz (B. d. L.):

Der Vorwurf des Abg. Singer, daß die Rechte vornehmlich zu den Börseninteressenten gehört, ist ganz ungerechtfertigt. Die Börse bekämpfen wir, weil sie uns die Gründerzeit gebracht hat. Daß sie stets bereit sei, für Deutschlands Macht und Größe einzutreten, bestreite ich. Es giebt viele ehrliche Bankiers, viele sind aber nur die Schleppe der großen Berliner Banken. Die Börse kann die Erhöhung des Stempels auf 1/10 wohl tragen. Bei der ersten Börsensteuer sagte ein mir befreundeter Bankier, wenn die Steuer durchgeh, kommt Ihr die Börse als Tanzplatz vermieten. Betanzt ist genug worden auf der Börse, aber uns goldene Kalb. (Großes Gelächter.)

Abg. Müller-Fulda (C.)

bittet den Antrag Heim abzulehnen und es bei drei Zehnteln zu belassen. (Seine Ausführungen bleiben im einzelnen auf der Tribüne unverständlich. Auch der Präsident erklärte, daß er den Redner nicht verstehen könne.) Der Abwehrungsantrag Richter habe den Gegenantrag hervorgerufen.

Abg. Dr. Heim (C.):

Ich habe vorhin gesagt, wenn ein Bankier seine Kunden zu Differenzgeschäften verführt, so wird es sonst bei ihm nicht weit her sein. Soll ich dafür Beispiele geben? Ich möchte ja sämtliche Sterne vom Himmel herunterholen und den ganzen Tiergarten austräumen. Herr Richter sagte, er würde einen Antrag auf Vermögenssteuer stellen, wenn er nicht wüßte, daß ich keine Leute hinter mir hätte. Herr Richter, und wenn es nur zehn Leute wären, so müßte Ihnen das viel erscheinen bei der Zahl, die Sie hinter sich zu sehen gewohnt sind. (Stürmische Heiterkeit.) Herr Singer will ich in dem Ton nicht antworten, den er mir gegenüber angeschlagen hat. Wenn er bestreitet, daß seine bairischen Freunde noch blauweiß sind, so behaupte ich, daß sie thatsächlich noch gut bairisch fühlen, und das sehe ich als einen großen Vorzug an im Gegensatz zu ihren norddeutschen Genossen. (Heiterkeit.) Die Diskussion schließt.

Ueber den Antrag Heim findet eine namentliche Abstimmung statt.

Der Antrag Heim wird mit 153 Stimmen gegen 121 Stimmen abgelehnt, im übrigen werden die Kommissionsbeschlüsse angenommen.

Hierauf verlegt sich das Haus. Nächste Sitzung Sonnabend 1 Uhr. (Fortsetzung der heutigen Beratung. 2. Lesung des Reichs-Einkommengesetzes.) Schluß 7 1/2 Uhr.

Dritte Generalversammlung des Centralvereins der deutschen Former u. Berufsgenossen.

Hamburg, 6. Juni 1900.

(Schluß der Nachmittags-Sitzung.)

Der Bericht der Prekommission wurde von Müller-Ludwigshafen erstattet. Er löste sich kurz fassen, denn es lägen keine Beschwerden gegen die Redaktion des Fachorgans „Blut auf!“ vor. Man könne der Redaktion, die anscheinend allen Wünschen gerecht werde, Dankschreiben. Die Prekommission hätte im Laufe der letzten drei Jahre nichts zu thun gehabt. (Heiterkeit.) Der Antrag der Prekommission wurde einstimmig angenommen.

Reichstags-Abgeordneter Schwartz sprach hierauf über den 6. Punkt der Tagesordnung: „Unsere fernere Taktik bei Streiks und Aussperrungen“. Bevor man in irgend einem Orte in den Streik einzutreten gedente, müßten alle Vorbereitungen hierzu getroffen sein, was vielfach nicht geschehe. Die Hilfsarbeiter in den Siehereien müßten unbedingt für die Organisation gewonnen werden, da diese Leute im Stande seien, bei Streiks die leichteren Formerarbeiten zu verrichten. Ein wach-sames Auge müsse man auf die Schwankungen der Konjunktur werfen, dann werde mancher unüberlegte Schritt vermieden werden. Auch dürfe man nicht vorher ausposaunen, daß man in den Streik einzutreten beabsichtige, da belamlich sofort die Unternehmer ihre Vorkehrungen zu treffen pflegen. Bevor man die Absicht, in den Streik einzutreten, in der Öffentlichkeit behandle, müsse die Angelegenheit bereits geregelt sein. Der Hauptvorstand werde, wenn er genau von der Sachlage unterrichtet sei, nur in den Rollen abwinken. Die Streikkomitees hätten sich strikte an das Statut zu halten, den Hauptvorstand dürfe man nicht beiseite schieben. Ein wichtiger Punkt sei die Frage: Fertigen wir Streikarbeit an? Einzelne Unternehmer fertigen stets für andre Siehereien Arbeit an, die dann auch selbstverständlich angefertigt werde, wenn in den Buben der Auftragsgeber der Streik ausgebrochen sei. Hier gelte es, eine genaue Unterscheidung zu treffen. Wenn jemand gemahregelt werde, dürfe dies nicht immer ein Grund zur Arbeitsniederlegung sein, so schmerzlich dies auch empfunden werde. Vielfach sei es dem Hauptvorstand gelungen, den Einzelnen andertwärts unterzubringen. Wenn eine ganze Werkstatt die Arbeit niederlege, um zu erzwingen, daß der Gemahregelte wieder angestellt werde, gebe es sehr oft ein ganzes Duzend Gemahregelter. Wenn alle diese Punkte Beachtung fänden, würde vieles erreicht sein. (Beifall.) Die Sitzung wird auf Donnerstagsmorgen verlegt.

Hamburg, 7. Juni 1900.

Vierter Verhandlungstag.

Die Debatte über Punkt 6 der Tagesordnung: „Unsere fernere Taktik bei Streiks und Aussperrungen“ gestaltete sich äußerst lebhaft. Folgende Resolutionen wurden zur Debatte gestellt: „Die Generalversammlung des Centralvereins der Former erklärt es als ein notwendiges Mittel, um die Kämpfe der Former so viel wie möglich zu deren Gunsten zu beeinflussen, daß die ohne Genehmigung des Hauptvorstands unternommenen Kämpfe weder vom Hauptvorstand noch von den Organisationen unterstützt werden dürfen, dagegen wird der Hauptvorstand bezu. werden die Vorstände verpflichtet, nach dort, wo ernstere Differenzen ausgebrochen sind, die zum Streik führen könnten, sofort einen Beauftragten zu entsenden. In diesem Zweck ist der bestehende Kartellvertrag zwischen Metallarbeiter-Verband und Centralverein der Former auch auf diesen Punkt auszu-dehnen, und zwar in der Weise, daß der Uebertritt von einer Organisation in die andre verweigert wird, sofern die Verweigerung der Unterstützung hierzu die Veranlassung ist.“ — „Alle sogenannte Streikarbeit ist zunächst anzufertigen; die Aufsertigung derselben kann nur verweigert werden, wenn 1. die streikenden Kollegen derjenigen Siehereien, von wo die Arbeit verfährt wird, 2. diejenigen Kollegen, welche die Streikarbeit anfertigen sollen, und 3. der Hauptvorstand oder die von ihm bevollmächtigten Vertrauensleute darüber beraten und beschlossen haben.“

Beide Resolutionen wurden angenommen.

Hamburg, 8. Juni 1900.

Fünfter Verhandlungstag.

Es wurde zum 8. Punkt der Tagesordnung: „Statutenberatung und Anträge“, geschritten. Eine Reihe Änderungen der gegenwärtigen Statuten, welche die weitere Öffentlichkeit weniger interessiert, werden nach längerer Debatte angenommen.

Hamburg, 8. Juni. (Privatdepesche des „Vorwärts“.) Der Formertag nahm in seiner heutigen Nachmittags-Sitzung mit 38 gegen 2 Stimmen den Antrag an, die Arbeitslosen-Unterstützung im Verband einzuführen.

Sociales.

Die systematische Kündpländerung der Kohlenkonsumenten wird von den Kohlenbaronen prompt weiter geführt. Die Kohlenwerke in Oelsnitz i. Erzgeb. beschließen, die für 1. August geplante Preiserhöhung von 20 M. pro Doppelwagen sofort eintreten zu lassen. So wird das Publikum von einer mächtigen Kapitalistenclique geschöpft.

Eingegangene Druckschriften.

Die Wohnungsfrage und die Socialdemokratie. Ein Kapitel socialdemokratischer Gemeindepolitik von Louis Cochin. 80 S. München 1900. R. Gmsh.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.
Sonnabend, den 9. Juni.
Cyrushaus. Die weiße Dame. Anfang 7 1/2 Uhr.
Schauspielhaus. Jugend von heute. Anfang 7 1/2 Uhr.
Deutsches. Gespensier. Anfang 7 1/2 Uhr.
Kessing. Daisy (A runaway girl). Anfang 7 1/2 Uhr.
Berliner. Berlin bei Nacht. Anfang 7 1/2 Uhr.
Weidens. Die Dame von Maxim. Anfang 7 1/2 Uhr.
Neues. Das Stützungsfest. Anfang 7 1/2 Uhr.
Weiden. Die Weidhe. Anfang 7 1/2 Uhr.
Schiller. Die Orientreise. Anfang 8 Uhr.
Thalia. Wie man Männer fesselt. Anfang 7 1/2 Uhr.
Central. Berlin nach Elf. Anfang 8 Uhr.
Carl Weh. Am Spieltisch des Lebens. Anfang 8 Uhr.
Victoria. Die Waife von Lowood. Anfang 8 Uhr.
Friedrich. Wilhelmstädtisches. Die Mädchenhändler von Europa. Anfang 8 Uhr.
Velle. Alliance. (Internationale Urania.) Bis ans Ende der Welt. Anfang 8 Uhr.
Metropol. Spezialitätenvorstellung. Der Zauberer am Nil. Anfang 8 Uhr.
Myoko. Spezialitäten - Vorstellung. Genuss auf Erden. Anfang 8 Uhr.
Reichshallen. Stettiner Säng. Anfang 8 Uhr.
Passage. Panoptikum. Spezialitäten-Vorstellung.
Urania. Invalidenstr. 57/62. Täglich abends von 5-10 Uhr: Sternwarte.
Taubenstrasse 48/49. Abends 8 Uhr (im Theaterjaal): „Von den Alpen zum Vesuv“.

Schiller-Theater
(Wallner-Theater).
Sonnabend, abends 8 Uhr:
Die Orientreise.
Schwan in 3 Akte u. 4 Bildern.
Sonntag, abends 8 Uhr:
In Behandlung.
Rosa abends 8 Uhr:
Freudlose Liebe.
Hierauf:
Die Schullehrerin.

Central-Theater
Anfang 8 Uhr:
Sensationeller Lacherfolg!
Berlin nach Elf.
Mit glänzender Ausstattung.
Die sensationellen Schläger:
Eisenbahn - Quartett! Cor d'Al!
Lebenslauf einer Künstlerin!
Aufzug der Parfums.
(Blühendes Ballett.)
Morgen und folgende Tage: Berlin nach Elf.

Thalia-Theater.
Tel. Amt IVa 6440. Dresdenstr. 72/73.
Vorlesende Aufführung:
Gaßpiel
Amie Dirkens.
Wie man Männer fesselt.
Bauderville - Poffe in 4 Akten. Musik v. Victor Roger.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Sonntag: Letztes Gastspiel
Annie Dirkens.
Die man Männer fesselt.

Carl Weiss-Theater
Gr. Frankfurterstr. 132.
Täglich:
Am Spieltisch des Lebens.
Anfang 8 Uhr.
Vorjuchsbildes haben Gültigkeit.
Im Garten:
Konzert-Theater u. Spezialitäten.
Anfang 8 1/2 Uhr.

Apollo-Theater.
Um 9 Uhr:
Mit sensationellem Erfolg:
Venus auf Erden.
Ferner:
Iben Obed — Frères Koste.
Neu! Neu! Bernhard Wörbig. Neu!
Neu! Brothers Morelli — Eva Haller.
Krüger u. Kirsten.
Kosmograph.
Kaffeeöffnung 7 Uhr. Anf. 8 Uhr.

W. Noacks Theater.
Brammenstraße 16.
Täglich:
Theater und Spezialitäten-
Vorstellung.
Der Soldatenfeind.
Schwan in 1 Akt von Höpner.
Neu! Grüne Jungs. Neu!
Operette in 1 Akt von G. v. Hoffmann.
Operette in 1 Akt von G. v. Hoffmann.
In Saal:
Großer Ball.

Urania
Taubenstrasse 48/49.
Im Theater abends 8 Uhr:
„Von den Alpen zum Vesuv“.
Invalidenstr. 57/62:
Tägl. Sternwarte.
Nachmittags 5-10 Uhr.

CASTANS
PANOPTICUM
Friedrichstr. 165.
Magische Wunder-
Vorstellungen.
!! Eine sensationelle Neuheit !!
Neu! Neu!
Rumänische Original-
Konzert-Gesellschaft
„Senescu“.
Die Helden des
Transvaal-Kriegs.

Passage-Panopticum.
Riesen
und
Zwerge.
10 Uhr vorm. bis 10 Uhr abds.
Passage-Theater:
Vorstellung von 7-10 1/2 Uhr.

Victoria-Theater.
Alexanderplatz.
Vier-Pfeifer-Gesund.
Die Weise aus Lowood.
Schauspiel in 2 Akten u. 4 Aufzügen
von Charlotte Birch-Pfeifer.
Anfang 8 Uhr.
Morgen: Dieselbe Vorstellung.

Belle-Alliance-Theater.
(Internationale Urania).
Heute und folgende Tage:
Bis ans Ende der Welt.
Ein Schauspiel der Natur in
12 Bildern und einem Prolog von
Dr. W. Wilhelm Meyer.
Abends 8 Uhr.

Belle-Alliance-Theater.
Im herrlichen Sommergarten.
(vornehmstes u. großartigstes Sommer-
Gasthaus der Weiden)
Spezialität: Vorstellung I. Ranges.
Weltbekannte Illumination.
Im Märchenwald.
Anfang 8 Uhr. Eintritt 75 Pf.
Ende 11 Uhr. Salbentact. an der Kasse.

Metropol-Theater.
Um 9 Uhr 10 Min.:
Der grösste Erfolg
dieser Saison.

Der Zauberer am Nil.
Beste Ausstattung: Operette
mit dem feinsten hochoriginellen
Mumien-Ballett.
Bisher:
das vollständig neue brillante
Juni-Spezialitäten-Programm
Anf. 8 Uhr. Kaufen überall gefastet.

Schweizer Garten.
Am Königsthor. Am Friedrichshain.
Täglich: Theater,
Spezialitäten, Ball.
Volksbelustigungen aller Art.
Jeden Abend
9 1/2 Uhr: „Es ist erreicht“.
Jeden Mittwoch: Kinderfest.

Puhlmanns
Vaudeville-Theater.
Schönhauser-Allee 148.
Kastanien-Allee 97-99.
Täglich:
Konzert, Theater und
Spezialitäten - Vorstellung.
Künstler I. Ranges. — Im
reinsten Saal: **Großer**
Ball. — Anfang 4 Uhr.
Lehmann.

Sanssouci
Kottbuserstr. 4a.
Im prachtvollen
Natur-Garten
jeden Sonntag u. Donner-
tag humorist. Entree der
„Norddeutschen
Quartett-Sänger“
Gänge, Cabolien.
Anfang Sonntag 7 Uhr.
Entree 50 Pf. Donner-
tag 8 Uhr. Entree 30 Pf.
Donnerstag u. Sonntag im gr. Saal
Tanzkränzchen.
Tanz frei!
Donnerstags haben die im Winter
ausgegebenen Vereinsbillets u. Pass-
partouts Gültigkeit.
Säle und Garten in Festlichtern.
Die Kaffeetische ist von 4 Uhr
an geöffnet. 48748

Letzte 2 Tage!
Barnum & Baileys
grösste
Schaustellung der Erde.
Kurfürsten-Damm.
Tägl. um 3 und 8 Uhr.
Schluss unwiderruflich
am Sonntagabend.

Die Sehenswürdigkeiten sind
um 1 und 6 1/2 Uhr zu besichtigen.
Billetverkauf um dieselbe Zeit
an der Kasse.
Die Nachmittags-Vorstellungen
sind garantiert dieselben wie
am Abend.
Die Abnormitäten sind in dem
Menagerie - Pavillon von 1 bis
4 1/2 Uhr und von 6 1/2 bis 9 1/2 Uhr
ausgestellt.

Gr. Pferde-Ausstellung
in der Hippodrom-Bahn.
Anfregendes u. waghalsiges Rennen.
Wirkliche Wettstrolche a. d. Hippodrom
wie ehemals im alten Rom.
Aufregendes u. spannendes römisches
Kolosseum - Wagen - Rennen. — Alles
sind wirkliche u. erstl. Wettstrolche.
Entree für sämtliche Sehens-
würdigkeiten u. Sitzplatz für
d. Circus-Vorstellung.
1 Mk. Reserv. u. nummerierte
Plätze 3, 4 u. 6 Mk.
Kinder unter 10 Jahren zahlen
die Hälfte für alle Plätze mit
Ausnahme der 1. Mark-Plätze.
Sämtliche Plätze sind nummeriert
mit Ausnahme der 1. und 2. Mark-
Plätze. 4 und 6 Mark-Plätze im
Vorverkauf bei Paul Grimm,
Cigarren-Importhaus,
Unter den Linden No. 47.

Victoria-Brauerei.
Lützowstr. 111/112.
Im Garten oder Saal
Täglich:
Norddeutsche
Sänger
(Jührmann,
Hoff, Walde).
Anfang: Son-
ntag 7, Wochen-
tag 8 Uhr.
Entree 50 Pf. Vorverkauf 40 Pf.
Familien-Billets 3 Stück 1 Mk.
Bis nur in der Woche gültig.
Sonntag und Donnerstags:
Tanzkränzchen.

Ostbahn - Park
Hermann Imbs
71 Hübnerstr. 71
am Kottbuser Platz.
Täglich **Konzert, Theater-**
und Spezialitäten-Vorstellung.
Nur erstklassige Nummern.
Anf.: Sonntag 4 Uhr. Entree 20 Pf.
Kinder 10 Pf. Sperrst. Nachsch. 20 Pf.
Anf.: Wochent. 5 Uhr. Entree 10 Pf.
Kinder 10 Pf. Sperrst. Nachsch. 10 Pf.
Hermann Imbs, Direktor.

Deutsche Konzert-Hallen
Stadtbahnhof Börse.
Täglich:
Grosse Theater- und Variété-
Vorstellung.
Die humoristischen Bildsch. Groß-
Zimmermann, Gurich, Penari.
„Die Lucca von Rirdorf“
sowie
Sergeant Schneidig und
militärische Eindücke.
Beginn der ausländischen Orchester.
Wochent. 6 Uhr, der Theaterabtd. 8 Uhr.

Prater-Theater.
Kastanien-Allee 7-9.
Täglich: **Der wilde Jäger,**
vom Sage in Gelang u. Tanz in 4 Akte.
v. Hugo Schütz, Musik u. A. Kerben. —
Ballett mit Vertung d. Ballettrichterin
Hel. Döring. — Auftritten d. Circus-
Championette Rolly-Berch. d. Gratede-
Quettisten Gebr. Milano, Tamara
Quartett, Ueberle-Trippe, Akrobaten,
Brothers Verbe, Verheerobaten, Fred
u. Ray, Ghinelen. The Greenwood,
Pantomime: „Die musk. Schmiede“.
Konzert. — Im Saale: Ball. Anfang
4 Uhr. Eintritt 30 Pf. Nummerierter
Platz 50 Pf. **Kalbo.**

Reichshallen.
Täglich: **Stettiner Säng.**
Anfang:
Wochentags 8 Uhr.
Sonntags 7 Uhr.
Entree 50 Pfennig.
Vorverkauf 40 Pf.

Kostüme
verkauft jetzt nach beendeter Engros-
Saison einzeln, so lange d. Vorrat reicht,
für 6, 8, 10, 12 u. 14 Mk. früher das
Doppelte, 6, 8 u. 10 Mk. doppelte.
Stoffreste, doppeltbr. Wrr. v. 60 Pf. an.
Moritz Skutsch Nachf., Taubenstr. 23, II.

Anstellung im Zoologischen Garten.
Samoa.
„Unsre neuen Landsleute !!
Samoa'sches Dorf — Urwald
Tropenlandschaft.
Eingeborne, Männer, Frauen, Kinder aus
Samoa. Sprecher, Häuptlinge. Samoanische
Dorfschmied, Krieger Matafas u. Malietos.
Schöne, lebendige, in Berlin noch
nie gesehene Vorstellungen.
Gr. ethnologische Sammlung.
Kein Extra-Entree!
Täglich v. 9-12 u. 3-8 Uhr. Vor-
führungen: 11, 3 1/2, 5, 6 1/2 Uhr. Einlag. n. Bedarf.
Entree morgen direkt zur Ausstellung
(von dem Garten-Eing. beim Stadtbahn-
Bahnh.), sowie für Gartenbes. 25 Pf.
(Kinder unter 10 Jahren 15 Pf.)
Schön, unterhaltend, belehrend.

Max Kliems Sommer-Theater
Facheheide 13-15.
Kritische Zeitung: **Paul Milbitz.**
Täglich: **Gr. Doppel-Konzert, Theater u. Spezialitäten-**
Vorstellung.
Süßle-Troupe — Brothers Bildsch. — Wth. Ma — Dr. Alphonse
— Karl Kramer — Minna Schön (erstklassige Spezialitäten).
Jeden Montag: **Sommerfest.** — **Mittwoch: Die beliebten**
Kinderfeste. — **Donnerstag: Elite-Tag.**
Die Kaffeetische ist täglich von 2 Uhr an geöffnet.
2 hochgelegene Kegelbahnen, Würfelsbuden, Kaudiborei, Blumenstand etc.
Sonntag, Montag und Donnerstag: **Familien-Kränzchen.**
Max Klemm.

Wo?
in der schönste Aufenthalt für Ausflüge und Land-
partien? Auf der Insel **Pichelswerder**
beim alten Freund.
Köpenick. Restaurant zum Schweizergarten.
Lindenstrasse 4 (an der Hummelburger Chaussee).
Empfehle mein schön gelegenes Sommerlokal mit Garten, großem Saal,
1000 Personen fassend, Gesellschaftszimmer, Hallen, verdeckte Kegelbahnen,
Volksbelustigungen aller Art. Familien können Kaffee trinken.
Für Fremderpartien sehr geeignet. Stallung für ca. 50 Pferde vorhanden.
48738
Ergebenst **W. Gaerisch.**

Köpenick „Stadt-Theater“
(Kleins Hotel).
Empfehle mein Sommerlokal mit großem schattigen Garten, Sommer-
bühne, verdeckte Kegelbahnen, zwei großen Sälen den geübten Vereinen
zur gef. Benutzung. Jeden Sonntag: **Auftritten von Specia-**
litäten ersten Ranges. Anerkannt gute Küche und gut gekostete
Biere. (47392) **A. Klein.**

Zu Vereins-Dampferpartien
empfehle den geübten Vereinen, Gesellschaften, Fabriken,
Schulen etc. meine eleganten, 300 Pers. fassenden
Salondampfer unter coul. Beding. **P. Bauer, Friedrichshagen, Seefr. 8b.**
„Zweifelssee“ In den **„Marienluft“**.
Zuh. **C. Streichhahn**, Besitzer des Kaiserhofs, Köpenick.
Empfehle beide Lokale mit großen Sälen und Gärten, jedes circa
3000 Personen fassend, mit Dampferbrücken, Stallungen für 40 Pferde,
Volksbelustigungen aller Art. 48612

See-Terrasse
Täglich:
Grosses Garten- und Promenaden-Konzert
der Abruzzer Bersaglieri in Uniform aus Rom.
Auf dem drei Morgen grossen, herrlichen See: **Gondelfahrten.**
4 grosse neu erbaute Kegelbahnen.
Im Theater Variété:
Das grossartige Juni-Programm.
Dienstag, den 12. Juni: **Elite-Tag.**
Tanz - Kränzchen und Grosses Brillant - Land- und Wasser - Feuerwerk.
Entree 10 Pf., Kinder frei, an Feuerwerkstagen 20 Pf.

! Warum zögern Sie noch ?
Werden Sie mein Kunde, Sie haben dadurch nicht nur
abgebildetes Messer umsonst, sondern auch die Aus-
sicht, sich in kürzester Zeit noch viel mehr ganz umsonst
erwerben zu können. Deshalb verlangen Sie portofrei
neuesten Proct-Katalog über 400 Seiten mit vielen
Neuheiten von Solinger Stahlwaren, Haushaltungsgegenständen,
Gold-, Silber-, Uhrenwaren, Pfeifen, Waffen, Stöden, Schirmen,
Haus- und Tischgeschmücken, Japanwaren usw.
Die Stahlwaren- und Waffenfabrik
von
Friedrich Wilhelm Engels
in **Nümmen-Gräfrath**
bei Solingen Nr. 241
erlässt ich, nachstehend abgebildetes
Zahlmesser (gef. geschliffen) mit zwei
prima Stahlklingen und Korztischer mit
echt Hirschhornheft (schlicht sich durch
Druck auf die kleine Klinge) Nr. 532,
Preis 1,50 Mark, zur Probe
auf 8 Tage einzulassen.
Ich verpflichte mich, in dieser Zeit
den Betrag zurückzugeben, oder, falls mir
das Messer nicht gefällt, solches zurück-
zuschicken. Sollte ich aber entsprechende
Nachbestellung auf Kräfte Ihres Ka-
taloges machen können, bezahle ich das
Messer als
Geschenk.
Dri, Straße, Hausnummer (deutsch):
Name, Stand (recht deutsch):

ZOOLOGISCHER GARTEN.
Heute nachmittag 4 Uhr:
Militär-
Doppel-Konzert.
Eintrittspreis 1 Mark.
Von abends 7 Uhr ab 50 Pf.
Kinder die Hälfte.
Morgen, Sonntag, Montag,
den 10. d. M., morgens 6 Uhr:
Gr. Militär-
Frühkonzert
ausgeführt von 3 Musikcorps.
Entree 25 Pf. a Person.

Wedding-Park
Müllerstr. 178.
Jeden Dienstag und Sonnabend:
Original-
Norddeutsche
Sänger. 4867L
Biegler, Wolff, Hohenberg etc.
Kaffee Tanz. **W. Trapp.**

Halensee.
Sommer-
Theater „Kurfürstenpark“
Ludwig Kluge.
Kritische Zeitung: Direktor Oskar Wagner.
Heute und folgende Tage:
Odysseus Heimkehr.
Burlische von Oskar Wagner. Musik
von Fritz Strauß. (48592)

Strand-Restaurant am Müggelsee
am Müggelsee, Müggelsee, Müggelsee.
Empfehle Fabriken, Vereinen
und Korporationen für Sommervergängen
u. Ausflüge mein großartig gelegenes
Hotel. Saal für ca. 3000 Personen,
Hallen, genügende Nebenräume.
Belustigungen aller Art. Constante
Preise. **W. Degebrodt.**
(45002) „Strandhotel“, Köpenick.

Ober-Schöneweide
Wilhelmshofstr. 18
Otto John
empfehlen **Restoration**
bei Ausflügen. (40422)

Ein Doppeljubiläum kann am
10. d. M. die Witwe Ida Schindler,
Straussbergerstr. 35, begehen. An
dem genannten Tage werden es
30 Jahre, seit sie ihr in der ganzen
Welt wohl bekanntes Cigarren-
geschäft in dem erwähnten Hause be-
gründet, so daß ihr 30 jähr. Geschäfts-
und Wienerjubiläum zusammenfallen.

Lichtenberg,
Köderstrasse 6,
an der Landsberger Allee.
Täglich:
Grosses Garten- und Promenaden-Konzert
der Abruzzer Bersaglieri in Uniform aus Rom.
Auf dem drei Morgen grossen, herrlichen See: **Gondelfahrten.**
4 grosse neu erbaute Kegelbahnen.
Im Theater Variété:
Das grossartige Juni-Programm.
Dienstag, den 12. Juni: **Elite-Tag.**
Tanz - Kränzchen und Grosses Brillant - Land- und Wasser - Feuerwerk.
Entree 10 Pf., Kinder frei, an Feuerwerkstagen 20 Pf.

Ungeziefer
aller Art, als Wanzen, Schaben,
Flöhe, Mücken, Ameisen, Wäusle etc.
vertilgt
man absolut sicher u. rasch durch
Nons unerreichte Spezialmittel u.
umsonst
erhalten Sie ausführl. Gebrauchsan-
weisung. Preis pro 1/2 Dose,
50 Pf., 1/2 Dose I. - R. 1,75
u. 3. - R. (48782)
Max Noa, Berlin N.,
Reinickendorferstr. 48.
Berland in Berlin frei Haus.

Wom seine Pflanzen lieb sind,
düngt nur mit **Hallmayer's**
Pflanzendünger.
Mit obiger Schutzmarke versehen,
acht Packete für 15 A, 25 A, 40 A,
u. 60 A in Drogen-, Material-
waren-, Blumen- u. Samen-
Handlungen.
50 Mark. Gebrauch-
smittel
40 Mark.
Gesamtpreis.) Eigne Modellwerkstatt,
biol. Berlin, Patentur, Herten,
Kautz & Cie, Leipzigerstr. 99. (4622)

Conrad Tack & Cie.

Burg
bei Magdeburg.

Deutschlands bedeutendste Schuhfabriken.

66 eigene Verkaufshäuser in allen grösseren Städten Deutschlands.

Weltbekannt
sind unsre Fabrikate

durch
ausserordentliche Haltbarkeit,

durch
vorzügliche chice Passform,

durch
unerreicht billige, feste Preise,

durch
unübertroffene Leistungen

auf dem Gebiete
der Schuh-Industrie.

Goodyear-Welt (System Handarbeit)
eignes Fabrikat,
der beste Stiefel der Gegenwart.



Leder-Kinder-Schuhe
Mk. 0,35.



Derber Kinder-Stiefel
Mk. 1,90.



Strapazier-Damen-Stiefel
Mk. 3,40.



Strapazier-Herren-Stiefel
Mk. 4,50.

Prämiiert
mit der goldenen Medaille 1893.

Conrad Tack & Cie., Burg bei Magdeburg.

Verkaufshäuser in Berlin
unter eigener Firma:

- 50 Andreasstrasse 50.
- 29 Beusselstrasse 29.
- 1 Danzigerstrasse 1.
- 139 Frankfurterstrasse 139.
- 240 Friedrichstrasse 241.
- 85 Oranienstrasse 65.
- 50 Potsdamerstrasse 50.
- 14 Rosenthalerstrasse 14.
- 15 Spittelmarkt 15.
- 37 Turmstrasse 37.
- 22 Wilsnackerstrasse 22.

Charlottenburg:
122 Wilmersdorferstr. 122.

Rixdorf:
30/31 Bergstrasse 30/31.

Jeder Arbeiter Jeder Handwerker sollte zur Arbeit

die Lederhose Herkules tragen.
Klein-Verkauf. Sehr starke Hose in
praktischen grauen u. braunen Streifen.
Hinter u. vorn am Bund aus einem
Stück gearbeitet. Kleitkappe u. Knapp-
nähte. Beste Leder-Pilot-Taschen,
die Dose

(bei Aufnahme von) 4 Mk. 50
(6 Stück 26 Mk.)

Gut indigoblaues Jackett für
Machinisten, Monteurs etc. 1 Mk. 50
Gut indigoblaue Hose bis 1 Mk. 50
Prima Monteur-Hose 8,-, 5,50, 3,50
Wettert. Wandl. Jackett 13,-, 9,-
Wettert. Mittel, gebildet. Jackett 2 Mk.
Wettert. Mittel in weissen-Blau 2 Mk. 25
Wettert. Mittel (Dama) 2 Mk. 40
Wettert. Leder-Jackett, ge-
füttert, zweifach. 7 Mk. 20
Weiße Leder-Hose, Prima
Ware 3 Mk. 75

Baer Sohn

En gros. Export. En detail.
Chausseur. 21a. Brückenstr. 11.
Gr. Frankfurterstr. 20.
Die 15te Preisliste 1900 über gefaunte
Herren- und Knaben-Bekleidung (Auf-
lage 1 Million) wird kostenlos und
postfrei zugelandt.
Verband von 20 Mk. an franco. —
Bei Bestellung genügt Angabe der
Bruch- u. Bandweite u. Schrittänge.
Obige Preise gelten für normale
Größen. 309929

Nachdruck verboten!
Ostend-Oberhöneweide.
Restaurant Sporthaus.
Empf. Vereinen, Gesellschaften u. Saal.
Garten, Regal. u. Kaffee. Dobslaw.

Sparen

am unrechten Ort, heißt sich selbst schaden! Dies trifft be-
sonders beim Einkauf von Lebensmitteln zu, da das Billigere
auch stets das Minderwertigere ist. — So z. B. sind die so-
genannten lose ausgewogenen Malzkaffees meist nur gebrannte
Gerste oder im günstigsten Falle geröstetes Malz, die nicht im
entferntesten den Bohnenkaffee ersetzen können.

Ein wirklicher Ersatz für diesen ist einzig und allein
Kathreiners Kneipp-Malzkaffee, der nach
patentiertem Verfahren hergestellt in hohem Grade Geschmack
und Aroma des Bohnenkaffees besitzt, jedoch nicht dessen schäd-
liche Eigenschaften.

Zur Vermeidung von Unterschleibungen achte man jedoch
auf die blauweiße Originalpackung mit Blombe und dem Bilde
des Prälaten Kneipp als Schutzmarke.

Nohtabak = Ausverkauf

zu herabgesetzten Preisen.
Aufgabe des Geschäftes wegen Todesfalls.

P. E. Platt & Söhne, Brunnenstr. 16.

M. Schulmeister

en gros Schneidermeister en detail 465029
Dresdenerstrasse 4, am Rottbuscher Thor.
Frühjahrs- und Sommer-Paletots von Mk. 13,50 an
Jackett-Anzüge . . . von Mk. 15 an
Kost-Anzüge 23
Kadfahrer-Anzüge von Mk. 11 an
Jünglings-Anzüge . . . 12 an
Cachemir- und Lüster-Jacketts von Mk. 2,- an
Wash-Anzüge und Hosen für Knaben von Mk. 1,- an
Knaben-Anzüge zu außergewöhnlich billigen Preisen.
Bestellungen nach Maß von englischen, französischen und deutschen Stoffen
werden in eigener Werkstatt unter meiner persönlichen Leitung gut u. billig ausgeführt.

Streng feste Preise.

Kufekes

Von AUTORITÄTEN empfohlen
BESTES im GEBRAUCH billigstes
Kindermehl.

Möbel und Polsterwaren. Franz Tutzauer,
Zischlermeister, Berlin N., Brunnenstr. 152.
10 Jahre Garantie. Vollkommen schmerzloses Zah-
ziehen i. M. Plomben 1,50 M. Teilw. wöchentl. 1 M.
Zahnarzt Wolf, Leipzigerstr. 130. Sprechst. 9-7.

Schultze,

Wasserthorstr. 1/2, I.
Behandlung aller Haut-,
Horn- und Blasenleiden ohne
schlechte Fernbehandlung. 30731.
Erbkrankheiten 9-2 u. 5-9.
Donnerstagsvormittag, keine
Sprechstunde.
Bei Vorzeigung der
Verbandskarte 10 Prog.

Kleine Anzeigen.

Verkäufe.

Restaurant (Babstede) ist so-
fort billig zu verkaufen. Näheres
Bismarckstr. 63 im Schauffel.
Gardinenhand Große Frankfurter-
strasse 9, parterre. 1308
Elegante vorjährige Herrenhosen
feine Stoffe 9-12 Mark. Verkauf
Samstag und Sonntag. Versand-
haus Germania, Unter den Linden 21 II.
Dreiglih. Schloßstr. 76, Ecke
Friedrichsstraße: Lager fertiger
Gardinen, Knaben- und Arbeiter-
Gardinen. Anfertigung nach Maß
zu soliden Preisen. Reich Hamburg.
Betten, prachtvoller Stand, 12,00,
zweifach 16,50, Gubenstr. 3,
Pflaumd. 1150
Betten, Steppdecken, Gardinen
möglichst billig. Reanderstr. 6.
Ventilatorhaken. Regulatoren
möglichst billig. Reanderstr. 6.
Teppiche, möblich. Pflaumd.
Reanderstr. 6. 21/9
Teppiche mit Gardinen,
Bismarckstr. 63. Große Frankfurter-
str. 9, parterre. 1308
Nahhaummöbel, Klübe, Kilde,
möglichst, auch einzeln, Gartenstr. 32A,
vom I. l. 777
Fahrräder, erstklassig, zu Einzel-
verkauf im Raderlager, Komman-
dantenstr. 46 I. Teilzahlung ge-
steuert. Abonnenten dieses Blattes
Rabatt. 11825

Fahrrad verkauft Badbergstr. 115.
1146
Damenbikeln billig. Pflaumd., Wein-
bergstr. 13b. 9180
Fahrräder. Teilzahlung, möblich
Anzahlung. Lager vierhundert Ma-
schinen, Schrammer, 18 Pfund,
Strohrenner, Venus, Damenräder,
Zwei- und Viereräder, Anhängewagen
direkt aus Fabrik, Imperial, Diehen-
bachstr. 33. 11808
Fahrräder, erstklassige Marken,
zwei Jahre Garantie, billig. Teil-
zahlung in Raten. Reparatur-Werk-
statt. Landau und Gieseler werden
verleihen. Gefährte Räder, gut er-
halten, billig. Carl Köhler, Pflaumd.
str. 9. 11828
Waschmaschinen, Sparsystem, Preis
6,00, Drellsch 10,00, Gadenstr. 12,00,
Waschplättchen, Schneider-Apparate
möglichst billig. Teilzahlung. Wollauer,
Wallner, Theaterstr. 32. (Rein
Laden.) 13298
Abfrierer Feld, Gartenbrunnen,
Tische, Stühle, Bänke, Spaten, billig.
Karl Kaufmann, Rindenschloßstr. 19,
am Urban. 21/18
Bierkühler 45 Gläser 3 Mark,
Bismarckstr. 63. 112326
Steppdecken am billigsten. Pflaumd.
Große Frankfurterstr. 9, parterre.
Wanderer-Halbrenner, 10000 Kessel,
schonwert, 80 Mark, Voeme, Fern-
talemerstr. 44/45, 4 Treppen. 13865
Restaurations, 1/2, Weidner,
1/2, Baurisch monatlich. Miete 1800.
Zu erfragen bei Schulte, Frankfurter-
str. 5. Vermittler verboten. 11825

Herrenrad, Damenrad, fast neu,
verkauft möblich. Schumann,
Bismarckstr. 27, vom I. 232
Kohlenbikeln sämtlicher Systeme
ohne Anzahlung, wöchentlich 1 Mark,
fünfjährige Garantie. Postkarte ge-
nügt. Vanda-Berger, Vanda-Bergerstr. 35.
Vermischte Anzeigen.
Unfallwagen, Klagen, Eingaben,
Reklamationen. Puffer, Steglitzer-
str. 65. 13906
Violin, Klavier, Pianon, Cello,
Unterricht, monatlich 4 Mark, Oranien-
str. 118.
Buchbinderarbeit jeder Ar-
t. fertigt Ferdinand Kleinert, W. Säulen-
str. 56, 2. Hof parterre. 23876
Uhren repariert Wilhelm Hilde,
Uhrmacher, Bismarckstr. 45. 1146
Führen jeder Art fährt billigst
Otto Damm, Hedemannstr. 2, Kohlen-
handlung. 9825
Vereinszimmer empfiehlt Vier,
Alte Jakobstr. 119. 288K
Vereinszimmer u. Pianino. W. G.
Krausenstr. 18. 2106
Vermietungen.
Schlafstellen.
Genosse findet gute Schlafstelle
bei Fr. Glog, Gröbenstr. 35. 12436

Arbeitsmarkt.
Stellenangebote.
Verfälscher auf Leisten verlangt
Geitner, Rixdorf, Schönefelderstr. 10.
Tüchtige Hornbleger und Horn-
stricker werden gesucht gegen gute Be-
zahlung. Hoff, Hornblegerei und
Stoßfabrik, J. Kaufmann, Waf-
hausen im Elb. 13276
Ein junger Instrumentenmacher
auf Orthopädie verlangt sofort Sönger,
Bismarckstr. 37. 130
Barockvergoldner und Gold-
macher finden dauernde Beschäftigung
Goldbleichenfabrik Merandstr. 25.
Maschinenflicker sofort bei höchstem
Recordlohn sucht Carl Vira, Dres-
denerstr. 88-90. 13858
Korbmacher, mehrere für einfache
und bessere Bombus- und Kongomöbel
für sofort gesucht. Berger u. Co.,
Sedantstr. 15. 13006
Steinmetz, tüchtigen, für Schrift-
und Stämme sucht R. Schröder,
Weihenfer. 1108
Verfälscher verlangt E. Ruten-
berg, Goldbleichenfabrik, Neu-Weihen-
fer, Pflaumd. 14/18. 1108
Tüchtige Silberpolierer verlangt
Deutsche Metallindustrie, Prinzen-
str. 71. 23/1
Mädchenjacketts u. Arbeiterinnen
und -Berührerinnen verlangt Dulle,
Frankfurter Allee 16. 1147

Junge Mädchen zur Einrichtung der
Machin. und für leichte Handarbeit
sind bei gutem Lohn, dauernde Be-
schäftigung, Max Raderberg, Raderberg-
str. 8. 13858
Mamsells auf gute Copie ver-
langt Galt, Tempelstr. 8/9.
Tüchtige Berggoldnerinnen, farbige
moder verlangt Joerd, Salzer-
str. 28. 11
Mamsells, Jacketts, verlangt
Heiler, Raderbergstr. 17 I.
Mamsells, sucht auf bessere Stepp-
jacketts, Lohse, jeden Sonnabend
wird gerufen, nur im Hause, verlangt
Van, Weidenweg 29 III. 13598
Zierperle auf Jacketts, vom bis
24 Mark, verlangt Lau, Weiden-
weg 29 III. 13586
Stellengesuche.
Blinder Schuhmacher bittet um
Arbeit. Stühle werden gut geflochten,
dieselben werden abgeholt und arbeits-
geleistet. Müller, Malackstr. 27.
Im Arbeitsmarkt durch
besonderen Druck hervorgehobene
Anzeigen kosten 40 Pf. pro Zeile.
Leder-Gürtel.
Tüchtige Gürtelarbeiter
werden gesucht. Zu meiden: Sonntag
zwischen 10-11 Uhr. 17/18, II. l. l. l.

Arbeitersekretäre
gesucht für Hamburg.
Für das zum 1. September er zu
eröffnende Arbeitersekretariat werden
2 Sekretäre gesucht. Gehalt
2500 Mk. per Jahr.
Bewerberinnen sind an C. Reichbauer,
Hamburg, Brückenstr. 10, bis zum
1. Juli er einzuliefern mit der Auf-
schrift: Arbeiter-Sekretariat.
Die Bewerberinnen müssen angeben, ob
sie sich der sozialpolitischen Seite oder
den Fragen des ordentlichen Rechts
widmen wollen.
Die Kommission des
Hamburger Gewerkschaftsbundes.
1. Steinbleicher, 2. Kueger,
3. Vogenländer können sofort bei
uns eintreten. 13896
Friedewald & Friel,
Alte Jakobstr. 91.
Tüchtige Sattler
auf Damenzügel finden dauernde
Beschäftigung bei Oskar Tützer,
Alexandrinenstr. 98/94. 13906
Achtung, Drechsler!
Bei der Firma Voeltzkow,
Nitterstr. 15, haben 15 Kollegen
wegen Differenzen die Arbeit niederge-
gelegt. Die Erörterung.
Die Verantwortlichen Redacteur: Paul John in Berlin. Für den Inseratenteil verantwortlich: Ed. Glöckner in Berlin. Druck und Verlag von Max Pading in Berlin.

Litterarische Rundschau.

Führer durch das Bürgerliche Gesetzbuch. Gemeinverständliche Darstellung der für die erwerbstätige Bevölkerung wesentlichen Rechtsverhältnisse. Mit Beispielen und Formularen. Von Arthur Stadthagen. Stuttgart. Verlag von J. G. B. Dietz Nachf. 1900.

Zu Stadthagens in Arbeiterkreisen allgemein bekanntem Arbeiterrecht ist jetzt der zweite Teil, der Führer durch das Bürgerliche Gesetzbuch erschienen, den die Verlags-Buchhandlung herausbereinigt mit dem Arbeiterrecht in einem Bande, als auch getrennt herausgibt. Das Buch will nicht einen neuen Kommentar zum Bürgerlichen Gesetzbuch zu den vielen vorhandenen hinzufügen. Es will, wie der Verfasser im Vorwort sagt, die für die erwerbstätige Bevölkerung wichtigsten Bestimmungen darlegen und erläutern und den Weg weisen, wie die aus dem Gesetz folgenden Rechte geltend gemacht werden können. Es zieht deshalb auch eine Reihe des Bürgerlichen Gesetzbuchs ergänzender Vorschriften in Betracht und klammert sich nicht an die Reihenfolge des Gesetzbuchs.

Vorher auf den Wert des Buches und seinen Unterschied von den übrigen über das Bürgerliche Gesetzbuch erschienenen Werken eingegangen wird, soll eine kurze Uebersicht über den Inhalt des Buches gegeben werden. Nach einer kurzen Darstellung der Grundsätze über Erwerb und Verlust der Staatsangehörigkeit verfolgt das Buch das Leben des Menschen in seinen verschiedenen Stadien. Es beginnt demgemäß mit der Geburt und betrachtet in diesem Kapitel die Verwandtschaftsbeziehungen, die Rechte der Minderjährigen, die von den denselben geschlossenen Verträge, die verschiedenen vom Gesetz aufgestellten Altersstufen, wie Heiratsalter, Testamentsalter, Schadenersatz durch Minderjährige, endlich die Alimentations- oder Unterhaltspflicht und den Kreis der unterhaltspflichtigen Personen.

Sodann wird die Rechtsstellung der ehelichen Kinder erörtert. Es folgen die Rechte der unehelichen Kinder. Der nächste Abschnitt gilt dem Eherecht. Hieran schließt sich die Scheidung der Ehe, weiter wird das Erbrecht, die Todeserklärung und Entmündigung, sowie das Vereinsrecht behandelt.

Hierauf geht Stadthagen zum Vertragsrecht über, das folgende Unterabteilungen aufweist. Allgemeine Regeln, Verträge über dem Verleht entzogene Sachen, Inhalt eines Vertrages, Form des Vertrages, Zeit der Bindung an einen Vertragsantrag, Berechnung von Fristen, Auslegungsregeln, Höhe der Zinsen, Verzögerung, Vertretung und Vollmacht, Abtretung einer Forderung, unpfändbare und unabtretbare Forderungen, Aufrechnung, Zurückbehaltungsrecht, Hinterlegung, Konventionalstrafe, Gesamtschuldiger und Gesamtschuldner, Retention, Kostend und Selbsthilfe, Sicherheitsleistung, einzelne Schuldverhältnisse, Leasing und Kauf, Gewährleistung, Kauf auf und nach Probe, Wiederkauf, Vorkauf, Kauf auf Abzahlung, Schenkung, Miete und Pacht, Leih, Darlehen, Arbeitsvertrag, Aufrechnung von Gegenforderung auf den Lohn, Einwirkung des Bürgerlichen Gesetzbuchs auf den Besonderevertrag, Arbeitsvertrag der ländlichen Arbeiter, Aufwartefrauen, Portiers und ähnlichen Arbeiter, geistige Arbeiter, Dienstvertrag und Werkvertrag, Vermittlung, Schutz gegen Vermittler, Auslösung, Geschäftsführung ohne Auftrag, Verwahrungsvertrag, Einbringung von Sachen bei Gastwirten, Leihrenten, Bürgschaft, Vergleich, Schuldverprechen und Schuldnerkenntnis, schließlich ungerichtliche Verjährung.

Hierauf schließen sich die Schuldverhältnisse aus unerlaubten Handlungen, Besitz und Eigentum und das Vormundschaftsrecht. Den Schluß des Buches bildet eine große Anzahl Beispiele und Formulare, auf die wir später genauer eingehen werden.

Der Wert des Stadthagens Buches ist ein ganz außerordentlicher, zunächst in rein wissenschaftlicher Beziehung. Die Darstellung des Arbeitsvertrages, wie sie uns Stadthagen giebt, ist wohl die gelungenste unter den zahllosen bisher erschienenen Kommentaren zum Bürgerlichen Gesetzbuch. Ganz besonders sind die kurzen historischen Erörterungen hervorzuheben, mit denen Stadthagen die Beschreibung der einzelnen Materien einleitet, und die uns eine klare Uebersicht über die geschichtliche Entwicklung der verschiedenen Rechtsinstitute geben, und die absolute Verbindlichkeit des Rechts durch die ökonomischen Machtverhältnisse zeigen. Es sei z. B. hingewiesen auf die vortreffliche Darstellung der Entwicklung des Vereinsrechts, die bei aller Kürze deutlich lehrt, wie die jeweilige Wirtschaft sich hier wie überall einfach das ihr adäquate Recht als ihren naturgemäßen Ausdruck schafft. Zugleich weist uns der Verfasser nach, daß die auf diesem Gebiet erreichte rechtliche Entwicklung hinter der wirtschaftlichen weit zurückgeblieben ist und daß der wirtschaftliche Fortschritt das zur Fessel gewordene veraltete Recht gesprengt hat. Dies ist auch im Bürgerlichen Gesetzbuch so geblieben. Die Freigabe öffentlich-rechtlicher Vereinsbildung, so führt Verfasser aus, mußte als selbstverständliche Folge die Vermögensfähigkeit der Vereine und die Fähigkeit zu klagen und verklagt zu werden, nach sich ziehen. Diese Konsequenz ist in der deutschen Gesetzgebung und im Bürgerlichen Gesetzbuch nicht gezogen. Die Praxis hat demnach, entgegen dem Wortlaut der Gesetze, sich genötigt gesehen, auch nicht privilegierten Vereinen tatsächlich die Rechte einer juristischen Person zuzusprechen, d. h. den Verein vermögensrechtlich so zu behandeln, als wäre er eine rechtsfähige Person. Das ist eine Folgerung, die die Wirklichkeit unbestimmt um das Recht zieht, und im Interesse von Treu und Glauben geben muß.

Der zweite Vorzug des Buches liegt in der eminenten praktischen Brauchbarkeit. Das Bürgerliche Gesetzbuch hat eine Flut von Streitfragen gebracht. Auch Juristen sind in vieler Beziehung unsicher über das, was heute in Deutschland Rechtens ist. Ganz besonders gilt dies gerade von Fragen, die tagtäglich im Leben des größten Teils der Bevölkerung, der arbeitenden Klasse, auftauchen. Welche Fälle von Streitfragen knüpfen sich beispielsweise an den § 304 des Bürgerlichen Gesetzbuchs, der die Aufrechnung jeglicher Gegenforderung auf den Lohn untersagt, oder an die jetzt geltende Regelung des Arbeitsvertrages von ländlichen Arbeitern, Aufwartefrauen, Portiers und ähnlichen Arbeitern. Stadthagen beantwortet diese Fragen mit aller Kürze und Präzision, indem er das Loslöst, was praktisch brauchbar ist und die Lebensbedürfnisse des Arbeiters bildet. Dies Prinzip, das Buch für die Praxis und die Verhältnisse des Lebens zu schreiben, wird überall festgehalten und macht das Buch zu einem unentbehrlichen für Arbeiter, kleine Gewerbetreibende, Gewerbegerichts-Beisitzer und Juristen.

Weiter wird der Wert des Buches noch erhöht durch die überall festgehaltene Betonung des wirtschaftlichen Zusammenhangs.

Endlich ist auf die den Schluß des Buches bildenden Beispiele und Formulare hinzuweisen. Stadthagen giebt hier an, wie die gebräuchlichsten Klagen tatsächlich anzufertigen sind. Das Studium dieser Formulare wird dem Arbeiter von großem Nutzen sein können, es erspart ihm Kosten und versetzt ihn in die Lage, die ihm durch das Bürgerliche Gesetzbuch verliehenen Rechte tatsächlich zu gebrauchen.

Auch bei diesen Beispielen und Formularen wird durchweg das Prinzip befolgt: dasjenige herauszuheben, was praktisch tagtäglich vorkommt. Die Beispiele erstrecken sich auf das Mietrecht, Eherecht, Rechte der unehelichen Kinder usw. Um den Wert dieser Formulare zu illustrieren, sei beispielsweise nur hingewiesen auf den Antrag auf Hinterlegung der Entbindungskosten vor der Geburt eines unehelichen Kindes. Das Bürgerliche Gesetzbuch giebt der Mutter das Recht, schon vor der Geburt des Kindes zu verlangen, daß der Vater den gewöhnlichen Betrag der Entbindungs- und Sechswochenkosten, sowie Kinder-Alimente für die ersten drei Monate nach der Geburt hinterlegt. Dieses Recht ist sozialpolitisch sehr bedeutsam, da die Not unmittelbar nach der Geburt für die Mutter und das Kind am bedrohlichsten zu sein pflegt. Das Bürgerliche Gesetzbuch will verhüten, daß es dem unehelichen Vater gelingt, sich wie bisher durch frivole Einwendungen gerade während dieser kritischen Zeit seinen Verpflichtungen zu entziehen. Von diesen und ähnlichen Rechten weiß der Laie heute zumeist noch nichts. Stadthagen belehrt ihn hierüber und giebt ihm zugleich den Weg an, wie er praktisch sein Recht verwirklichen kann.

Die Geschlechtskrankheiten, ihre Verhütung, Gefahren und Bekämpfung. Von Dr. Blaschko. Berlin.

Die Centralkommission Berliner Krankenkassen, die schon manches zum Wohle der arbeitenden Klassen geleistet hat, besonders im Kampfe gegen die Tuberkulose, geht neuerdings auch gegen die Geschlechtskrankheiten vor und beginnt die Bekämpfung dieser Volkskrankheiten damit, daß sie Aufklärung über dieselben in möglichst weite Volkskreise zu bringen sucht. Sie geht dabei von der sicheren Erkenntnis aus, daß die bisherige Art der Verbreitung und Verheimlichung dieser Krankheiten den Volke ungeheuren Schaden gebracht hat. Die Kommission konnte für die Ausführung dieser Idee wohl kaum einen geeigneteren Mitarbeiter als Dr. Blaschko finden. Blaschko, der ein hervorragender Kenner dieses Gebiets ist und in Bezug auf Vorbeugung und Heilung der Geschlechtskrankheiten über vieljährige und umfangreiche eigene Erfahrungen gebietet, hat in diesem Schriftchen in einem engen Rahmen in leichtverständlicher und fesselnder Weise alles Wissenswerte niedergelegt.

Die Ursache der Vernachlässigung geschlechtlicher Erkrankungen sei in ihrem milden Beginn einerseits und andererseits in der falschen Prädiktion der meisten Menschen in dieser Hinsicht zu suchen. Dem meist harmlosen Beginn folgen aber meist schwere Folgezustände, die — besonders bei Syphilis als Kerben, Rückenmarks-, Gehirn-, Leber-, Hautkrankheiten — auch Krankenkassen und Invaliditätsanstalten schwer belasten; sicher viel schwerer, als es die Zahlen des Reichs-Versicherungsamtes angeben, nämlich, daß von 1000 männlichen nur 7, von 1000 weiblichen Patienten 40 infolge von Horn- und Geschlechtskrankheiten invalide werden. Blaschko führt dem gegenüber an, daß in größeren Städten jeder erwachsene Mann ein- oder mehrmals tripperkrank wird und unter 100 Männern 10—12 syphilitisch. Die Ausgaben der Krankenkassen schätzt Blaschko auf 4—5 Millionen Mark pro Jahr. Diese Ziffern, die den bedeutenden Einfluß der Geschlechtskrankheiten sowohl auf die Volksgesundheit als auch auf die Kassenfinanzen deutlich zeigen, mahnen zu einem energischen Kampfe gegen die Geschlechtskrankheiten. Als Quelle der Verbreitung der Geschlechtskrankheiten muß der außereheliche Geschlechtsverkehr angesehen werden, und zwar besonders mit Prostituierten, gleichgültig, ob kontrollierten oder unkontrollierten; eine Statistik aus Blaschkos Klinik zeigt, daß 81 Proz. aller seiner syphilitischen Patienten sich bei Prostituierten ansteckten. Diese Zahl ist außerordentlich wichtig und wert, den weitesten Volkskreisen bekannt zu werden, zumal vielfach der Glaube besteht, daß die Kontrolle der Prostituierten die Allgemeinheit vor Ansteckung schützt. Dem ist durchaus nicht so, denn die Kontrolle erfüllt ihre Aufgabe nur sehr schlecht, weil

- 1. die gesundheitliche Ueberwachung nur ein Anhängsel der sogenannten sittenpolizeilichen Ueberwachung ist, welche durch ihre große Strenge die Verbreitung der geheimen, nicht überwachten Prostitution erst recht begünstigt;
2. die Ueberwachung nur einen Teil der Prostituierten trifft, die in gesundheitlicher Beziehung besonders gefährlichen Anführerinnen der Prostitution und die gelegentlichen Prostituierten aber nicht treffen kann;
3. die Kontrolle auch bei den Ueberwachten nur einen Teil der Erkrankungen aufdeckt;
4. die Kontrolle von den Behandelten nur einen Teil zur Genesung bringt, die meisten ungeheilt oder doch mit der Neigung zu häufigen Rückfällen entlassen muß.

Die Kontrolle gewährt also nur einen minimalen Schutz gegen Ansteckung. Auch die individuelle Prophylaxe kann sich nicht allzugerader Erfolge rühmen; der Rat, frühzeitig zu heiraten, ist unrichtig das beste Mittel, aber leider sind unsere ökonomischen Verhältnisse so, daß die meisten jungen Männer zur Zeit ihrer Geschlechtsreise noch lange nicht im Stande sind, eine Familie zu ernähren. Bleibt noch die Verwarnung, Verlehr mit Prostituierten oder überhaupt leichtsinnigen Mädchen zu pflegen; doch auch hier macht häufig die Geschlechtsbegierde alle Vernunftgründe zunichte; jedenfalls muß hervorgehoben werden, daß die in weiten Kreisen herrschende Meinung, der häufige Geschlechtsverkehr werde zur Gesundheit notwendig falsch oder zum mindesten übertrieben ist; hier muß das Temperament und die Veranlagung des Einzelnen entscheiden; es giebt eine ganze Anzahl junger Menschen, die sich ohne jeden Geschlechtsverkehr ganz wohl befinden. Unter diesen Umständen hält Blaschko für das hauptsächlichste Mittel zur Eindämmung der Geschlechtskrankheiten die völlige Umgestaltung der öffentlichen Gesundheitspflege und der Gesetzgebung auf diesem Gebiet. Es komme da zunächst hauptsächlich der § 6a und § 26a des Krankenversicherungsgesetzes in Betracht, die den Kassen das Recht geben, zu beschließen,

„daß den Versicherten, welche sich eine Krankheit vorfalsch oder . . . durch geschlechtliche Ausschweifung zugezogen haben, für diese Krankheit das statutenmäßige Krankengeld garnicht oder nur teilweise zu gewähren ist.“

Gegen diese Paragraphen führt Blaschko schon seit langer Zeit einen energischen Kampf, und wenn derselbe aus einer Anzahl von Kassenstatuten entfernt ist, so ist das hauptsächlich Blaschko zuzuschreiben. Dieser Paragraph enthält verschiedene Unrichtigkeiten in sich, einerseits ist es garnicht wahr, daß Geschlechtskrankheiten nur durch Ausschweifungen erworben werden, sondern der solideste Mann kann durch einmaligen Geschlechtsverkehr sich anstecken, andererseits hat der Gesetzgeber unrecht, wenn er durch Entziehung des Krankengeldes den außerehelichen Geschlechtsverkehr gewissermaßen bestrafen will; die Krankenkassen sind keine moralischen, sondern Institute zur Heilung Kranter und zwar zur möglichst schnellen und gründlichen. Besonders gefährlich kann diese Bestimmung dadurch wirken, daß den Geschlechtskranken auf Grund derselben der Zutritt zu Krankenhäusern

gesperrt werden kann; gerade die Krankenhausbehandlung sieht Blaschko als das erstrebenswerte Ziel; selbstverständlich verlangt er, daß Geschlechtskranke eben als Kranke und nicht als Gefangene und Sünder behandelt werden, wie es ja wohl noch vorkommen soll.

Soll diese Behandlung eine möglichst gute und ausgiebige sein, so ist es nötig, daß die Invaliditäts-Anstalten mit herangezogen werden. Diese, die ja große Mittel in Händen haben und selbst sehr an der Eindämmung der Geschlechtskrankheiten interessiert sind, können dann entweder in eigenen Anstalten oder auf ihre Kosten (die sie eventuell von den Kassen wieder zum Teil einzuziehen können) die Geschlechtskranken behandeln; die Kosten würden weit geringer sein, als die Tuberkulosebehandlung und würde reichlich Zinsen tragen sowohl für die Volksgesundheit, als auch für die Finanzen der Invaliditätsanstalten selbst.

Der letzte Teil des Schriftchens behandelt die Behandlung der Geschlechtskrankheiten außerhalb des Krankenhauses oder nach dem Austritt aus dem Krankenhause. Derselbe gieft darin, daß die Geschlechtskrankheiten häufig noch lange nicht ausgeheilt sind, wenn sie dem Kranken als geheilt erscheinen, und mahnt dazu, daß jeder so lange in geeigneter ärztlicher Beobachtung verbleibt, bis ihn der Arzt für gesund erklärt; in diesem Kapitel kommt Blaschko auch auf die amonciierenden Ärzte und die Kurpfuscher zu sprechen, die ja die Geschlechtskrankheiten als ihre besondere Domäne betrachten. Er schreibt hierüber:

Viele dieser Ammonciere sind überhaupt keine Ärzte, sondern gewissenlose Pflücker ohne jede Bildung und ohne jedes medizinische Verständnis. Um sich Zulassung zu verschaffen, nennen sie sich „Naturheilkundige“ und berichten in ihren Ammonciere Schauer-geschichten über die schädliche Wirkung der Medizin, namentlich des Quecksilbers usw. Wunderbar genug ist es, daß so viele Menschen aller Verfassungen sich so leicht nachführen lassen. Während man doch eine beschädigte Uhr nie einem Bäcker, ein zerrissenes Kleid nie einem Klempner zur Reparatur geben würde, glaubt man, daß, um das löstlichste Gut des Menschen, die Gesundheit wieder herzustellen, es nicht nötig sei, sich gründliche Kenntnisse vom menschlichen Körper, vom Wesen und von den Ursachen der Krankheiten anzueignen. Einem jeden, der in seinem gewöhnlichen bürgerlichen Berufs-Schiffbruch geirrt, der es aber versteht, mit kräftiger Lunge auf die sogenannte „Schulmedizin“ zu schimpfen und seine eigenen Erfolge geblühend anzupreisen, traut man die wunderbare Fähigkeit zu, ohne jede Vorkenntnisse alle Leiden der Menschen aus der Welt zu zaubern. Kein Heil-künstler „von Gottesgnaden“ giebt es nicht! Auch um Krankheiten heilen zu können, muß man etwas Ordentliches gelernt haben, und gerade die moderne Medizin steht so sehr auf dem Boden der Natur-wissenschaft, daß sie auch bei der Behandlung der Krankheiten alle Hilfe- und Heilmittel der Natur sich dienstbar zu machen gewohnt hat. Wer sich daher „Naturheilkünstler“, „Naturarzt“ oder „Naturheil-kundiger“ nennt, begeht — bewußt oder unbewußt — einen Ver- trag und eine Irreführung des Publikums.

Diese Ausführungen sind wert, in weitesten Kreisen bekannt zu werden, zumal auch selbst unsere Arbeiterpresse die Schwindelanonciere solcher Naturheilkundigen ungeniert aufnimmt und durch diese Reflektoren schon viel Unheil angerichtet hat. — Das Buch schließt mit der Aufforderung, durch Vorträge und Broschüren Kenntnis über die Geschlechtskrankheiten zu verbreiten, und sind wie der Ueberzeugung, daß Broschüren wie die obigen dazu ausgezeichnet im Stande sind.

R. S. Karpeles, Bemo, Dr. Die englischen Fabrikgesetze in deutscher Uebersetzung herausgegeben. Berlin 1900. Emil Felber. XL und 482 S. 8°.

Die englische Fabrikgesetzgebung war für die Entwicklung des Arbeiterschutzes auf dem Kontinente von der größten Bedeutung, von einer Bedeutung, die eine besondere Darstellung verdienen würde. Sowohl die österreichische als die Reichsregierung haben, erstere Ende der sechziger Jahre in einer anonym erschienenen Schrift, letztere durch ihren Londoner Generalkonsul J. v. Dojanowski, Uebersetzungen der englischen Fabrikgesetze publizieren lassen. Auch sonst liegt über die englische Fabrikgesetzgebung eine reiche Litteratur vor, wir erinnern bloß an die glänzenden Partien im ersten Bande des „Kapital“ von Marx, an die Arbeiten von Wener, Weyer, Feld zc. Alle diese Arbeiten informieren aber bloß über einen heute nicht mehr zu Recht bestehenden Zustand, sie sind überholt durch die ununterbrochene Weiterentwicklung der englischen Arbeiter-Schutz-gesetzgebung. Bei deren großen Bedeutung für die kontinentale Gesetzgebung befriedigt die vor kurzem erschienene Arbeit unseres bekannten österreichischen Genossen Karpeles, des Redakteurs der Wiener „Gewerkschaft“, ein dringendes Bedürfnis. Sie wird jedem ernsthaften Socialpolitiker unentbehrlich sein, um ja mehr, als heute die Gegner jeder Fortentwicklung des Arbeiterschutzes so gern auf das Ausland verweisen. Die Sammlung von Karpeles ist umfangreicher wie ihre Vorgänger; sie enthält in der Hauptsache jene Gesetze, zu deren Durchführung die Fabrik- und Bergwerks-Inspektoren berufen sind. Den Gesetzestexten ist ein sehr kurzer Abriss der Geschichte der englischen Fabrikgesetzgebung vorausgeschickt. Den Schluß des Werks bildet ein die Benutzung desselben sehr förderndes Register. Die Gesetzestexte sind von einem fortläufigen Kommentar in Anmerkungen begleitet; am Rande sind, wie in den Originaltexten, die kurzen Inhaltsangaben der einzelnen Paragraphen angeführt. Durch verschiedene Schriftarten sind die noch in Kraft stehenden Bestimmungen von den durch spätere Gesetze aufgehobenen unterschieden. Die Reichhaltigkeit des Victor Adler gewidmeten Buchs wird am besten anschaulich gemacht durch die folgende Inhalts-angabe. Es enthält die Fabrik- und Bergwerks-Gesetze von 1878, 1883, 1891 und 1895, das Gesetz über die Baumwollwebereien von 1889, die Gesetze über die Arbeitszeit in Läden von 1892, 1898 und 1899, die gerade jetzt in Deutschland von größter Wichtigkeit sind, da man die Frage des Ladenschlusses in freilich ganz ungenügender Weise gesetzlich zu regeln sucht. Ferner enthält das Buch die Trudgesetze von 1881, 1887 und 1896, die Kohlenbergwerk-Gesetze von 1857 und 1896, das Gesetz betreffend die Wiegekontrollen bei Kohlenbergwerken von 1894, das Gesetz über (Schiefer-, Stein- und andre) Brüche von 1894, ferner Bestimmungen der Gesetze über den Elementar-Unterricht und über die öffentliche Gesundheitspflege, sowie des Gesetzes über Verhütung der grausamen Behandlung von Kindern, endlich die besondern Bestimmungen für gefährliche und gesundheitschädliche Betriebe.

Die Anschaffung des Werks kann Bibliotheken größerer Arbeitervereine wie allen Interessenten an einem Weiterausbau der Arbeiterschutzes-Gesetzgebung warm empfohlen werden. Da das Buch zum weitaus größten Teil von des Englischen unkundigen Lesern benutzt werden dürfte, würde es sich bei einer Neuauflage wohl empfehlen, bei den wenigen englischen Worten außer der Uebersetzung auch die Aussprache anzuführen.

Eine Dichtigstellung.

Der Artikel „Ein verunglücktes Experiment“ von Charles Bonnier (Nr. 127 des „Vorwärts“) erfordert eine Dichtigstellung in manchen wesentlichen Punkten.

Den Grundgedanken des Verfassers, daß Millierands Minister-schaft ein „verunglücktes Experiment“ sei, lasse ich um so lieber auf sich beruhen, als der Streit um diese Frage in den Reihen der französischen Sozialisten seit einiger Zeit so ziemlich erloschen ist. Es liegt somit gar kein Anlaß vor, ihn in den Spalten des deutschen Zentral-organs neu zu erörtern. Daher nur die Bemerkung, daß der französische Einigungs-Kongreß in der Frage Millierand — im Gegen-satz zur Darstellung Bonniers — eine Ausgleichs-Resolution votiert hat, ein Kompromiß, auf welchem sich die streitenden Teile, mit Ausnahme der Blanquisten-Minderheit, in der Kongreß-Kommission geeinigt hatten. Und wenn es richtig ist, daß die Resolution des Einigungs-Kongresses mit derjenigen des querschnittlichen Kongresses von Epemay im wesentlichen zusammenfällt, so ist es nicht minder richtig, daß die Resolution von Epemay, die „Ausnahmefälle“ für den Eintritt eines Sozialisten in ein bürgerliches Ministerium zuläßt, eine sehr wesentliche Abweichung vom „bekanntem Manifest der anti-ministeriellen Sozialisten“ darstellt. Nur die Blanquisten (Bailant und Genossen) blieben auf dem Einigungs-Kongreß jenem Manifest konsequent treu und votierten demgemäß auch gegen die Ausgleichs-Resolution. Es widerspricht also den Tatsachen, zu behaupten, daß der Einigungs-Kongreß „sowohl unser Manifest als die Entscheidung des Kongresses von Epemay bestätigte“. Manifest und Resolution von Epemay sind eben zweierlei.

Demgegenüber würde die von Bonnier gemachte Identifizierung von „Ausnahmefällen“ mit einer „revolutionären Situation“ auch dann nichts besagen, wenn sie begründet wäre. Sie ist aber unbegründet sowohl begrifflich wie tatsächl. Begrifflich liegt es auf der Hand, daß eine ausnahmsweise Situation keineswegs „revolutionär“ zu sein braucht. Letztere ist nur ein Spezialfall der ersteren. Tatsächlich zeugt die Diskussion des Einigungs-Kongresses dafür, daß die Verteidiger der „Ausnahmefälle“ (Bairès und Genossen) unter diesen Umständen eine Gefahr für die demokratischen Freiheiten und in zweiter Linie die Möglichkeit der Durch-führung gründlicher Reformen zu Gunsten des Proletariats verstanden. Beides hat aber mit einer „revolutionären“ Situation nichts zu tun, insofern man unter einer solchen nach dem allgemeinen Wortgebrauch die Möglichkeit revolutionärer Umgestaltungen versteht, die Möglichkeit einer revolutionären Offensive des Proletariats. Daß aber in einer solchen Situation nicht mehr vom Eintritt eines Sozialisten in ein bürgerliches Ministerium, sondern höchstens von der Beteiligung bürgerlich-demokratischer Vertreter an einem sozialistischen Ministerium die Rede sein kann, das wird wohl niemand bestreiten. Die von Bonnier so nebenbei gemachte Identifizierung verschiebt also gänzlich den Boden der Streitfrage und läßt darauf hinaus, dem Einigungs-Kongreß den merkwürdigen Vorwurf zu imputieren, daß die social-listische Partei darüber erst zu beraten habe, ob ein Sozialist in ein sozialistisches Ministerium eintreten darf!...

Sobiel über den Grundgedanken des Bonnierschen Artikels. Die zur Unterstützung dieses Grundgedankens beigebrachten Argumente müssen wir uns etwas näher ansehen. Das wird und kann ohne jede Voreingenommenheit geschehen, indem Schreiber dieses seit langem (schon vor dem Einigungs-Kongreß) die Meinung ausgesprochen hat, daß das sozialistische Mitglied eines bürgerlichen Ministeriums zu demissionieren hat, sobald die ausnahmsweise Situation vorüber ist oder falls der sozialistische Minister bei der Durchführung des ihm von der Partei vorgeschriebenen, der gegebenen ausnahmsweisen Situation angepaßten Programms auf den Widerstand seiner bürgerlichen Kollegen gestoßen ist.

Was Millierands Reden bei offiziellen Anlässen betrifft, so ist es allerdings richtig, daß er hier und da auch Wege und Fehler macht. Aber es ist unrichtig und ungerecht, seine Einweihungsrede bei Eröffnung der Ausstellung eine „Hymne zu Ehren der Ausbeutung der Arbeiter“ zu nennen. Sie ist vielmehr, wie die Leser des „Vorwärts“, der den Hauptinhalt der Rede veröffentlicht hat, wissen, eine Hymne zu Ehren der Arbeit und der Arbeiter. Und dieser Ausstellungsrede entspricht die Handlung Millierands, die zum erstenmal die Errichtung eines besonderen Ausstellungspavillons der Gewerkschaften ermöglicht hat, eines Pavillons, der zu einem dauernden Mittelpunkt der sozialistischen Propaganda auf den betreffenden Gebieten werden wird.

Was Millierands Handlungen betrifft, die wirklich „viel inter-essanter“ sind, so hat Bonniers Grundgedanke bewirkt, daß er auch die beste, für das Proletariat zweifelslos fruchtbarste Leistung des social-istischen Ministers total verleumert. Ich meine das Jehnstundengesetz. Bonnier gibt zwar zu, daß das alte Schutzesetz von 1892 mit dem Jehnstundengesetz für Kinder „niemals angewendet“ wurde — und daß die Unternehmer durch das Relais-System (einen „Niegenden“, unregelmäßigen Schichtwechsel) das Gesetz umgingen: „Man hat mit vollem Recht behauptet, daß das Gesetz nicht in Kraft war.“ Dies hindert ihn aber nicht, auf der andern Seite zu behaupten, daß „man (die Millierandsche Reform) mit Recht als einen Rück-schritt (von V. unterstrichen) bezeichnet hat.“ Der „Rückschritt“ besteht nämlich darin, daß die Reform für eine zwei- beziehungsweise vierjährige Ubergangsperiode den auf dem Papier gebliebenen Jehnstundengesetz für Kinder auf 11 Stunden erhöht, das heißt in Wirklichkeit den Kindern in sehr zahl-reichen Fällen sogar verkürzt, indem unter dem alten Gesetz die Kinder zwölf und mehr Stunden arbeiten mußten. Bonnier kann das den Jahresberichten der Gewerbe-Inspektion entnehmen, sowie einer von Jules Guesde in der Kammer (Juni 1896) gehaltenen Rede. Weiter meint Bonnier: „Die Anwälte des Ministeriums stellen dem die großartige Verbesserung entgegen, daß in ferner Zukunft einmal die Arbeitszeit auf zehn... Stunden vermindert werden soll.“ Ich bedauere, sagen zu müssen, daß V. eine klare, vom Parlament bereits votierte, mit dem 30. März l. J. rechtskräftig gewordene Gesetzesbestimmung in eine „großartige Verheißung“ verwandelt, die „in ferner Zukunft einmal“ verwirklicht werden soll. Die „ferne Zukunft“ wird nämlich nach vier Jahren, 1904, eintreten, wie das Gesetz ausdrücklich feststellt.

Demnach versteht es sich von selbst, daß V. die einschneidende Returrierung der Verlängerung der Arbeitszeit der Männer und Frauen (in den gemischten Betrieben) von 12 und mehr Stunden bzw. von 11 und mehr Stunden auf 10 Stunden mit Stillschweigen übergeht. Und das so gründlich, daß er schreiben kann: „Man wird nur zugeben, daß dies (die „großartige Verheißung“) ein recht großer Umweg ist, um das zu erreichen, was schon 1892 Gesetz (von V. unterstrichen) war.“ Tatsache ist, daß 1892 nur der Jehnstundengesetz für Kinder „Gesetz“ („niemals“ oder, was genauer ist, sehr selten angewendetes Gesetz) war; für die Minderjährigen von 16-18 Jahren galt — auf dem Papier — die 60-stündige Woche, für die Frauen — meist auf dem Papier — der 48-stündige Tag, während die Männer kraft des ebenfalls mangelhaft durchgeführten „Dekretgesetzes“ von 1848 den 72-stündigen Tag hatten.

Also selbst im Falle der strengen Durchführung des alten Ge-sets würde das Proletariat noch immer ungeheuer viel an der Millierandschen Reform gewinnen, und zwar den gesetzlichen Jehnstundentag für Frauen und Männer, den Jehnstundentag für 92 Proz. des Proletariats, was notwendig die Verallgemeinerung des Jehnstundentages nach sich führen muß.

Damit erledigt sich die Behauptung Bonniers, daß zur Durch-führung des alten Gesetzes „es bloß einiger Energie des socialisti-schen Ministers bedurft hätte“, von selbst. Daß aber keine „Energie“ am organisch fehlerhaften Gesetz von 1892 etwas aus-richten konnte, erfährt man selbst aus V.s eigener Darstellung. Er spricht vom „Relais-System“: nun wohl, dieses System konnte nur durch Gesetz, nicht durch ministerielle „Energie“ be-

seitigt werden, was denn auch Millierands Reform besorgt hat, wie sie durch die Vereinheitlichung der Arbeitszeit für das gesamte Personal der gemischten Betriebe die strenge Durchführung des Gesetzes auf die Dauer gesichert hat, unabhängig von der „Energie“ dieses oder jenes Ministers. Oder soll ich noch darauf verweisen, daß es seitens eines „anti-ministeriellen“ Sozialisten sonderbar ist, die Durchführung so eines Arbeiterschutz-Gesetzes lieber auf die zwei Augen eines vergänglichem sozialistischen Ministers zu stellen als sie durch einen Gesetzestext zu sichern?

Dies die Tatsachen, nicht die „großartigen Verheißungen“, die nicht die „Anwälte des Ministeriums“, sondern die unbefangenen Vertreter der proletarischen Interessen betrogen haben, Millierands Reform als einen großen Fortschritt zu begründen.

Zu Bonniers Darstellung beschränke ich mich am meisten, daß er sogar die Lohnkürzungen — Versuche der Unternehmer gegen die Reform auszuüben. Weich er denn nicht, daß die „Notwendigkeit“ einer Lohnherabsetzung von den kapitalistischen Parteien stets — ganz besonders in Frankreich — gegen jede Arbeitszeit-Verlängerung ins Feld geführt wird? Und weich er denn nicht, daß in Wirklichkeit lange Arbeitszeit mit niedrigen Löhnen und kurze Arbeitszeit mit hohen Löhnen Hand in Hand geht? Andererseits wirft er durch den Hinweis auf die Lohnkürzungen-Versuche seine eigene Argumentation über den Haufen, indem jene Versuche am besten beweisen, daß die Reform sofort nach ihrem Inkrafttreten eine Verlängerung der Arbeitszeit herbeigeführt hat. Wenn er aber als „klares Ergebnis“ der Reform die Lohnverlängerung für die Erwachsenen proklamiert, so ist das nichts als eine polemische Uebereilung. Von den 11 bezüglichen im April ausgebrochenen Lohnkämpfen sind, wie von mir bereits im „Vorwärts“ auf Grund der Bulletins des Arbeitsamts mitgeteilt, sechs zu Gunsten der Arbeiter beendet, und zwar mit zwei Ge-siegen und vier Ausgleichen. Die übrigen fünf Konflikte waren zur Zeit der Veröffentlichung des Rai-Bulletins noch nicht beendet. Jedenfalls liegt es, wie immer, an den Gewerkschaften, auch die Lohnkürzungsversuche der Unternehmer infolge der Arbeitszeit-verlängerung abzuwehren, was jeder Sozialist wissen sollte.

Nach alledem ist es wohl überflüssig, auf die „Proteste der großen Mehrheit der französischen Gewerkschaftsorganisationen“ gegen die Reform einzugehen. Es muß aber festgesetzt werden, daß nicht die „große Mehrheit“, sondern eine kleine Minderheit der Gewerkschaften protestiert hat neben einer allerdings erheblichen Anzahl von politischen Gruppen der „antiministeriellen“ Sozialisten. Und es ist bezeichnend, daß gerade im querschnittlichen Norden, wo die denkbar schärfsten Vorurteile gegen die Reform votiert wurden, nach dem Inkrafttreten der Reform — vom Wärscheiter im Seine-Departement abgesehen — die meisten Lohnabwehrkämpfe aus-brachen (in 52 Textilbetrieben mit 4819 Streikenden) — ein Beweis, daß die Reform gerade im Norden eine einschneidende-günstige Veränderung in Bezug auf die Arbeitszeit bewirkt hat. Die „Proteste“ zeugen eben für alles mögliche, nur nicht für die Schädlichkeit der Reform. Vor allem zeugen sie dafür, daß, wie Genosse Lagardelle im „Mouvement Socialiste“ mit Bedauern konstatiert, die französi-schen Arbeiter bisher die Schutzgesetzgebung sehr mangelhaft kennen und ihr gleichgültig gegenüberstanden. Eins der wichtigsten Resultate der Reform wird gerade sein, diese Unkenntnis und diese Gleich-gültigkeit beseitigen zu helfen.

Zum Ueberflus sei noch erwähnt, daß die „antiministeriellen“ Sozialisten, die in der ersten Kammerberatung die Reform als ein „Verbrechen“ gegen die Arbeiterklasse, als einen „Verrat“, als ein „Kindermörderisches“ Werk u. s. w. gebrandmarkt hatten, in der zweiten Beratung, nachdem die Reform aus dem Senat mit einigen neben-sächlichen Änderungen an die Kammer zurückgekehrt war, sie still-schweigend votierten, ohne ein einziges Wort des Protestes, ja, ohne auch nur eine öffentliche Abstimmung beantragt zu haben... Bonnier kommt also, von allem andern abgesehen, mit seiner „anti-ministeriellen“ Kritik der Reform viel zu spät.

Es war aber nötig, diese Kritik eingehend zu beleuchten, weil es der Arbeiterklasse aller Länder schaden würde, wenn der be-denklichste Fortschritt auf dem Gebiete des Arbeiterschutzes seit dem englischen Jehnstundengesetz der 40er Jahre (nur für Männer und Frauen) in sein direktes Gegenteil verkehrt würde. Die fran-zösische Reform soll und muß vielmehr den Arbeitern aller Länder als Ansporn dienen im Kampfe um den Arbeiterschutz.

Hingegen will ich gern anerkennen, daß Bonniers Einwendungen gegen den Gesetzentwurf (nicht das Gesetz!) über die Gewerkschaften einige Berechtigung haben. Er übertrifft aber dreierlei: Erstens verschlimmert der Entwurf im Vergleich mit dem bisherigen Zustand gar nichts, denn die Verletzung der Arbeitsfreiheit“ diente auch bisher der Bourgeoisie als ein allseitiges Mittel zur Drang-salierung der Streikenden, und es liegen auch bereits Gerichtsentscheidungen vor, die wegen des Vorwurfs gegen nicht organisierte Arbeiter Ge-werkschaften zu Schadenersatz verurteilten. Zweitens ist die Ver-letzung der vollen Eigentumsfähigkeit an die Gewerkschaften ein Recht und keine Pflicht. Diejenigen Organisationen, die von der Eigentumsfähigkeit eine Schwächung der Kampffähigkeit befürchten, können einfach auf die erstere verzichten. Drittens ermöglicht der Entwurf, und das ist seine beste Bestimmung, die gesetzlich ge-schützte Abschließung von Kollektivverträgen zwischen Gewerkschaften und Unternehmern über die Arbeitsbedingungen anstatt der individuellen Verträge zwischen einzelnen Arbeitern und Unternehmern.

Im übrigen handelt es sich, wie gesagt, um einen Entwurf, der unter dem Druck der organisierten Arbeiter und der sozialistischen Partei verbessert werden kann, aber man braucht nicht „ministeriell“ zu sein, um schon den Entwurf, wie er ist, Vorteile gegen Nachteile abzuwägen, zu billigen. Die Proteste der meisten Gewerkschaften richten sich gegen einzelne Bestimmungen des Entwurfs, während die Pariser Gewerkschaften der Omnibus-Angestellten, der Fabrikarbeiter, der Wagner, der Bauanstreicher und Juweliere sich für die Reform ausgesprochen haben.

Was die Haltung der Regierung in den Streiks betrifft, so weiß jeder Beobachter der französischen Verhältnisse, daß keine frühere Regierung sich so neutral, meist wohlwollend-neutral gegenüber den Streikenden verhielt, wie das Kabinett Waldeck-Rousseau-Millierand, was um so anerkennenswerter ist, als die Streik-bewegung in Frankreich noch nie so hohe Wellen schlug. Diese fest-stehende allgemeine Tatsache kann nicht durch die von V. heraus-gegriffenen Einzelfälle erschüttert werden, in denen es zu gewalt-thätigen oder mörderischen Uebergriffen der Lokalbehörden oder judalischer Agenten kam, die mitunter zweifellos aus bewogener Feindseligkeit gegen das ihnen verhaßte Kabinett handelten. Bonnier verallgemeinert jene auch von und der Regierung zur Last gelegten Einzelfälle, um seinen Grundgedanken vom „verunglückten Experiment“ zu beweisen. Wer aber zu viel beweisen will, der beweist nichts. Gewinnt es doch nach V.s Darstellung den An-schein, als ob gerade das von Sozialisten unterstützte und ein sozialistisches Mitglied enthaltende Kabinett sich am feind-llichsten gegenüber den Streikenden und dem Proletariat überhaupt benommen hätte!... Uebrigens sei noch in Bezug auf Kreuzot bemerkt, daß die Streikenden selbst über den Schiedsspruch Waldeck-Rousseaus mit Recht ganz anderer Meinung waren als Bonnier.

Daß V. die Reformen Millierands, die auf eine Stärkung der Gewerkschaften abzielen, in seinem „antiministeriellen“ Artikel nicht erwähnt hat, versteht sich von selbst. Ich meine namentlich die Heranziehung der Gewerkschaften zur Mitwirkung an der Gewerbe-Inspektion und die Reorganisation des höheren Ar-beitsrats, die zum erstenmal gewählte Vertreter von Gewerkschaften und Gewerbegerichten (Arbeitgeberlicher) den Zutritt in diese wichtige sozialpolitische Behörde gewährt hat. Zeugt kommt noch hinzu die im Entstehen begriffene zentrale Arbeitsnach-weisstelle auf Grundlage der Nachrichten der Gewerkschaften und Arbeitsböden, wodurch der gewerkschaftliche Arbeitsnachweis und damit die gewerkschaftliche Organisation ebenfalls sehr stark ge-fördert werden müssen.

Zum Schluß noch die Bemerkung, daß V.s Argumentation schon deshalb ganz verunglückt ist, weil es sich im Fall Millierand nicht

um ein „Experiment“ von Parteiwegen handelt, sondern um die persönliche Initiative eines Sozialisten. Der Fall Millierand ist daher für sozialistische Experimente nichts weniger als typisch, in-dem dabei der persönliche Charakter des sozialistischen Ministers den Ausschlag giebt, seinen Handlungen und insbesondere seinen Reden den Stempel aufdrückt. Noch mehr, die heftigen An-feindungen, die Millierands Initiative im sozialistischen Lager entfacht hat, machen diesen Fall zum geraden Gegenteil eines typischen Experiments... .

Jedenfalls aber hat Millierands Minister-schaft das Proletariat auf seinem Vormarsch“ zum mindesten nicht aufgehalten. Mag auch Bonnier den Jehnstundentag und die andern Reformen Millierands als hinderlich für den Vormarsch des Proletariats be-trachten, die Verschleppung des Werks des social-istischen Einigungs aber — eine freilich indirekte Folge des „verunglückten Experiments“ — wird auch er gewiß nicht für eine Hemmung des proletarischen Vormarsches erklären. Paris, 6. Juni. V. Kritische Welt.

Kommunales.

Aus der Magistrats-Sitzung vom Freitag. Das Magistrats-Kollegium beschäftigte sich in seiner gestrigen Sitzung mit verschiedenen vom Stadtbaurat Hoffmann aufgestellten Bauplänen, welche, wie gemeldet, von der Hochbau-Deputation einstimmig genehmigt worden sind. Der wichtigste dieser Baupläne betrifft die Errichtung eines neuen Verwaltungsgebäudes. Das Baugrundstück dieses Gebäudes ist gegenwärtig von 32 Grundstücken, welches von der Jüdens-, Parochial-, Kloster- und Straßauerstraße begrenzt wird. Während nun das alte Rathaus eine Grund-fläche von 8820 Quadratmeter hat, bezieht sich die Grund-fläche des neuen Rathauses auf 10 384 Quadratmeter; während ferner in dem alten Rathaus für Büroraum und Sitzungssäle 9000 Quadratmeter zur Verfügung stehen, sind in dem neuen Verwaltungs-gebäude 15 000 Quadratmeter vorgesehen. Das Gebäude soll vier Stock erhalten und belaufen sich die Baukosten auf 6 990 000 M. Das Magistratskollegium genehmigte diesen Plan und wird der Stadtverordneten-Versammlung eine diesbezügliche Vorlage zur Zu-stimmung unterbreiten. Ferner genehmigte das Kollegium die vom Stadtbaurat Hoffmann vorgelegten Pläne zu einem Verwaltungs-gebäude für das Krankenhaus in Roadit, welches einen Kostenaufwand von 548 000 M. erfordert, zu einem anatomi-schen und bakteriologischen Institut nebst Zeichenhalle und Kapelle in 4. städtischen Kranken-haus mit einem Kostenaufwand von 474 000 M., für eine Turn-halle des Gymnasiums zum grauen Kloster mit einem Kostenaufschlag von 89 340 und schließlich zur Errichtung des Feuerwehredensals auf dem Marianneplatz, dessen Kosten auf 74 000 veranschlagt sind. Ferner genehmigte das Kollegium einen Entwurf zur Errichtung eines zweiten Werkstattgebäudes für Epileptische in Wuhl-garten, welches auf 61 000 M. veranschlagt ist.

Das Mitglied des Stadtschulraths für Berlin wählte das Magistratskollegium für die Zeit der Verabschiedung des Stadt-rats Wagner, den Stadtrat Dr. Straßmann.

Der Magistrat hat beschlossen, der Resolution der Stadtverord-neten-Versammlung, daß das Höchstgehalt der Standesbeamten auf 5000 M., das der Stellvertreter derselben auf 4300 M. (erreichbar nach 15 Jahren) erhöht werde, beizutreten. Diese Gehaltserhöhung wird in den nächstfolgenden Etat eingeleitet werden.

Der Magistrat genehmigte in seiner gestrigen Sitzung die von der städtischen Baudeputation beschlossene Festsetzung von neuen Baufluchtlinien für die Alte Jakobstraße zwischen Stallschreiber- und Oranienstraße, welche eine Breite von 16 bzw. 16½ Meter erhalten soll, wodurch der dort befindliche Engpass beseitigt wird, und für die Neue Schützenauferstraße an den Knick der Häuser 3, 4, 5 und 6.

Der Regierungsbauratmeister Reumann ist vom Magistrats-Kollegium zum Stadtbaurat ernannt worden.

Lokales.

Die Berliner Universität wird im gegenwärtigen Sommer-halbjahre von 5105 Studierenden besucht, unter denen 1867 neu immatrikuliert worden sind. Gegenüber dem vorigen Sommer beträgt die Zunahme 288. Was die einzelnen Fakultäten anlangt, so zählt die theologische 282 Studierende (287 Preußen), die juristische 1498 (1215 Preußen), die medizinische 1067 (780), die philosophische 2238 (1572). Unter den 1572 Preußen der philosophischen Fakultät sind 718 aus Gymnasien, 350 aus Realgymnasien, 52 aus Ober-realschulen hervorgegangen, und 452 sind noch ohne Reifezeugnis. Im Vergleich mit dem Vorjahre ist die stärkste Zunahme in der philo-sophischen Fakultät wahrzunehmen (+ 236), hingegen in der theologischen Fakultät eine Abnahme (- 31). Außer den immatrikulierten Studenten sind zum Hören der Vor-lesungen noch 4685 Personen berechtigt, so daß die Gesamtzahl 9770 beträgt. Frauen sind diesmal — trotz der strengeren Be-stimmungen, namentlich für Auffinnen — 208 zugelassen; gegen 180 im vorigen Sommer und 406 im letzten Winter.

Das Christentum eines Gemeindefürsors. Der Gemeindefürsorsrat von Emmaus hatte beschlossen, das Tragen der Ver-storbenen durch Angehörige, Zimmungsgeossen etc. auf dem Kirchhofsgelände nicht mehr zuzulassen, vielmehr bestimmt, daß in allen Fällen die von den Gemeinde-Organen ange-stellten Leichenträger herangezogen und bezahlt werden müßten, und zwar für ein Begräbnis dritter Klasse zwei, zweiter Klasse vier und erster Klasse sechs Leichenträger. In diesem Beschlusse des Gemeindefürsorsrats erblickte der liberale Parochialverein von Emmaus eine unangebrochte Schädigung der persönlichen Rechte des Einzelnen und erhob gegen den Beschluß Beschwerde beim Polizeipräsidenten. Auf diese Beschwerde hat das Ial. Präsidium folgenden Bescheid erteilt: In der Angelegenheit, betreffend den Beschluß des Gemeindefürsors-rats der Emmaus-Kirchengemeinde, daß bei Begräbnissen stets eine gewisse Anzahl der kirchlichen Leichenträger verwendet werden müssen, bin ich auf die dortige Beschwerde vom 7. Januar d. J. mit dem königlichen Konsistorium der Provinz Brandenburg in Verbindung getreten und habe von diesem durch Schreiben vom 17. April die Mitteilung erhalten, daß dem genannten Beschlusse die nachge-suchte Genehmigung verweigert worden ist, bez. v. Windheim.

Vielleicht vermischt der Gemeindefürsorsrat es jetzt, wenn ihm diese Geldquelle verstopft ist, mit der Erhebung von Eintrittsgeld für Kirchensbesuch.

Keine Vernehmung der Droschken. Die polizeiliche Ver-nehmung vom 8. Juni 1898, daß neue Droschkennummern zunächst nicht mehr ausgegeben werden sollen, ist kürzlich erneuert worden und gilt nun bis zum 1. Oktober 1901. Im Laufe des Jahres 1899 ist die Zahl der Berliner Droschken nur noch von 8006 am 1. Ja-nuar auf 8114 am 31. Dezember gestiegen und im ersten Vierteljahr 1900 ist sie sogar auf 8101 am 31. März gesunken.

Der Koniger Polizeifranciseur des „Kleinen Journals“ ist jetzt offenbar in Berlin an der Arbeit. Das Blatt hat sich nämlich wichtig mit der Meldung, daß es Vermählungen seines Redakteurs gelungen sei, eine Spur des Denkmalschänders in der Sieges-Allee zu finden. Angeblich soll ein schon mehrfach bestraffter be-schäftigungsloser Mensch Namens Karl M. dem Bewächtersmann des betreffenden Platzes gegenüber im Hauch erzählt haben, daß er im Zuge mit einem früheren Drogisten, welcher wegen Majeitäts-beleidigung dort eine längere Freiheitsstrafe verbüßte, zusammen-geessen habe. Dieser Drogist habe mehrmals davon gesprochen, daß er sich nach seiner Entlassung auf irgend eine Weise für seine Bestrafung rächen werde. M. will nun diesen Menschen mit mehreren zweifelhaften Wurschen in der Nacht der Denkmalschändung in der Nähe der Statuen herumlungern gesehen, eine Anzeige aber bisher unterlassen haben, um nicht selbst mit der Polizei wegen seines lichtscheuen Treibens in Kollision zu kommen. Wie dem „Berl. Tageblatt“ mitgeteilt wird, mißt man dieser Nach-

Wird in amtlichen Kreisen keinerlei Bedeutung bei. Der Chef der Kriminalabteilung, Regierungsrat Dieblich, hat sofort durch einen Kriminalisten die betreffende Zeitung um Aufklärung ersucht, aber eine strikte Abweisung erfahren. Infolge dessen hat er sofort bei der Staatsanwaltschaft die Einleitung eines Zwangs-
zwangs-Verfahrens gegen den verantwortlichen Redacteur seiner Zeitung beantragt.

Milchverkäufere. An der Spitze der Bewegung zur Erhöhung der Milchpreise in Berlin steht, wie die „Berl. Ztg.“ meldet, der Abgeordnete Ding-Düppel. Die Milchproduzenten werden von dem Komitee aufgefordert, vor der Versammlung am 11. d. M. die Milchpachtverträge nicht zu erneuern. Es haben sich bereits die Lieferanten von über 200 000 Liter Milch für Berlin verpflichtet, nur noch gemeinsam vorzugehen. Zum Komitee gehören u. a.: von Bredow-Londin, von Ergleben, Seibelang, Essenhart, Klein-Kleinig, Grabenstein, Charlottenburg, Neubaus, Seichow, von Quast, Madensleben, Schmidt, Mariensfelde, Schmidt, Löhwe, Schrader, Alt-Landsberg, Graf Schlenburg, Grünthal.

Neuer ein neues Straßenprojekt wird berichtet: Um die Leipzigerstraße und den Spittelmarkt, deren kaum mehr zu bewältigender Wagenverkehr die Fußgänger, namentlich an den Kreuzungspunkten, oft mit Lebensgefahr verbunden ist, zu entlasten, ist eine Verbreiterung der Niederwallstraße geplant, um durch diese den Verkehr durch die Rohrenstraße, den Wilhelmplatz nach dem Potsdamer Platz abzulassen. Die Häuser am Spittelmarkt zwischen Kurstraße und Niederwallstraße werden niedrigergerissen, ebenso werden die Häuser der Niederwallstraße von der Ecke der Kleinen Kurstraße ab bis zur Ecke der Kleinen Jägerstraße angekauft, um, so weit wie erforderlich, niedrigergerissen zu werden. Der Straßenbahnverkehr soll, wie der „Konfessionär“ angibt, von der Straßenseite-Brücke ab quer durch die Kurstraße und Niederwallstraße geleitet werden. An der Stelle, wo sich jetzt die 51. Gemeindegasse in der Niederwallstraße befindet, die ebenfalls zum Abbruch kommen muß, soll die Durchführung nach dem Hausvogteiplatz unter Niederlegung des angrenzenden Grundstücks stattfinden und dann die Linie in die Köpenickerstraße einbiegen, um bis zum Wilhelmplatz weitergeführt zu werden. Es wird von dem genannten Fachblatt ferner mitgeteilt, daß die Verkehrsdeputation des Magistrats sowie die andern in Betracht kommenden maßgebenden Behörden dem Projekt sehr sympathisch gegenüberstehen.

Der weiche Hut der Tagometerkünstler bleibt erhalten. Sowohl die Fuhrerinnen wie das Kommissariat für das öffentliche Fuhrwesen haben sich auf Anfragen aus Ausfertigkeiten für die Verbehalten des „Weichhutes“ ausgesprochen. So lange nicht sämtliche Drohsachen erster Klasse mit Fahrpreisangelegenheiten versehen sind, ginge es nicht an, das einmal eingeführte Erkennungszeichen zu befeitigen.

Im Verfolgungswahn suchte Donnerstagnachmittag die 52 Jahre alte Dienstmagd Minna Grütner aus der Bleibtreustraße zu Charlottenburg den Tod im Wasser. Ein Korbweidenbaum, das sie schon länger quälte und sich bis zum Verfolgungswahn gesteigert hatte, trieb sie mittags aus dem Hause. Stundenlang irrte die Kranke im Tiergarten und in Berlin umher. Um 4 Uhr nachmittags kam sie nach der Kronprinzen-Brücke und war durch ihr Gebahren schon aufgefallen, als sie sich plötzlich in die Spree stürzte. Einige Strolche, die in der Nähe waren, und ein Schiffer retteten sie und übergaben sie einem Schutzmann des 5. Reviers, der sie in die nahegelegene Charité brachte.

In einem Gasthof erschossen hat sich gestern nachmittag ein junger Schlosser namens Göbde. Dieser lebte gegen 7 1/2 Uhr abends in der Eichendorffstraße ein, nahm ein Zimmer, das er mit mehreren andern teilen sollte und verweilte dann noch kurze Zeit im Wohnzimmer. Nachdem er hier einige Postkarten geschrieben hatte, ging er auf sein Zimmer, das die andern Gäste noch nicht aufgefunden hatten. Fast unmittelbar darauf hörte der Hausdiener in jenem Zimmer einen Schuß fallen und fand den jungen Mann entseelt auf seinem Bett liegen. Göbde hatte sich durch einen wohlgezielten Schuß in die rechte Schläfe getötet. Was ihn dazu veranlaßte, ist noch nicht bekannt. Die Leiche wurde von der Revierpolizei beschlagnahmt und nach dem Schauhaus gebracht.

Ein Hausdieb ist in der Person des Küchenchefs einer großen Speisekammer am Alexanderplatz festgenommen worden. In der letzten Zeit verschwand aus der Küche wiederholt Fleisch, das für die Wirtschaft bestimmt war, und zwar immer das Beste. Verschiedene Angehörige kamen in den Verdacht, die fortgesetzten Diebstehle verübt zu haben, und wurden deshalb entlassen, aber die Diebstehle hörten damit nicht auf. Nun übernahm ein Kriminalbeamter die Beobachtung und stellte an drei Tagen hintereinander fest, daß der Küchenchef selbst der Dieb war. Dieser wurde festgenommen und nach Moabit in Untersuchungshaft gebracht. Der Verdacht ist ein verheirateter Mann, der außer freier Station ein Monatsgehalt von 300 Mark hatte. Er hatte jedesmal die besten Stücke beiseite gelegt und zu einer Zeit, wo er es heimlich thun konnte, weggeschafft. Der Mann war schon seit Jahren in seiner Stellung.

Ein großer Ladebierdiebstahl ist auf dem Grundstück Frankfurter-Allee 180 verübt worden. Eindrehen öffneten die Thür mit einem Schlüssel, erdrückten dann die Kellereiße der Lederhandlung von Stern am Hof, nahmen aus sechzehn Regalen zugeschnittene Sohlleder im Werte von 1000 M. heraus, leerten Strohsäcke, die gegen das Eindringen von Regenwasser unten an die Thür gelangt worden waren, packten das Leder hinein und verließen das Grundstück auf demselben Wege, auf dem sie gekommen waren, nachdem sie noch aus einem Korb, das im Keller steht, die Wechselkassette und drei Pfennigstücke entwendet hatten. Zur Wegschaffung der großen Lederbeute mußten sie einen Wagen benutzt haben. Die Thäter sind noch nicht ermittelt.

Das Polizeipräsidium erläßt eine Warnung vor einem Kollektenschwindler. Der Arbeiter Friedrich Laage, zuletzt Stralimdamm 19 wohnhaft gewesen, hat Anfangs vorigen Monats von einem hiesigen Privatier ein polizeiliches abgestempeltes Sammelbuch behufs Einammeln von Geldbeiträgen zu wohltätigen Zwecken erhalten. Er giebt die eingemittelten Beiträge aber nicht an den Privatier ab, sondern verwendet sie zu seinem Nutzen.

Aus dem Bureau des Victoria-Theaters geht und zu der Meldung über den Streit im Victoria-Theater folgende Verteidigung zu: Das im Victoria-Theater gastierende Walden-Jordanische Ensemble war allerdings in Zahlungsschwierigkeiten geraten und wüßten sich die Mitglieder weiter zu spielen, bevor sie nicht ihre Gage erhielten. Direktor Baukenwein hat sich sofort bereit erklärt, für den Ausfall der Gagen der geschädigten Mitglieder aufzukommen. Das Präsidium der Genossenschaft Deutscher Bühnenangehöriger ist in der Lage, bezeugen zu können, daß sich Direktor Baukenwein in dieser Angelegenheit in der zuvorkommendsten und loyalsten Weise, indem er sämtliche Gagen sofort bezahlte, betätigt hat. Die angeführten Säumnisse haben nicht stattgefunden.

Im Zoologischen Garten ist der auf den ersten Pfingstfeiertag fallende 25 Pf.-Sonntag auf morgen verlegt worden; von 5 Uhr an ist Frühkonzert, desgleichen wird am Nachmittag von drei Kapellen konzertiert. Die Direktion der „Großen Berliner“ wie auch die der Charlottenburger Straßenbahn stellen entsprechende Frühwagen auf den nach dem Garten führenden Linien ein. Bei den Samsonen beträgt der Eintrittspreis sowohl von der Straße her direkt, wie auch für Gartenbesucher 25 Pf., für Kinder 15 Pf.; Frühvorstellungen finden nur 1/9 und 1/10 Uhr statt.

Theater. Nachdem das vierwöchentliche Wechselhaftspiel zwischen Berlin und Wien mit dem gestrigen Abend sein Ende erreicht hat, nimmt heute das Deutsche Theater mit der Aufführung von „Fiesco“ „Gespensker“ seine Thätigkeit im eigenen Heim wieder auf.

Sportfest im Sportpark Friedenau. Zu Ehren der Schwedischen Turner, die am 10. Juni von ihrer Pariser Reise zurückkehrten, findet am Dienstag, den 12. Juni, 4 1/2 Uhr, im Sportpark Friedenau ein großes Sportfest statt. Jeder Veranstaltung können höchstens zehn

Minuten betwilligt werden; nur den Schwedischen Herren ist eine volle Stunde zur vollständigen Vorkführung ihrer vom deutschen Turnen ganz verschiedenen und höchst eigenartigen Leistungen eingeräumt worden.

Feuerbericht. Nur unbedeutende Brände, die fast alle ohne direktes Eingreifen der Wehr beseitigt werden konnten, wurden in den beiden letzten Tagen gemeldet. Elisabeth-Platz 25 hatten Freitagmittag Stoffe Feuer gefangen, das noch leicht erstickt wurde. Durch Umschalten einer Petroleumlampe entstand in der vorhergehenden Nacht Krausenstr. 53 ein heftiger Zimmerbrand. Dasselbe war Wilhelmstraße 87 von Flammen beschlagen. Gubenerstr. 9 geriet Teer beim Kochen in Brand. Alarmierungen nach Linienstr. 181a, Friedenstraße 45, Schützenstr. 55 und Lübeckerstr. 11 waren auf unbedeutende Anlässe zurückzuführen.

Aus den Nachbarorten.

Ober-Schöne-weide. Heute abend findet bei John eine Versammlung des Arbeiter-Bildungsvereins statt. Gäste haben Zutritt.

Aus Furcht vor einer Anklage in den Tod gegangen ist die Frau des Spediteurs M. in Friedenau. Frau M., Mutter von drei Kindern, deren jüngstes 1 1/2 Jahre alt ist, hatte mit einer Frau im Hause Streit gehabt und soll sich dann in Gemeinschaft mit ihrem Ehemann angeblich eines einfachen Hausfriedensbruchs schuldig gemacht haben. Dem Eheleuten war eine Vorladung zur polizeilichen Vernehmung zugeföhrt worden, und dies nahm sich die bedauernswerte Frau, die in glücklicher Ehe lebte, so sehr zu Herzen, daß sie in der Nacht vor dem Termin auf dem Amte, während ihr Mann und die Kinder schliefen, sich an der Thürellene erhängte. Das tragische Gescheh der Frau erregt im Orte allgemeines Mitleid. Der Streit soll seine Ursache in elendem Weiberhader gehabt haben.

Die verhältnismäßig stärkste Bevölkerungszunahme unter den Berliner Vororten hat in den letzten Jahren Ober-Schöne-weide gehabt. Noch Ende 1896 zählte diese Gemeinde, nach dem Ergebnis der zum Zweck der Steuerveranlagung bewirkten Personenzustands-Aufnahme, weniger als 1000 Einwohner, genau 978. Die Einwohnerzahl stellte sich dann aber Ende 1897 schon auf 1613, 1898 auf 2074, 1899 auf 3571. Die Bevölkerungszunahme betrug von 1896 zu 1897 und 63 Prozent, von 1897 zu 1898 rund 78 Prozent, von 1898 zu 1899 rund 45 Proz. Von 1896 bis 1899 hat sich die Einwohnerzahl nahezu verdreifacht. Dieses außerordentliche Wachstum ist auf die Errichtung bedeutender Fabrikanlagen in Ober-Schöne-weide zurückzuführen. Der Ort wird übrigens wegen seiner starken Befestigung noch im Laufe dieses Jahres Kanalisation bekommen. Die landespolizeiliche Genehmigung des Entwurfs ist mit ministerieller Zustimmung bereits erfolgt.

Schwere Sturshäden hat ein Gewitter angerichtet, das am Mittwochabend durch das Habel-Land zog, da es von Hagel-Regen, der über eine halbe Stunde anhielt, begleitet war. In der Gegend des Wannsee gingen so gewaltige Wassermassen nieder, daß sie in dem ehemaligen Dorf Stolpe in die Ställe und Bohrräume einströmten; das Vieh mußte mehrfach durch Hilfe der freiwilligen Feuerwehr gerettet werden. In der Umgegend von Weider a. H. schlug der Hagel in den Obstplantagen die Früchte von den Bäumen und die Wassermassen schwenkten die Erdbeeren und andre Gartenfrüchte fort.

Unter dem Verdacht der vorsätzlichen Brandstiftung wurde die Frau des Grafen v. S., der vor einigen Monaten eine Villa in Steglitz bezogen hatte und dort als Privatier lebt, von dem Polizeikommissar Hoffmann zu Steglitz in Haft genommen und in das Moabiter Untersuchungsgefängnis abgeführt. In der in Betracht kommenden Villa brach in den letzten acht Tagen an zwei verschiedenen Abenden Feuer aus, das jedoch keinen großen Umfang annahm. Die seltsamen Umstände, welche bei dem Ausbruch der Brände obwalteten, ließen bei dem Hauspersonal den Verdacht aufkommen, daß das Feuer vorsätzlich angelegt worden sei. Der Verdacht richtete sich gegen die oben bezeichnete Dame. Die Polizei nahm eine Lokalbefragung vor, nach deren Beendigung Frau Gräfin v. S. persönlich vernommen wurde. Auf Anordnung der Staatsanwaltschaft des Landgerichts II Berlin ist seither ihre Verhaftung und Ueberführung in das Untersuchungsgefängnis zu Moabit vorgenommen worden.

Die Errichtung des vom Kreis Teltow erbauten Krankenhauses in Wolf-Lichtersfelde ist auf den 26. d. M., nachmittags 1 Uhr, festgesetzt. Das neue Kreis-Krankenhaus liegt an der Berlin-Potsdamer Chaussee hinter dem neuen Botanischen Garten und ist von Bantat Schmieden erbaut.

Der zum Tode verurteilte Werdersche Doppelmörder Arbeiter Köberle ist am Donnerstagmorgen in aller Stille durch zwei Transporter nach dem Moabiter Untersuchungsgefängnis gebracht worden. Dort soll er die Entschädigung des Kaisers über das Todesurteil, welche in den nächsten Tagen erwartet wird, abwarten. Köberles Ueberführung nach Moabit erfolgte wegen Ueberfüllung des Potsdamer Gefängnisses.

Der erste diesjährige Vergiftung findet am Montag, den 11. d. M., nachmittags 6 Uhr, im Tiefbau zu Stallberge-Waldersdorf statt.

Gerichts-Beitrag.

Ueber den Fall Okerroth sollte gestern auch vor der hiesigen ersten Strafkammer des Landgerichts I verhandelt werden. Außer gegen den verurteilten Redacteur Stechert und den Rittergutsbesitzer Weder in Greifswald hat der Strafvorstand Regierungspräsident Scheller auch gegen die Redactoren Dr. Grätzelien („Berliner Tageblatt“), Köbner („National-Zeitung“) und Stephan („Vossische Zeitung“) Strafentwurf gestellt. Die Verhandlung wurde jedoch vertagt, weil der Gerichtshof es für angezeigt hielt, zunächst die Greifswalder Prozeßakten einzufordern. Inzwischen sei es, so berichtet die „Vossische Zeitung“, den Angeklagten auch anheimgestellt, nach dem bisherigen Verlauf des Greifswalder Prozesses beim Regierungspräsidenten Scheller die erforderlichen Schritte zu thun, ihn zur Zurücknahme des Strafentwurfs zu bewegen.

Veranstaltungen.

Der Deutsche Holzarbeiter-Verband hielt am Donnerstag eine außerordentliche Generalversammlung bei Keller, Kopenickerstraße, ab, in der die Diskussion über die Berichterstattung vom Verbandstag fortgesetzt wurde. In der langen, oftmals sehr persönlichen Debatte wurde, wie in der vorigen Versammlung, von mehreren Rednern hauptsächlich bemängelt die Höhe der Prämien für die Delegierten (12 M. pro Tag), die vom Verbandstag beschlossene Gehaltssteigerung der Verbandsbeamten auf 170 M., und der Beschluß, daß die besoldeten Gewerkschaften der Befähigung des Hauptvorstands und des Ausschusses bedürfen. Es gelangte schließlich gegen eine starke Minorität eine Resolution zur Annahme, in der gegen die Anstellung der Gewerkschaften durch den Hauptvorstand und Ausschuss protestiert und verlangt wird, daß dieses Recht ausschließlich den Verbandsmitgliedern des Gaus überlassen bleibt. Als Gewerkschaft für den Gau Berlin und den dazu gehörigen Bezirk wurde einstimmig der hiesige Gewerkschafts-Club in Vorschlag gebracht. Die weitere Anstellung eines Beamten für die Berliner Zählstelle wurde vorläufig vertagt und soll sich zunächst der Gewerkschaft so weit als möglich an den Arbeiten der hiesigen Verwaltung beteiligen. Auf Vorschlag der Ortsverwaltung soll zur Regelung der Extrabeiträge baldigst eine Urabstimmung vorgenommen werden. Ferner wurde die Ortsverwaltung ermächtigt, zu den Sitzungen der Gewerkschaftskommission die geeigneten Mitglieder zu delegieren.

Charlottenburg. In der letzten Sitzung der Gewerkschaftskommission wurde zunächst die Ernennung des Vertrauensmanns der Kommission vorgenommen. Gewählt wurde ein-

stimmig **Piemming**, Schillerstr. 71. Nach einer Diskussion über die Verhandlungen der Gewerkschafts-Konferenz in Leipzig wurden hierauf einige innere Angelegenheiten erledigt.

Freireligiöse Gemeinde. Sonntag, den 10. Juni, vorm. 8 1/2 Uhr im oberen Saal des „Englischen Gartens“, Alexanderstr. 27: Versammlung. „Freireligiöse Vorträge“. Um 10 1/2 Uhr vorm. ebendasselbst: Vortrag des Hrn. Ida Wittmann: „Weltausleuchtung und Jugendbildung III. Die idealistische Erziehung“. Gäste, Damen und Herren, sehr willkommen.

Berliner Sozialisten-Gemeinde. Sonntag, den 10. Juni, vorm. 10 1/2 Uhr, Kommandantenstr. 20: Vortrag Dr. Ed. Dörmann: 1. Kaserne Strohmeyer. 2. Berlin und Sozialismus. — Zutritt frei.

Sozialdemokratischer Agitationsverein für den Reichstag. Wahlkreis Stralund-Pranzburg-Wigen. Sonntag, den 10. Juni, vorm. 10 Uhr, bei Hamtlo, Schützenstr. 135: Sitzung. Gäste willkommen.

Verein der Müller Berlins und Umgegend. Sonntag, den 10. Juni, nachmittags 4 Uhr, bei Ross, Manteuffelstr. 9: Versammlung. Vortrag des Genossen Köhler.

Vorabend der Elektromonteur und Fernschiffgenossen Berlins und Umgegend. Heute abend 8 1/2 Uhr, im Restaurant „Zum alten Plätzchen“, Schillingstr. 36: Sitzung.

Verein der Buchdrucker und Schriftsetzer für Rixdorf-Wilhelmsruh. den 10. Juni, nachmittags 1 Uhr, im Apollo-Theater, Hermannstr. 50 (Al. Saal) Vereinsversammlung.

Vermishtes.

Aus Konig meldet Wolffs Telegraphenbureau: In den späten Abendstunden des Donnerstags fanden wiederum lärmende Straßenkundgebungen gegen die Juden statt. Um 10 Uhr ertönte Generalalarm. Es brannte ein zur Synagoge gehöriger Schuppen. Das Feuer griff auf die benachbarten Schuppen des Wälders Dehn und des Kaufmanns Beyold über. In dem letztgenannten Schuppen lagerte Benzin, das man jedoch noch rechtzeitig hinaus schaffen konnte. Alle drei Schuppen brannten, trotzdem zwei städtische Spritzen in Thätigkeit waren, nieder. Der Landrat und der zweite Bürgermeister waren zur Stelle. Gegen 1 Uhr früh war das Feuer gelöscht und hatte der Vorn auf den Straßen aufgehört. — In der Nordstraße erstattete gestern Kriminalinspektor Braun dem zuständigen Minister Bericht über den Erfolg (1) der Thätigkeit der nach Konig zur Aufklärung der Nordstraße entsandten Berliner Kriminalisten. Eine hiesige Korrespondenz bringt folgende überraschende Notiz: „Trotzdem Kriminalkommissar Dehn vor Rängeln vor seiner Abreise nach Berlin dem Schlichtermeister und Stadtverordneten Hoffmann erklärt hatte, daß er für die Thätigkeit der Ernennung des Gymnasiallehrer Ernst Winter auf Grund der beschiedenen Auslagen nicht in Betracht komme, ist die gerichtliche Untersuchungsbehörde inzwischen doch anderer Meinung geworden. Sie hat nämlich gestern gegen Hoffmann die Untersuchung wegen Totschlags eröffnet. Sonnabendvormittag finden demgemäß im Gerichtsgebäude in der Mühlenstraße vor dem Untersuchungsrichter Kaufan wiederum zahlreiche Jugendvernehmungen statt, auch ist u. a. der Zahnarzt Mag. Weibauer als Zeuge geladen. Des weiteren meldet diese Korrespondenz, daß Kreis-Schulinspektor Möbe, welcher gegenwärtig in Danzig eine Uebung als Hauptmann der Landwehr absolviert, in Anbetracht des Umstandes, daß seine Familie durch den bekannten Hund des Tschentzsch seiner Frau in die Nordstraße verwickelt wurde, eine militär-chrengerichtliche Untersuchung gegen sich beantragt hat.“

Die Untersuchung gegen Hoffmann ist nur aus der Annahme erklärlich, daß er den Gymnasiallehrer Winter in Verlehn mit einer Familienangehörigen überfallen und den jungen Mann dann in der Aufwallung der Leidenschaft getötet habe. Der Totschlag wird nach § 213 des Strafgesetzbuchs mit Gefängnis nicht unter sechs Monaten in dem Fall bestraft, wenn der Totschläger, ohne eigene Schuld durch eine ihm oder einem Angehörigen zugefügte Mißhandlung oder schwere Beleidigung von dem Getöteten zum Zorn gereizt und hierdurch auf der Stelle zur That hingerissen worden ist oder wenn andre mildernde Umstände vorhanden sind.

Unter solchen Umständen mag es sich auch erklären, daß Hoffmann trotz des schweren Verdachts bis jetzt auf freiem Fuß gelassen worden ist.

Brand eines Schmitterhauses. In Meyrow bei Köslin ist ein Schmitterhaus abgebrannt. Ein Mann ist tot, ein weiterer ist an seinen Wunden gestorben, die anderen achtzehn Bewohner sind verletzt, jedoch nicht lebensgefährlich.

Aus Menzel wird gemeldet: In Schnangsten hat sich ein schweres Explosionsunglück ereignet. Der dort auf Urlaub weilende Kanonier Petrotschlag trug einen geladenen Geschützführer bei sich. Auf einem Spaziergang, den P. in Begleitung seiner Schwester machte, explodirte derselbe, wobei das Mädchen schwer verletzt und Petrotschlag sichtlich verstümmelt wurde. Am Aufkommen beider wird gezweifelt.

Bei einem starken Gewitter, das in der Umgegend von Fallersleben niederzog, traf ein Blitzstrahl ein Bauernhaus zu Rügen und tötete in der Wohnstube ein Kind auf dem Schoße der Mutter, während letztere nur stark betäubt wurde.

In Rombach, Pöhringen, verursachte im vorigen Hofen ein herabfallender Kessel eine Explosion, bei welcher drei Arbeiter getötet wurden. Ein vierter Arbeiter soll in die Ofenglut gestürzt und verbrannt sein.

Dreizehn Anaben von Bly getroffen. Ein Unfall unter merkwürdigen Begleiterscheinungen ereignete sich auf dem Felde bei Schwednitz in Schlesien. Dort arbeiteten unter Aufsicht eines Mannes eine Anzahl Anaben auf einem Felde hinter dem Bahnhof „Niederstadt“. Der Himmel war zwar bedeckt, doch war von einem nahenden Gewitter nichts zu merken. Plötzlich zuckte aus den Wolken ein Bly hernieder und traf den dort beschäftigten elf Jahre alten Augustin Franze, der sofort tot war. Der Bly hatte gleichzeitig noch 12 andere Anaben, die in der Nähe von Franze arbeiteten, betäubt und zu Boden geworfen. Auch der Kuffeder fiel betäubt zur Erde. Als er wieder zur Besinnung kam, sah er alle 12 seiner Aufsicht unterstellten Anaben, welche sich auf einer etwa 20 Quadratmeter großen Fläche befanden, auf der Erde liegen. Durch Rütteln brachte er jene 12 wieder zum Bewußtsein zurück. Bei Franze zeigte die Leiche eine Verletzung am Kopfe, die Augenbrauen und das Kopshaar waren abgesengt.

Ein Methusalem unter den Pflanzen. In der östreichischen Abteilung der Gartenbau-Ausstellung am Cours-la-Reine in Paris, wo sich eine Sammlung seltener Pflanzen aus dem Kaiserlichen und andern kaiserlichen Gärten befindet, steht man unter einer Glasglocke ein höchst unheimliches Gewächs, dessen bläuliche Stengel spärliche Blätter tragen, welche verknümmerten Geraniensblättern ähnlich sehen. Auch die Wurzel ragt aus der Erde hervor und gleicht einem verknüppelten Kaktus. Und doch ist das eine Pflanze von hohem Interesse, denn sie ist die einzige und letzte ihrer Art, von der man weiß, und ihr Alter wird, nach den Beobachtungen zu urteilen, die man über ihr Wachstum gemacht hat, auf mehrere Jahrhunderte geschätzt. Sie gehört zu der Familie der Kallipadien und wurde vor hundert Jahren vom Kay der guten Hoffnung nach Oestreich gebracht, ohne daß es bisher gelingen wäre, Ableger oder Samen von ihr zu erhalten.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet Montag, Dienstag und Freitag von 7-9 Uhr abends statt.

R. W. Gewiß ist dem jungen Mann dazu zu raten; ob er seine Pläne in der angegebenen Weise auch wirklich wird durchführen können, ist allerdings eine andre Frage.

R. 2. 100. Im Kinder-Krankenhaus, Reichensdorferstraße, ist Sonntag und Mittwoch von 2-4 Uhr Besuchszeit. Vollständig frei innerlich kranke Kinder ist täglich von 10-11 Uhr, für äußerlich kranke Kinder täglich von 2-3 Uhr, für Rollen, Rücken- und Ohrenkrankte Sonntags und Donnerstags von 2-3 Uhr. Das Hof für obdohle Frauen ist Schillerstraße 6.

Munster, Rixdorf. Solche Mitteilungen können wir im lokalen Teil nicht aufnehmen.

N. W. Das Verlangen des „Direktors“ war zweifellos ein unbedeutendes. Sein Verlangen, Sie sollten ihm eine Ausdrucksweise ausfinden, indem er in das Zeugnis „unlauterlich“ schreiben würde, ist ein fragwürdiger Versuch. Was die dringenden Fragen anlangt: 1. Rein. 2. Das Amtsgericht. 3. Sofort. 4. Auf 14 Tage. 5. Ist nicht erforderlich. 6. Rein. Alle diese Fragen sind Ihnen wohl schon mündlich beantwortet und hinzugefügt, Sie mögen sich zunächst an das Gewerbeamt, Zimmerstr. 90/91, wenden und dort den „Direktor“ veranlagen, sich eventuell wegen Unzuständigkeit des Gerichts dort durch ein Urteil abweisen lassen und sich erst dann an das Amtsgericht wenden. Dieser Rat kann nur wiederholt werden. Die Abweisung zunächst des Gewerbeamtes ist deshalb zweckmäßig, weil möglicherweise das Amtsgericht sich nicht für zuständig hält, es aber unbedingt ist, nachdem Sie wegen Unzuständigkeit des Gewerbeamtes von diesem durch Urteil abgewiesen sind. — G. S. 1. und 2. Ja.

Produktenmarkt vom 8. Juni. Getreide. Die Tendenz des Frühmarktes war im Grunde fest, namentlich für Weizen auf höheres Nordamerika und Paris, sowie Verwertung der nordamerikanischen Offerten um ca. 3 M. Der Artikel zeigte nominell 1 M. höher ein; da jedoch Weizen - Ungarn wenig veränderte Kurse meldete und überdies Unternehmungslust fehlte, so gaben die Preise mittags 0,50 M. wieder nach. Roggen war von Anfang an mehr angeboten und nur wenig höher als gestern, da in Südrussland

der längst erhoffte Regen endlich eingetreten sein soll. Daraufhin zeigte sich namentlich für nahe Lieferungen Abgelast; doch wurden die Preise einigermaßen durch das Fehlen russischer Warenofferten gestützt. Am Weizenmarkt entwickelte sich späterhin wieder ein lebhafterer Geschäft, welches mit einer abermaligen Aufwärtsbewegung der Lieferungspreise Hand in Hand ging. Das Geschäftsgeschäft wurde hiernach jedoch kaum berührt. Die Schlusspreise stellten sich wieder wie zu Beginn des Wertes für Weizen, für Roggen 0,25-0,50 M. über gestern. Safer war in guter Qualität bebaute, Mais auf Anfuhr einiger Rohlieferungen schwächer. — Rüböl nominell unverändert, geschäftlos. — Spiritus loco unverändert.

Witterungsüberblick vom 8. Juni 1900, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometer hdb. mm	Wind- richtung	Windstärke	Wetter	Temp. n. G. ° C.	Stationen	Barometer hdb. mm	Wind- richtung	Windstärke	Wetter	Temp. n. G. ° C.
Eutinende	757	SW	2	bed.	15	Saparanda	760	ONO	6	heiter	8
Lomburg	757	SW	4	heiter	15	Petersburg	744	SED	1	Regen	11
Berlin	758	SW	2	bedekt	18	Gort	759	SW	4	bedekt	14
Kranff./R.	762	SW	2	heiter	16	Ribeben	756	R	3	bedekt	8
München	763	SW	4	Regen	11	Paris	763	SW	2	wolfig	14
Wien	759	SW	3	wolfig	17						

Wetter-Prognose für Sonnabend, den 9. Juni 1900.
Zeitweise heiter, vielfach wolfig mit etw. Regen, (schwachen westlichen Winden und wenig veränderter Temperatur.)
Berliner Wetterbureau.

Marktpreise von Berlin am 7. Juni 1900
nach Ermittlungen des lgl. Volkseigenbüros.

Ware	Preis	Ware	Preis	
*) Weizen, gut D.-Gr.	15,40	15,38	Kartoffeln, neue, D.-Gr.	8,-
„ mittel	15,36	15,34	Rindfleisch, Reule 1 kg	1,60
„ gering	15,32	15,30	„ do. Bauch	1,20
*) Roggen, gut	15,25	15,23	Schweinefleisch	1,60
„ mittel	15,21	15,19	Rohfleisch	1,60
„ gering	15,17	15,15	Sammetfleisch	1,60
†) Gerste, gut	14,80	14,30	Butter	2,60
„ mittel	14,20	13,70	„ 60 Stk	3,60
„ gering	13,80	13,10	Karpen	1,80
†) Hafer, gut	15,80	15,20	„ 1 kg	2,80
„ mittel	15,10	14,50	Halle	2,60
„ gering	14,40	13,80	„ 1 kg	2,40
Richtmaß	7,50	7,-	„ 1 kg	1,60
„ 100	10,40	6,60	„ 1 kg	1,20
„ 100	40,-	25,-	„ 1 kg	1,40
„ 100	45,-	25,-	„ 1 kg	1,20
„ 100	70,-	30,-	„ 1 kg	1,20

*) ab Bahn. †) frei Wagen und ab Bahn.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.
Achtung! Moabit! Achtung!
Bezirks-Versammlung
am Sonntag, den 10. Mai, vormittags 10 Uhr, bei Fischer, Besseltstraße 9.
Tages-Ordnung: 1. Vortrag. Referent Kollege Robert Fendel. 2. Diskussion. 3. Wahl zweier Beitragssammler, eines Schriftführers und des Bezirksleiters. 4. Verhandlungsangelegenheiten und Verschiedenes.
Kollegen! Es ist Pflicht, daß Ihr Mann für Mann erscheint, damit die Kommittee nach den Wünschen der Kollegen besetzt werden kann.
90/3

Deutsch. Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin.
Heute, Sonnabend, abends 8 1/2 Uhr, im Lokal des Herrn Dieke, Ackerstr. 123
Vertrauensmänner-Konferenz für den Norden.
Montag, 11. Juni, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15
Vertrauensmänner-Konferenz der Former und Berufsgenossen.
Die Ortsverwaltung.
90/4

Verband der in Buchbindereien, der Papier- und Leder-Galanteriewaren-Industrie beschäft. Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.
Zahlstube Berlin.
Unsre nächste Mitglieder-Versammlung findet am **Dienstag, den 19. Juni cr.,**
bei Herzberg, Alte Jakobstr. 75, statt.
Tagesordnung siehe nächste Sonnabend-Nummer d. Bl.
24/7
Wir richten an alle Mitglieder, welche mit ihren Beiträgen restieren, das dringende Ersuchen, dieselben noch vor dem 1. Juli d. J. zu begleichen.

Besuch der Dreptower Sternwarte.
(Programm siehe „Buchbinder-Zeitung“)
Billetts a 75 Pf. sind in unsrem Bureau, Engel-Ufer 15, II z., Zimmer 22, zu haben. — Treffpunkt abends 9 Uhr am Eing. d. Sternwarte.
Um rege Beteiligung ersucht
Die Ortsverwaltung.

Verband der Möbelpolierer.
Montag, den 11. Juni, abends 8 Uhr
im Englischen Garten, Alexanderstrasse 27c
Ausserordentliche General-Versammlung
Tages-Ordnung:
1. Bericht der Revisoren. 2. Anträge. 3. Verschiedenes.
Der Kollege Hugo Bleile, Rixdorf, Thomaststr. 8, hat seine Streit-
liste nicht abgerechnet. 146/18 Der Vorstand.

Steinbildhauer!
Montag, den 11. Juni, abends 8 1/2 Uhr, im oberen kleinen Saal
des Gewerkschaftshauses, Engel-Ufer 15:
Öffentliche Versammlung
Tages-Ordnung:
1. Können wir in gegenwärtiger Geschäftslage ernstlich an eine Erhöhung
des Mindestlohns denken? 2. Angelegenheit, die Firma Winterfeld betreffend.
3. Verschiedenes. 20/16
Die Vertrauensleute.

Verband der Bau-, Erd- u. gewerblichen Hilfsarbeiter Deutschlands.
(Zahlstube Berlin III.)
Sonntag, den 10. Juni 1900, vormittags 10 1/2 Uhr
im Lokal des Herrn Zimmermann, Badstr. 58
Mitglieder-Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag über die gegenwärtigen Arbeitsverhältnisse am Ort. 2. Dis-
kussion. 3. Verhandlungsangelegenheiten.
Um rege Beteiligung ersucht
Die Ortsverwaltung.
42/3

Bauhandwerker-Krankenkasse für Berlin und Umgegend.
(Eingeladene Mitglieder Nr. 118.)
Sonntag, den 24. Juni, vormittags 10 Uhr:
Ausserordentliche General-Versammlung
im Saale des Herrn Schulz, früher Bude, Grenadierstr. 33.
Tages-Ordnung:
1. Bericht über die Verhandlungen des Kassensatzes und Ver-
schärfung darüber. 2. Die Sanctionierung des Vorstandes und Ausschusses.
Beschlusses betreffend Verzeihung. 3. Innere Kassensatzangelegenheiten.
Die Versammlung wird pünktlich eröffnet.
Mitgliedsbuch legitimiert.
Der Vorstand. J. A. H. Metzke.
85/5

Cylinder-Hüte
kauft man am billigsten direkt in der Fabrik.
Chapeaux clagues,
weiche und feste Hüte zu billigen Preisen bei
Max Radtke, Krautstrasse 50,
an der Markthalle (sein Laden).
4482/L*

Nordsee-Fische
billig!
Schellfische in allen Grössen **20-25 Pf.**
Cabliau, Braten sehr empfehlenswert, **22-25 Pf. pro Pfd.**
im Ausschnitt
Seelachs 22 Pf., im Ausschnitt 30 Pf. pro Pfd.
Schollen (Goldbutten) **35-40 Pf.** Bratflundern **15-20 Pf.** (3 Pfund 50 Pf.)
Rotzungen **40 Pf.** Austernfisch **25 Pf., im Ausschnitt 35 Pf. pro Pfund.**
Geräucherte Flundern, Schellfische, Seelachs, Roche etc.
täglich frisch — billig.
Delikatess-Fisch-Kotelettes
gebraten und mariniert, in Blechdosen von 3 Liter = 17 Pfd. Mk. 3,50,
4 Ltr. = 8 Pfd. Mk. 2,00, 2 Ltr. = 4 Pfd. Mk. 1,25
Portionen zu 10 und 20 Pf. und pro Pfund 35 Pf.
empfehlen die Deutsche
Dampffischerei-Gesellschaft „Nordsee“
Grösste Hochsee-Fischerei Deutschlands mit 31 eignen Fischdampfern
in ihren 6 Verkaufsstellen:
Haupt-Filiale: Berlin C. 22, Bahnhof-Börse, Bogen 9-10.
No. III. Berlin NW., Lünaburgerstrasse, Ecke Paulstr., Stadtbahnhof, 388/9 (Centraltagers).
No. II. Charlottenburg, Wilmersdorferstr. 10/11, am Wilhelmsplatz.
No. IV. Im Schliesischen Bahnhof Hadaistr. 22.
No. V. Berlin N. (Wedding), Reinickendorferstr. 1, Eingang Schulzendorferstrasse.
No. VI. Prinzenstr. 30, zwischen Moritzplatz u. Ritterstrasse.

Rixdorf. Socialdemokrat. Verein „Vorwärts“.
Dienstag, den 12. Juni 1900, abends 8 1/2 Uhr
im Apollo-Theater, Hermannstr. 48/50
Mitglieder-Versammlung
Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Reichstags-Abgeordneten J. Seifert. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. 23/26
Gäste willkommen.
Um zahlr. Erscheinen der Mitglieder ersucht
Der Vorstand.

Achtung! Brauer. Achtung!
Gemäß dem Beschlusse der öffentlichen Versammlung vom 8. April bei Dräsel, Neue Friedrichstr. 35, veröffentlichen wir diejenigen, dem Verein der Brauerinnen Berlins und Umgegend nicht anerkannt haben: Brauerei Wilsdorf; Kaiser-Brauerei, Charlottenburg; Stadtbrauerei U. Lorch, Helfortstrasse; Wilsener Brauhaus, Veteraniensstrasse; Brauerei Rink u. Comp., Altien-Gesellschaft. 1397b
Die Fünfer-Kommission.
J. A.: L. Hodapp, Weihensee, Böttcherstr. 13.

Wald-Restaurant „Kiekemal“.
15 Minuten schöner Waldweg von Station Girschgarten (linksseitig der Bahn), 30 Minuten von „Pferdebucht“ entfernt. Zwei Regalbahnen, Kaffeeküche, Tanzsaal, Billardzimmer, Schießstand, große Spielplätze. Gute Speisen und Getränke zu soliden Preisen. Vereinen und Gesellschaften angelegentlich empfohlen. 45882* Wilhelm Magdeburg.

Restaurant „Wilhelmshof“, Hirschgarten.
Am Bahnhof Hirschgarten. Inh. W. Keller.
Empfehlen den Vereinen und Gesellschaften seinen schönen schattigen Garten, ca. 2000 Personen fassend, großen Saal, Regalbahnen, Kaffeeküche, Tanzsaal, Billardzimmer, Schießstand, große Spielplätze. Gute Speisen und Getränke zu soliden Preisen. Vereinen und Gesellschaften angelegentlich empfohlen. 45882* Wilhelm Magdeburg.

Restaurant „Pferdebucht“ b. Köpenick
(20 Minuten Waldweg, von Berlin per Fuhrweg über Rixdorf in 1 Stunde zu erreichen.) Herrlich im Parkland gelegen, bietet es Vereinen und Gesellschaften einen angenehmen Aufenthalt. 100 Morgen Spielplätze, 2 Regalbahnen, Kaffeeküche, großer Tanzsaal und Hallen für ca. 1000 Personen.
Neu erbaute Stallungen für 60-80 Pferde.
Gute Speisen und Getränke. Gütliche Preise. 46742*
Regem Besuch nicht entgegen hochachtungsvoll Wilhelm Bräsewitz.

Herren- u. Konfirmandenhüte alle Farben, nur neue moderne Sachen, 41003* prima Qualität 1,50 und 2,-. Die beliebtesten Arbeitshüte immer noch 1 Mk. früher Barnimstr. 4 u. 5. Jetzt Kaiserstrasse 25 A.

Gutfabrik-Comptoir
In dem Möbel- und Polsterwaren-Magazin von **Wilhelm Müller, Gericht-Strasse Nr. 10, am Hochplatz,** kaufen Sie **komplette bürgerliche Wohnungs-Einrichtungen,** sowie einzelne Möbel, Polsterwaren und Teppiche zu nicht erhöhten Preisen auch auf Teilzahlung. 44332*

Würzburger Hühneraugenmittel
von Dr. H. Unger. — Gegen 30 Pfennig auf 10 Pf. Anwendung frei! Ohne Wechsel die bequemste u. wirksamste Hilfe. Der Schmerz ist in 3 Min. fort. Das Hühnerauge selbst in 3 Tagen. (Enthält Salicylsäure u. indischen Honigextrakt.) Dr. H. Unger in Würzburg.
Hauptdepot in Berlin (20 Pf.) Salomon-Apothek, Charlottenstrasse. Filialdepot: Schützen-Apothek, Zuffenhausen; Hirsch-Apothek, Bröckel; Victoria-Apothek, 46192*

Hüte
trotz der kolossalen Steigerung in der Gutfabrikation verläufe noch zu den alten Preisen. 41023*
Otto Gerholdt,
Dresdenerstrasse No. 2, Ecke Stollbergstrasse.
Großes Lager in Schirmen, Mägen, Kravatten.